

CHRISTIN
CHRIST UND
CuS
SOZIALISTIN
SOZIALIST

Einzelverkauf
8,- DM

53. Jahrgang

Januar
2000

1/2000

Edelbert Richter
Schulden sind nicht das Böse

Marc Engels
**Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und
europäische Integrationspläne**

Fleige, Treiber, Schübelin, Ortega, Fernández
Perspektiven Lateinamerikas

Friedrich-Martin Balzer
**Emil Fuchs: Erbe der Französischen
Revolution und des Roten Oktober**

Erhard Eppler
Christoph Blumhardt: Dem Erbe verpflichtet

und weitere Beiträge

Impressum

CuS – Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist wird heraus-
gegeben vom Vorstand des Bundes
der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten (BRSD) e.V.:

Dr. Martina Ludwig, Chemnitz
Matthias Nauwerth, Ellerbek
Philip Stratmann, Tübingen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Bezugspreis jährlich DM 30,-
(Ausland DM 35,-) incl. Porto.
Zahlungen zu Beginn des Jahres
bitte an den Bund der Religiösen
Sozialistinnen und Sozialisten
(BRSD), Konto 189 389-464 Post-
bank Dortmund, BLZ 440 100 46.

Quittungen werden auf Wunsch
zugesandt. Förderabo DM 40,-
oder mehr. Beiträge über DM 30,-
sind als Spende steuerlich absetzbar.

CuS im Internet
demnächst: <http://www.brsd.de>

Redaktion

Darius Dunker, Aachen (V.i.S.d.P.)
Maik Eisfeld, Schlotheim/Thür.
Udo Fleige, Tübingen
Jürgen Gorenflo, Karlsruhe
Dörte Münch, Aachen
Matthias Nauwerth, Ellerbek
Christa Peter, Berlin
Oliver Wildner, Hamburg

Abonnements und Retours

BRSD c/o Dr. Martina Ludwig,
Hohensteiner Straße 12
09117 Chemnitz
Fon/Fax: 0371/85 77 366
Kündigungen werden zum Jahres-
ende wirksam.

Layout

Darius Dunker, Aachen

Druck

Hephata-Werkstätten,
Mönchengladbach

Hergestellt auf
Umweltschutzpapier

ISSN 0945-828-X

Inhalt

Dörte Münch Reise auf dem Jakobsweg	5
Edelbert Richter Schulden sind nicht das Böse – Hoffnung auf die Gnade der Wirtschaft	6
Walter Moßmann Vom Amselfeld in Lemberg, Gundelfingen, Amsterdam und anderswo	10
Marc Engels Die deutsche sozialdemokratische Arbeiter- bewegung und europäische Integrationspläne	14
Udo Fleige Nicaragua: Gute Zeiten – schlechte Zeiten	22
Wolfram Treiber Gegen den Hurrikan der Armut	25
Jürgen Schübelin, Miriam Ortega Chile: Neue Gewerkschaften braucht das Land	28
Eleuterio Fernández Huidobro Die große Aufgabe	33
Friedrich-Martin Balzer Emil Fuchs: Erbe der Französischen Revolution und des Roten Oktober	40
Erhard Eppler Dem Erbe verpflichtet (Christoph Blumhardt)	53
Jürgen Schübelin Antirassismusprojekt des Weltfriedensdienstes	56
Besprechungen	59
ARD-Serie »2000 Jahre Christentum« (Heinz Röhr) • Michael Kißener: Widerstand gegen die Judenverfolgung (Arnold Pfeiffer) • Irene Runge: Onkel Max ist jüdisch (Arnold Pfeiffer) • Regina Sommer: Lebensgeschichte und gelebte Religion von Frauen (Dörte Münch) • Günter Ewald: Ich war tot (Torsten Happel)	
Ulrich Peter 50 Jahre Christ und Sozialist – Christin und Sozialistin	68
Reinhard Gaede Noch einmal: Das religionskritische Erbe des religiösen Sozialismus	79
Leserbrief zur Bioethik-Konvention	81
Bundesnachrichten, Kurzberichte	24,55,67
Abonnement-Coupon	57
Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe	83

Editorial

Der alte Mann und das Pferd Vom Unglück und vom Segen in der Politik

Der rot-grüne Wahlsieg bei den letzten Bundestagswahlen – ein Segen? Die rot-grünen Ver-
luste bei den jüngsten Landtagswahlen im Saarland, Brandenburg, Thüringen, Sachsen... –
ein Unglück?

Die Wahlniederlage der Sandinistischen Befreiungsfront Nicaraguas (FSLN) im Februar
1990 – ein Unglück? Die Spaltung der FLSN 1994 – ein Unglück oder ein Segen? Die aktuelle
Politik der Sandinisten in Nicaragua unter Daniel Ortega – die in dieser Ausgabe von CuS im
Artikel »Nicaragua: Gute Zeiten – Schlechte Zeiten« näher beschrieben wird – wohin wird sie
führen?

Die folgende buddhistische Geschichte will zeigen, dass wir manchmal zu eifertig sind
mit unseren Urteilen und unseren Bewertungen. Das Ende der Geschichte ist noch nicht
erreicht. Oder, um mit dem Apostel Paulus zu sprechen: »Wie unergründlich sind Gottes
Entscheidungen, wie unerforschlich seine Wege.« (Römer 11,33)

Wir dürfen auf einen guten Ausgang der Geschichte hoffen und sind aufgefordert, daran
mitzuarbeiten.

Udo Fleige

Der alte Mann und das Pferd



Die folgende Geschichte trug sich
zur Zeit Laotses in China zu, und
Laotse liebte sie sehr.

Ein alter Mann lebe in einem Dorf,
war arm, aber selbst Könige waren neidisch
auf ihn, denn er besaß ein wunderschönes
weißes Pferd...

Könige boten phantastische Summen für
das Pferd, aber der Mann sagte dann: Die-
ses Pferd ist für mich kein Pferd, sondern ein
Mensch. Und wie könnte man einen Men-
schen, einen Freund verkaufen! Der Mann
war arm, aber sein Pferd verkaufte er nie.

Eines Morgens fand er sein Pferd nicht
im Stall. Das ganze Dorf versammelte sich,
und die Leute sagten: »Du dummer alter
Mann! Wir haben immer gewusst, dass das
Pferd eines Tages gestohlen würde. Es wäre

besser gewesen, es zu verkaufen. Welch ein
Unglück!«

Der alte Mann sagte: »Geht nicht so weit,
das zu sagen. Sagt einfach: Das Tier ist nicht
im Stall. So viel ist Tatsache. Alles andere ist
Urteil! Ob es ein Unglück ist oder ein Segen,
weiß ich nicht, weil dies ja nur ein Bruch-
stück ist. Wer weiß, was darauf folgen wird?«

Die Leute lachten den Alten aus. Sie hat-
ten schon immer gewusst, dass er ein bisschen
verrückt war. Aber nach fünfzehn Tagen kehrte
eines Abends das Pferd plötzlich zurück. Es
war nicht gestohlen worden, sondern in die
Wildnis ausgebrochen. Und nicht nur das, es
brachte auch noch ein Dutzend wilder Pfer-
de mit.

Wieder versammelten sich die Leute, und
sie sagten: »Alter Mann, du hattest Recht.

Es war kein Unglück, es hat sich tatsächlich als Segen erwiesen.«

Der Alte entgegnete: »Wieder geht ihr zu weit. Sagt einfach: Das Pferd ist zurück... wer weiß, ob das ein Segen ist oder nicht! Es ist nur ein Bruchstück, ihr lest nur ein einziges Wort in einem Satz – wie könnt ihr über das ganze Buch urteilen?«

Dieses Mal wussten die Leute nicht viel einzuwenden, aber innerlich wussten sie, dass der Alte Unrecht hatte. Zwölf herrliche Pferde waren gekommen.

**Nicht meine Untergebenen seid ihr, denn
n Untertan hat keinen Einblick
das, was der tut, der über ihm ist.
ein, ich habe euch Freunde genannt,
um alles, was Gott mir anvertraut hat,
ibe ich an euch weiterzugeben. –
ur das eine gebe ich euch auf,
iess ihr einer für den anderen da seid.«**

Johannes 15,15 und 17 nach Sölle/Steffensky

Der alte Mann hatte einen einzigen Sohn, der begann, die Wildpferde zu trainieren. Schon eine Woche später fiel er vom Pferd und brach sich die Beine. Wieder versammelten sich die Leute, und wieder urteilten sie. Sie

sagten: »Wieder hattest du Unrecht! Es war ein Unglück. Dein einziger Sohn kann nun seine Beine nicht gebrauchen, und er war die einzige Stütze deines Alters. Jetzt bist du ärmer als je zuvor.«

Der Alte antwortete: »Ihr seid besessen vom Urteilen. Geht nicht so weit. Sagt nur, dass mein Sohn sich die Beine gebrochen hat. Niemand weiß, ob dies ein Unglück oder ein Segen ist. Das Leben kommt in Fragmenten, und mehr bekommt ihr nicht zu sehen.«

Es ergab sich, dass das Land nach ein paar Wochen einen Krieg begann. Alle jungen Männer des Ortes wurden zwangsweise zum Militär eingezogen. Nur der Sohn des alten Mannes blieb zurück, weil er verkrüppelt war. Der ganze Ort war von Klagen und Wehgeschrei erfüllt, weil dieser Krieg nicht zu gewinnen war und man wusste, dass die meisten der jungen Männer nicht nach Hause zurückkehren würden.

Sie kamen zu dem alten Mann und sagten: »Du hattest Recht, alter Mann – es hat sich als Segen erwiesen. Dein Sohn ist zwar verkrüppelt, aber immerhin ist er noch bei dir. Unsere Söhne sind für immer fort.«

Der alte Mann antwortete wieder: »Ihr hört nicht auf zu urteilen. Niemand weiß! Sagt nur dies: Dass man eure Söhne in die Armee einbezogen hat, und dass mein Sohn nicht eingezogen wurde. Doch nur Gott, nur das Ganze weiß, ob dies ein Segen oder ein Unglück ist.«

Aus: Rajneesh Neo-Tarot

Dörte Münch

Reise auf dem Jakobsweg



Auf dem Jakobsweg

(Foto: Dörte Münch)

»Beweisen läßt es sich nicht, und trotzdem glaube ich daran: An manchen Orten der Erde erhält auf geheimnisvolle Weise die eigene Ankunft oder Abreise durch die Empfindungen all jener eine besondere Intensität, die hier früher einmal angekommen beziehungsweise wieder abgereist sind,« beginnt Cees Nooteboom seinen Reisebericht »Der Umweg nach Santiago«. Der spanische Jakobsweg nach Santiago de Compostela führt an vielen solcher Orte vorbei, und nicht zuletzt im Zuruf der Einheimischen »Buen camino!« (Gute Reise!), der den Vorbeiwandernden gilt, ist die alte Tradition der Pilgerschaft spürbar, die alle, die auf diesem Weg unterwegs waren und sind, miteinander verbindet.

Als der Legende nach die Gebeine des Apostels Jakobus im spanischen Galizien gefunden wurden, setzte ein beachtlicher Pilgerstrom ein: Der Camino de Santiago wurde einer der wichtigsten Pilgerwege des Abendlandes. Durch ganz Europa führte ein Netz von Pfaden, die sich an der spanischen Grenzstadt Puente la Reina zu einer Haupt-

route nach Santiago de Compostela vereinigen. Bis heute können sich Gläubige, aber auch andere Wanderer, der Faszination dieses Weges nicht entziehen, wenn es auch vorrangig nicht mehr um den Zweck des Sündenerlasses wie im Mittelalter geht.

Entlang des spanischen Jakobsweges können Pilgerinnen und Pilger in einfachen Herbergen unterkommen, wo sie Gleichgesinnte treffen und sich von den Strapazen des Tages erholen können. Unterwegs sind sie zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem Pferd. Der

Weg führt sie quer durch Nordspanien mit seinen unterschiedlichen Provinzen. Die Wanderschaft ist anstrengend, im Sommer vor allem durch die baum- und strauchlose Meseta, aber »Entfernungen müssen zurückgelegt werden, das Land muß erobert werden« schreibt Nooteboom. Belohnt werden die Reisenden mit der atemberaubenden Schönheit der Landschaften und Baudenkmäler am Rande des Weges und der Zeit und Ruhe, die eine solche Wanderschaft mit sich bringt. Ist es am Tage in den Refugios, wie die Herbergen genannt werden, still, so wird es am Ende des Tages lebendig: Abenteuerlichen Geschichten der Pilgerinnen und Pilger und spontane Feste bestimmen den Abend. Der Camino de Santiago bietet auch in der Gegenwart noch eine Form des Reisens, von der man schwer glaubt, daß sie noch möglich ist.

»Wer viel durch Spanien gereist ist, ist daran gewöhnt und hofft darauf: mitten im Nichts eine Enklave, eine Oase, ein von Mauern umschlossener, festungsartiger, nach innen gekehrter Ort...« (Cees Nooteboom)



Schulden sind nicht das Böse – Hoffnung auf die Gnade der Wirtschaft

Zum Sparprogramm der Bundesregierung

Der Staat soll sparen: diese Forderung scheint vielen nur deshalb plausibel, weil sie mit horrenden Milliardenbeträgen erschreckt und in einer vormodernen, quasi mittelalterlichen Bewusstseinschicht angesprochen werden. Aber keine Angst vor den absolut steigenden Schulden! Sie müssen in einer wachsenden Wirtschaft steigen, weil auch die Vermögen beziehungsweise Investitionen steigen. Wichtig ist nur die Relation zum Brutto sozialprodukt: die Verschuldung darf nicht stärker als dieses steigen.

Wenn der Staat also mit Krediten etwas Vernünftiges anfängt, zum Beispiel in Forschung oder Infrastruktur investiert, so haben alle auch in der Zukunft einen Gewinn, der (normalerweise) die Schuldenlast überwiegt und abzutragen erlaubt. Viele Unternehmen in Ostdeutschland wären übrigens froh, wenn sie sich verschulden, das heißt, von den Banken Kredit bekommen könnten.

Missverständlich ist auch die Rede von der »Belastung der künftigen Generationen«, denn sie kann ebenso gut auf einen Staat zu treffen, der aus Angst vorm Schuldenmachen notwendige Investitionen in die Zukunft versäumt!

Wo Schulden sind, sind logischerweise auch Forderungen, das heißt Vermögen, die wir den künftigen Generationen vererben; und die Frage ist nur, wer das eine und wer das andere besitzt. Warum werden bei der Rede von der Belastung der künftigen Generatio-

nen denn immer diejenigen weggelassen, die eben umgekehrt die Entlasteten sein werden, weil auf deren Konto die Belastung (buchstäblich in Form von Zins und Tilgung) geht?

Unser Schuldenstand ist im internationalen Vergleich nicht dramatisch hoch. Er liegt weit unter dem Durchschnitt der Staaten, die an der Europäischen Währungsunion teilnehmen.

Im Blick der öffentlichen Meinung ist seltsamerweise immer nur der Staat kolossal verschuldet. Weshalb wird nicht auch davon gesprochen, dass die privatwirtschaftliche Verschuldung weltweit einen historischen Höchststand erreicht hat, wie die Bank für internationalen Zahlungsausgleich berichtet?

Die Klage über die zerrütteten Staatsfinanzen geht meist einher mit der Klage über zuviel Bürokratie, zuviel Steuern, zuviel Staat überhaupt. Der Staat soll daher seine Schulden abtragen, aber nicht etwa, in dem er dabei auf höhere Einnahmen bedacht ist, sondern indem er sogar gleichzeitig auf Einnahmen verzichtet. Das war auch die Botschaft unserer Regierung im Juni: Wir sanieren den Haushalt, aber mit dem ausdrücklichen Versprechen, keine Steuern zu erhöhen. Auf einen verschuldeten Privatmann übertragen, würde diese Botschaft bedeuten: Ich werde, um wie der vertrauenswürdig zu sein, alle Schulden zurückzahlen, aber dabei keinen Pfennig mehr Verdienst anstreben, sondern von dem Einkommen, das mir zusteht, sogar zu-

sätzlich noch etwas hergeben. Eine wahrhaft demütige, um nicht zu sagen: hündische Haltung!

Ist Geld in privater Hand mehr wert?

Hinter dem Wunsch nach Abbau der Staatsverschuldung steckt also eigentlich der neoliberale Wunsch nach Abbau der Staatstätigkeit überhaupt. Es ist der Glaube, dass Geld grundsätzlich in privater Hand besser aufgehoben ist. Oder noch einfacher: der Expansionsdrang der Privatwirtschaft steckt dahinter. Den hat die Politik offenbar inzwischen so verinnerlicht, dass sie ihm in vorseilen dem Gehorsam immer schon zu entsprechen sucht. In unserer Regierung hat sich besonders der Wirtschaftsminister zum Anwalt dieses Glaubens gemacht.

Die Staatsquote ist in Deutschland aber mit 48% im internationalen Vergleich keineswegs besonders hoch. In Europa liegt sie im Mittelfeld; in den USA ist sie nur deshalb niedriger (32%), weil dort keine Sozialversicherung unserer Größenordnung besteht.

Im wesentlichen sind drei Arten von Staatsverschuldung zu unterscheiden, von denen zwei notwendig sind. Gehen Konjunktur und Beschäftigung zurück, so kommt es beim Staat zu Steuerausfällen und zu Mehrausgaben für Arbeitslosenunterstützung, die über Kredite finanziert werden. Solche rezessionsbedingte Verschuldung muß akzeptiert werden. Sie wirkt als Stabilisator der Konjunktur. Bei einer Störung des gesamten wirtschaftlichen Gleichgewichts ist laut Grundgesetz Art. 115 eine zusätzliche Kreditaufnahme zu konsumtiven Zwecken ausdrücklich erlaubt.

Dass aus falsch verstandener Sparsamkeit unterlassene Investitionen die künftigen Generationen wahrscheinlich teurer zu stehen kommen als Zinszahlungen, wurde schon gesagt. Der genannte Artikel 115 erlaubt daher auch investitionsbedingte Verschuldung. Sie ist aber stark gesunken, von 6% des Brutto-

inlandsprodukts 1970 auf heute 2%, dürfte also durchaus erhöht werden.

Die Wirtschaft dankt's nicht

Aus diesen Arten von befristeter Verschuldung kann nun leicht eine dauerhafte, strukturelle Verschuldung werden, die in der Tat abgebaut werden muß. Bevor man mit dem Abbau dieser Verschuldung beginnt, sollte man allerdings genau nach deren Ursachen fragen. Sonst könnte es ja passieren, dass man nur an den Symptomen herumlaboriert und der Krankheitsherd ganz unangetastet weiterwirken kann. Ich sehe im Wesentlichen zwei Ursachen.

Als man noch keynesianisch dachte, hatte man nicht den Mut, im konjunkturellen Hoch durch Steuern das Geld zur Konsolidierung hereinzuholen – und zwar nicht nur wegen bevorstehender Wahlen, sondern auch wegen der abnehmenden Wachstumsraten. Und als man dann neoliberal dachte, hat man aus der Tatsache niedrigerer Wachstumsraten den Schluss gezogen, dass man die Wachstumskräfte um jeden Preis stärken müsse, indem die Unternehmen durch Steuer-geschenke und Kürzung der Sozialleistungen motiviert wurden.

Ich erinnere an das sogenannte Standort-sicherungsgesetz von 1994 oder das unter dem Namen »Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung« verkaufte Sparpaket von 1996, das übrigens mit der Abschaffung der Vermögenssteuer verbunden war. 1995 hatte der Steuerverzicht des Staates schon die Höhe von 86 Milliarden DM pro Jahr erreicht, wenn man den Anteil der Gewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen vom Jahr 1980 als Maßstab zugrundelegt! Und die Kürzungen bei den Sozialleistungen allein in den Jahren 1993–1997 summieren sich auf 84 Milliarden DM. – Die Hoffnung der alten Regierung, dafür von den Unternehmen mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze und schließlich auch mehr Steuern zu bekommen,

ist jedoch nicht aufgegangen. Darum hauptsächlich (von der Wiedervereinigung abgesehen) wuchsen die Ausgaben und musste der Staat sich weiter verschulden.

War es also nicht naheliegend, bei der Stimulierung des Wachstums endlich auch einmal an die Nachfrage zu denken? Und so auch eine langfristige Haushalts Konsolidierung einzuleiten? Das war (natürlich sehr verkürzt) das ursprüngliche Konzept der neuen Bundesregierung. Hans Eichel jedoch hat bei der Begründung seines Sparprogramms im Bundestag weder die permanente Steuerentlastung der Unternehmen durch die frühere Regierung noch die über 150 Sparmaßnahmen, die sie der Bevölkerung zugemutet hat, überhaupt erwähnt. Kommt diese enorme Umverteilung von unten nach oben (und daher verkehrte Wachstumsstimulierung) für ihn als Ursache der Staatsverschuldung gar nicht in Betracht? Sein Vorwurf an die alte Bundesregierung war im Wesentlichen nur, dass sie »den verfassungsrechtlich zulässigen Kreditrahmen weit gehend ausgeschöpft und den Haushalt Jahr für Jahr am oberen Limit gefahren« habe.

Das Gegenmittel des Ministers: die Ausgaben müssen noch rigoros gekürzt werden. Er will gleichzeitig die Unternehmenssteuern senken und verbindet damit – wie die alte Regierung – die Hoffnung, künftig doch höhere Steuereinnahmen erzielen zu können. Es ist dies nach 16 Jahren Erfahrung mit einer solchen Politik eine wahrhaft religiöse Hoffnung!

Zwar ist einzuräumen, dass bei Eichel nur die reinvestierten Gewinne steuerlich begünstigt werden sollen, so dass die Maßnahme immerhin nicht auf bloße Reichtumsförderung hinausläuft. Aber Investitionen führen nicht notwendig zu mehr Arbeitsplätzen, sondern als Rationalisierungsinvestitionen, zumal unter Bedingungen des Shareholder Value, meist gerade zu deren Abbau. Und selbst wenn es zur Schaffung von Arbeitsplätzen käme, bliebe das Problem einer ungenügenden Nachfra-

ge: Wer soll denn die zusätzlich hergestellten Waren kaufen, wenn Arbeitsplätze doch nur unter der Voraussetzung geschaffen werden, dass der Anstieg der Löhne unter dem der Produktivität liegt?

Bei der Konsolidierung kann es also nur darum gehen, die langfristig angehäuften strukturelle Verschuldung abzutragen; und dabei muß man aufpassen, dass man nicht das Kind mit dem Bade ausschüttet, das heißt zugleich die notwendige rezessionsbedingte und investitionsorientierte Verschuldung mit abbaut. Daraus folgt, dass der Abbau nicht im Hauruckverfahren erfolgen kann; vor allem aber, dass die dazu notwendigen Ausgabenkürzungen im konjunkturellen Tief verboten sind. Denn sie würden zu Mindernahmen der Wirtschaft, damit zu noch weniger Wachstum und noch mehr Arbeitslosigkeit, auch zu niedrigeren Steuereinnahmen und am Ende zu mehr Verschuldung führen.

Bleibt demnach nur das konjunkturelle Hoch als Gelegenheit zur strukturellen Entschuldung. Hier wären die großen Unternehmen wirksam an ihre Steuerpflicht zu erinnern, weil der Anteil der reinen Vermögenseinkommen an den Umternehmereinkommen inzwischen über 50% beträgt; weil sie mit ihrer Steuervermeidung ganz wesentlich zu dem Haushaltsproblem beigetragen haben: sie zahlen in zwischen weniger Steuern als sie Subventionen erhalten; und weil sie schon 16 Jahre lang entlastet worden sind, ohne dass dies unter dem Strich mehr Arbeitsplätze gebracht hätte.

Werden nun Ausgabenkürzungen, sofern sie in den Aufschwungsphasen durchgesetzt werden können, ausreichen, um die strukturelle Verschuldung langfristig abzutragen? Müssten sie nicht doch so hoch sein, dass sie Konjunkturen abwürgen und notwendige öffentliche Investitionen verhindern würden? Gibt es noch eine andere Möglichkeit, die Konsolidierung zu erreichen? Hier stellt sich doch die Frage, riesige, über dem Wirtschaftskreislauf frei schwebende Vermögen einzu-

beziehen, wie es die SPD-Fraktion in einem Antrag fordert.

Das scheinbar stärkste Argument der Regierung für die Sparpolitik ist, dass damit nicht nur die Handlungsfähigkeit des Staates wiederhergestellt wird, sondern auch die ständige Umverteilung von den Steuerzahlern zu den Kreditgebern endlich aufhört. Das Irritierende an diesem Argument ist jedoch zunächst der quasi-religiöse Ton der Entsagung: dass also der Weg aus der Abhängigkeit, die Verschuldung in der Tat bedeutet, nur in Verzicht und korrektem Schuldendienst bestehen kann. Ist das richtig angesichts der immer geringeren und vielfach versäumten Steuerpflicht der Reichen? Läuft das nicht auf die Paradoxie hinaus, dass der demokratische Staat seine Freiheit von wenigen auf Kosten der Mehrheit seiner Bürger wiedergewinnen will?

Aber auch abgesehen von diesem rechtlichen Gesichtspunkt: Verbessert der Staat denn wirklich seine Position gegenüber der Macht der Wirtschaft, wenn er sich sozusagen freikauf? Worin liegt denn die tiefere Abhängigkeit: in der Verschuldung oder darin, in bezug auf Steuern und Arbeitsplätze gleichsam auf ihre Gnade angewiesen zu sein?

Die Sache ist womöglich ganz einfach: Der Staat muß deshalb seine Schulden abbauen, weil die Privatwirtschaft nicht mehr bereit ist, ihm (ausreichend) Kredite zu gewähren. Sie wälzt ohnehin die sozialen Kosten, die der Markt verursacht, gern auf den Staat ab. Jetzt ist sie nicht einmal mehr bereit, diese Kosten über Kredite zu finanzieren. Kredit kommt aber von credere, weshalb man noch kürzer sagen kann: Sie hält ihn nicht mehr für glaubwürdig. Das pfeifen die Spatzen als neoliberale Weisheit ja auch von allen Dächern! Das Ziel des Sparprogramms ist demnach gar nicht, die eigene Handlungsfähigkeit, das Vertrauen der Politik zu sich selbst wiederzugewinnen, sondern die Vertrauenswürdigkeit gegenüber der Privatwirtschaft – ein Ziel, das Gerhard Schröder

ja auch oft genug als sein eigentliches hat durchblicken lassen.

Nur zwei Argumente haben Gewicht

Von all den Argumenten, die für die Sparpolitik vorgebracht werden, bleiben am Ende nur zwei. Das eine ist, dass wir uns im Zusammenhang der Europäischen Währungsunion auf den Stabilitätspakt von Amsterdam 1997 eingelassen haben, der in relativ kurzfristiger Perspektive einen ausgeglichenen oder sogar Überschüsse ausweisenden Staatshaushalt verlangt. Das zweite Argument von Gewicht ist der globale Rahmen, in dem sich unsere Haushaltspolitik bewegt, hauptsächlich die Steuerwillkür der multinationalen Unternehmen und der Druck der globalen Finanzmärkte. Dagegen ist nun kurzfristig in der Tat kein Kraut gewachsen, obwohl entsprechende Vorschläge schon lange auf dem Tisch liegen: Steuerharmonisierung in Europa, Tobinsteuer, globale Währungsstabilisierung und so weiter. Meine Frage ist aber gerade, ob wir denn nicht auch den Haushalt langfristig konsolidieren und dies dann mit Anstrengungen verbinden können, auf der internationalen Ebene zu solchen Regulierungen zu kommen.



Vom Amselfeld in Lemberg, Gundelfingen, Amsterdam und anderswo oder: (K)ein Nachtrag zum Krieg im Kosovo

Die Ukraine – Am Rande der »Festung Europa« und schon längst destabilisiert

Joker: Es ist Krieg und alle gucken hin. Er heißt »Kosovo-Krieg«, und geht schon in die 6. Woche. Was sagst du dazu?

Moßmann: Kein Wort.

Joker: Und euer Projekt in Lemberg? Bleibt das unberührt vom Krieg?

Moßmann: Nein. Natürlich nicht. Der Kosovo-Krieg verändert auch die Ukraine. Uns schlägt dort (als Antwort auf NATO-Dummheit, -Kaltschnäuzigkeit und -Arroganz) vor allem von links ein gewisser völkische Enthusiasmusdunst entgegen. Der KP-Chef Petro Symonenko und der Parlamentspräsident Oleksandr Tkatschenko propagieren im Verein mit Lukaschenko (Diktator in Minsk) und Gennadii Seleznow (Duma-Präsident in Moskau) eine – wie soll ich sie nennen? – eine rassistische? eine völkische? – jedenfalls eine panslawische Anti-NATO, eine so genannte SLAWISCHE UNION. Dazugerechnet werden Russland, Belarus, Jugoslawien, Ukraine und Bulgarien, weil sie angeblich »slawische Brudervölker« und rechtgläubig, also christlich-orthodox seien.

Joker: Und wie bewertest du eine solche Allianz?

Moßmann: »Slawische Union« klingt für mich genauso idiotisch wie »Germanische Union«. Und sie wäre nur zu verwirklichen um den Preis von Säuberungen, »ethnischen«.

(Das ist heutzutage der Tarnbegriff für »völkisch«). Da müsste dann die Russische Föderation z.B. ein Drittel ihrer Bevölkerung aus den asiatischen Republiken hinaussäubern, weil sie als Nicht-Slawen und Nicht-Christen »ethnisch« nicht mehr ins Bild passen. Ein Mega-Kosovo.

Joker: Also reden wir doch vom Kosovo-Krieg. Was sagst du dazu?

Moßmann: Kein Wort.

Joker: Also hast du doch eine Meinung...

Moßmann: Es ist alles gesagt. Seit 42 Tagen wird in Freiburg alles, was man dazu sagen kann, in aller Entschiedenheit und Offenheit und immer wieder gesagt, und alle diese Sätze kommen 4, 5 Jahre zu spät. Lass uns lieber über Verhältnisse reden, die man möglicherweise noch verändern kann.

Joker: Womit wir also wieder beim Thema wären: GESPRÄCH ÜBER GRENZEN. Ihr wollt die Ukraine, dieses künftige Vorfeld einer künftigen europäischen Ostgrenze thematisieren, bevor sie auch so destabilisiert ist wie der Balkan.

Moßmann: Alle Staaten im Vorfeld der künftigen europäischen Ostgrenze, also auch die Ukraine, sind schon längst destabilisiert – ökonomisch, sozial, sicherheitspolitisch. Seit zehn Jahren erleben die meisten Leute aus der ehemaligen Sowjetunion einen ständigen Abstieg, Verarmung, Entwürdigung. Ihre Arbeit ist nichts mehr wert. Im Westen werden sie vorgeführt als Bettelvolk. Die Aussichten sind trübe. Und wenn dann einer kommt und

sagt: »Ihr seid aber ein ganz besonderes, ein ewiges Volk, ihr wurzelt in mystischen Urzeiten, euch wird fürchterliches Unrecht angetan, und wenn euer Volkskörper sich erst mal von allen Unterdrückern und Schädlingen befreit hat und mächtig aufreckt, dann brechen endlich die geweissagten goldene Zeiten an« – dann, ja dann, dann hören das die Leute gern.

Joker: Und laufen aufs Amselfeld.

Moßmann: Alle haben sie ihr Amselfeld.

Joker: Auch in Lemberg?

Moßmann: In Lemberg so gut als in Emmendingen und Gundelfingen und Amsterdam.

Joker: Ich las kürzlich sogar von einem »latenten Antisemitismus« in der Ukraine.

Moßmann: So latent wie in Emmendingen und Gundelfingen und Amsterdam. Nur unverhüllter, unvorsichtiger als hier. Es hat eben in der Sowjetunion auch nach 1945 keine wirkliche Öffentlichkeit und keine öffentliche Diskussion über Antisemitismus gegeben.

Joker: Deshalb wird auch am Ort des ehemaligen Janowska-KZ in Lwiw keine Gedenkstätte eingerichtet...

Moßmann: Die Debatte um die Gedenkstätte in Lwiw (Lemberg) ist etwa so verworren und borniert und (vorerst) ergebnislos wie die Mahnmal-Debatte in Berlin. Nur dass sie in Lwiw eben nicht öffentlich geführt wird.

Joker: Weil es keine Öffentlichkeit gibt?

Moßmann: Es gibt Anfänge. Z.B. die Gruppe um die Kulturzeitschrift »i«.

Das i mit den zwei Pünktchen

Joker: In der GESPRÄCH ÜBER GRENZEN erscheint. Was hat es eigentlich mit diesem komischen Buchstaben auf sich?

Moßmann: Das i mit den zwei Pünktchen oben drauf ist ein Buchstaben aus dem kyrillischen Alphabet, den es im Russischen nicht gibt. Deshalb hat ihn Taras Wozniak, der Herausgeber, schon Ende der 80er Jahre

und ziemlich selbstironisch als Zeichen benutzt für ukrainische Identität, Independence...

Joker: Oder Nationalismus?

Moßmann: 1991 haben in der Sowjetukraine 90,3% der Wähler für die nationale Unabhängigkeit gestimmt, auch die Russen und die russischsprachigen Ukrainer. Den Leuten erschien damals der Nationalstaat die einzige Möglichkeit, um der Moskauer Parteidiktatur zu entkommen und Anschluss an Westeuropa zu kriegen.

Joker: Aber in Lemberg war man eher ultra-nationalistisch.

Moßmann: Nicht Taras Wozniak. Aber gewiss ein Teil seiner Leserschaft. Und gerade deshalb war es so wichtig, dass Wozniak 1996 für dieses Publikum ein Russlandheft gemacht hat, und kurz danach HEBRÄER JUDENJIDDEN (das wurde übrigens der absolute Renner), dann das POLEN-Heft und schließlich GESPRÄCH ÜBER GRENZEN I & II. Und jedes Mal hat er versucht, zur grenzüberschreitenden Kommunikation anzustiften zwischen den verschiedenen intellektuellen Szenen, der ukrainischen, russischen, polnischen, jüdischen. Das ist schon was besonderes, denn normalerweise bleibt man lieber unter sich, klagend, anklagend, in fruchtlose Selbstgespräche vertieft.

Joker: Wirken diese Debatten auch in die Öffentlichkeit?

Moßmann: Anfang des Jahres erschien in der lwiiwer Tageszeitung POSTUP ein Artikel, in dem irgendein wichtig tuerischer Autor lang und breit die ältesten antisemitischen Stereotype als Neueste Wissenschaft ausbreitete. Der dumme Text hat einige zornige Leserbriefe provoziert, vor allem aus dem Umfeld von i, und ein Junger Autor aus dieser Gruppe, Andryj Schkrabjuk, veröffentlichte dann ebenfalls in POSTUP eine Antwort, die sich geduldig Satz für Satz und Klischee für Klischee mit dem Pamphlet auseinander setzte. Sein Text hat dann seinerseits wieder Diskussion ausgelöst – so entsteht Öffentlichkeit.

Joker: Was wird passieren, wenn Polen nicht nur der NATO, sondern auch der EU beigetreten sein wird, wenn also die Grenze zwischen Polen und der Ukraine nicht nur die Außenmauer der Festung Europa darstellt, sondern auch ein Wohlstandsgefälle markiert. Was machen dann Eure lemberger Aufklärer?

Moßmann: Unsere Lemberger Aufklärer sähen sich im Stich gelassen. Und wer weiß, manche könnten sich dann vielleicht lieber an den us-amerikanischen Hardlinern orientieren und als antirussische Vorposten instrumentalisieren lassen, wie das heute schon die rechtsradikale Szene tut. Und zur selben Zeit könnten in der Ostukraine die Leute den Propheten der panslawischen Idee nachlaufen und eine Heim-nach-Russland-Bewegung in Gang bringen. Dann stünden sich in der Ukraine zwei völkische Bewegungen gegenüber, eine knallhart ukrainische und eine panslawische oder großrussische, je nachdem. Wie gesagt: Die ökonomische und soziale Destabilisierung ist schon heute Tatsache. Und Waffen und Wahnsinn liegen bereit. Beide Seiten werden ihre jeweiligen Amselfelder ins Spiel bringen, irgendwelche alte Geschichten von Bohdan Chmelnytskyj, mal so mal so gewendet, und weiß der Hund...

Joker: Das klingt ziemlich respektlos.

Von Herder, Fichte und Genscher und völkischen Gründungsmythen

Moßmann: Ach, alle diese völkischen Gründungsmythen der Nationalstaaten stammen doch gar nicht aus grauer Vorzeit, sondern aus dem Repertoire der romantischen Oberlehrer im 19. Jahrhundert! Und die wiederum hatten zu viel Texte von Johann Gottfried Herder gelesen, mit dieser heillosen Gleichsetzung von Volksstamm und Nationalstaat, und mit dieser Idee vom Volk als einer Sprach- und Kulturgemeinschaft. Gerade in Ost- und Südosteuropa hatten die völk-

kischen Ideen aus Deutschland damals ziemlich Erfolg, und weil sich dann hundert Jahre später weder die UdSSR noch die Jugoslawische Föderation als »Schmelztiegel« erwiesen, standen die alten Wahnideen sofort wieder zur Verfügung, als die übergeordneten Strukturen Ende der 80er Jahre endgültig kaputt waren. Für die Ideologien im Balkankrieg sind Herder und Fichte sehr viel wichtiger als Genscher.

Joker: Und was heißt das alles für Lemberg?

Moßmann: Einerseits können wir nur hoffen, dass die Arbeit von Taras Wozniak und der Gruppe um die Zeitschrift »I« Erfolg hat und in der Ukraine Schule macht. Und andererseits müssen wir versuchen, irgendwie zu erreichen, dass die EU-Grenze zwischen Polen und der Ukraine nicht zu dieser katastrophalen Ausgrenzung und zu dem Wohlstandsgefälle führt, wovon ich vorhin gesprochen habe. Wir versuchen zur Zeit, das Projekt GESPRÄCH ÜBER GRENZEN als ein Deutsch-französisches/polnisch-ukrainisches weiter zu entwickeln und irgendwie auf deutsche und französische und EU-Politik Einfluss zu nehmen. Du siehst, wer so oft »irgendwie« sagt, wie ich, weiß noch nicht recht, wo es lang geht. Aber eins ist klar: Jetzt, nicht erst in vier, fünf Jahren, nein jetzt, jetzt entscheidet sich in Berlin und Paris und Brüssel und an noch unbekanntenen Orten der Peripherie, ob einer der nächsten Kriege in der Ukraine stattfindet oder nicht.

— Wir über uns —

Informationen für neue Leserinnen und Leser

Der Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) besteht seit 1919. Die in der Weimarer Republik zahlenmäßig wie qualitativ bedeutende religiös-sozialistische Organisation wurde 1933 verboten, viele ihrer Mitglieder starben durch den Faschismus. Nach 1945 entstand der BRSD neu, wurde aber im kalten Krieg zwischen den Machtblöcken zerrieben. In den 70er Jahren war nur ein kleiner Rest übriggeblieben, der zusammen mit Christinnen und Christen aus der Studentenbewegung den Bund neu aufbaute.

Heute sind wir eine kleine, aber lebendige Gruppierung, die ihre Aufgabe darin sieht, in Kirche und Gesellschaft die Interessen der Unterprivilegierten bei uns und in der Welt zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaftsordnung, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur dieser Praxis ist für uns das Evangelium und das verheißene Reich Gottes. Die Bibel spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der »die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet«. Jesus von Nazareth hat das »Reich Gottes« für diese Erde verkündet.

Wir sind keine Partei und keine Sekte, auch keine neue Kirche oder Therapiegruppe. Wir gehen auch nicht davon aus, daß wir im Besitz der alleinigen Wahrheit sind. Wir sind ein Zusammenschluß von Menschen verschiedener Berufe, Theologinnen, Intellektuelle aller Sparten und auch Angestellte, ArbeiterInnen, StudentInnen usw. Wer Karriere machen will, ist bei uns falsch. Auch bezahlt wird bei uns niemand.

Wer mit uns der Meinung ist

- daß das Ende des »realen Sozialismus« nicht das Ende der Geschichte ist;
- daß Gottes Reich auch eine Verheißung für diese Erde ist (»Wir harren eines neuen Himmels und einer neuen Erde«);
- daß die beste (aber nicht einzige!) Form der Solidarität mit den Armen dieser Welt der Kampf um Veränderungen in den kapitalistischen Zentren ist;
- daß Christinnen zu dieser Befreiung mehr beizutragen haben, als ein mehr oder weniger frommes Gemüt;
- daß es nicht genügt, Basisgemeinden in Brasilien schicken zu finden, aber sich in der BRD vor einer Organisierung zu hüten;

...wer mit anderen zusammen Antworten suchen und zusammenarbeiten will, die/den laden wir ein, sich mit uns zusammen auf den Weg zu machen. Jedes Abo und jede Mitgliedschaft/Mitarbeit stärkt uns und unsere Arbeit.

(siehe Seite 57)

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung und europäische Integrationspläne

Im Heidelberger Programm der SPD aus dem Jahr 1925 heißt es, daß die Partei:

»für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend notwendig gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa [eintrete], um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente«

zu gelangen. Wohl gemerkt, diese Passage stammt aus dem Jahr 1925 und zeigt, daß die Wurzeln der Integrationspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die Zwischenkriegszeit zurückverfolgt werden können. Dieses ist ein Tatbestand, der heutzutage in der breiten Öffentlichkeit gerne übersehen wird. Die Weimarer Republik wird in der historischen Perspektive recht eindimensional zu einer Periode politischer und wirtschaftlicher Katastrophen reduziert; gleichzeitig war sie jedoch auch eine Zeit höchst fruchtbarer kultureller und auch politischer Pläne. Die europäische Einigung als – nicht realisierte – Alternative zum Nationalismus auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet ist Inhalt dieses Aufsatzes, der nicht zuletzt darauf zielt, die SPD in ihr Recht als erste deutsche Partei einzusetzen, die für die europäische Einigung eintrat. Im Rahmen dieses Aufsatzes werde ich jedoch nicht nur die sozialdemokratische Position beleuchten, sondern ein weiteres Augenmerk wird auf Freien Gewerkschaften bzw. ihren Spitzenverband, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) gerichtet (sein).

I.

Aus der komplexen wirtschaftlichen und politischen Situation der europäischen Staaten in der Zwischenkriegszeit müssen zum besseren Verständnis der sozialistischen Integrationspläne einige Probleme hervorgehoben werden, die europäische Einigungsbestrebungen von links bis rechts zu lösen trachteten.

Die geistigen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges, der auf eine Periode von 40 Jahren europäischen Friedens folgte, sind kaum zu überschätzen. In weiten Kreisen der europäischen Öffentlichkeit hatte dieser Krieg – vor allem seine ungeahnte Länge und die ungeheuren Menschenopfer, die er gefordert hatte –, einen Schock ausgelöst. Die Friedensbewegung erlebte einen ungeheuren Aufschwung und damit auch Pläne zur Verhütung von neuen Kriegen.

Zweitens bewegte die Zeitgenossen die Zersplitterung des europäischen Kontinents in Folge des Weltkrieges. Österreich-Ungarn war in mehrere Nachfolgestaaten zerfallen: (Deutsch-) Österreich, die Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, die baltischen Staaten und Jugoslawien waren Produkte des Ersten Weltkrieges. Vor dem Krieg zusammengehörige Wirtschaftsgebiete wurden getrennt. Mehr als 20.000 Kilometer neuer Grenzen entstanden in Mittel- und Osteuropa. Dies belastete die ohnehin schon gestörten europäischen Handelsbeziehungen zusätzlich, zumal die neu-

en Staaten häufig zu Schutzzöllen griffen, um ihre entstehenden Industrien vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Auch in den westeuropäischen Industriestaaten, besonders aber in Deutschland und Österreich wurde die hier entstehende Konkurrenz wahrgenommen. Wirtschaftliche Einigungspläne sollten dieser – hier nur kurz skizzierten – Entwicklung entgegenwirken.

Als ebenso gravierend empfand man den Bedeutungsverlust Europas in globaler Hinsicht. Alle am Ersten Weltkrieg beteiligten europäischen Staaten waren in wirtschaftlicher Hinsicht Kriegsverlierer; der Krieg beendete die Weltherrschaft Europas. Die alliierten Staaten hatten sich bei den USA verschuldet und gerieten in starke wirtschaftliche und politische Abhängigkeit. Der Aufstieg der USA zur wirtschaftlichen, militärischen und politischen Großmacht deutet sich also an. Europäische Einigungspläne dienten auch dazu, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und enthielten deshalb bisweilen anti-amerikanische Töne.

Das deutsch-französische Verhältnis stand jedoch im Mittelpunkt aller europäischen Einigungsbestrebungen. Das französische Streben nach Sicherheit vor einem erneuten deutschen Angriff, und das deutsche Bedürfnis nach internationaler Gleichberechtigung und der Revision der Friedensverträge sollte in einem größeren, europäischen Rahmen überwunden werden. Nicht zuletzt hoffte man, daß auf diesem Wege Deutschland von den als drückend empfundenen Reparationslasten befreit werde.

Spätestens die Konfrontation der beiden Nachbarstaaten in der Ruhrbesetzung (1923) führte vielen europäischen Politikern und der Öffentlichkeit dramatisch vor Augen, daß man von einer langfristigen Befriedung des Kontinents bei weitem noch nicht reden konnte. Nach diesem Tiefpunkt gingen die deutsch-französischen Beziehungen in eine bis 1929/1930 anhaltende Periode der Verständigung über und eröffneten europäische Einigungs-

bewegungen jeglicher Couleur neue Perspektiven.

II.

Innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verfügten bis 1924 nur die »Sozialistischen Monatshefte« über ein ausgeprägtes europäisches Programm. Diese auf der äußersten Rechten der SPD angesiedelte Zeitschrift trat unablässig für die deutsch-französische Verständigung ein. Nur die Zusammenarbeit der beiden Staaten würde zum wirtschaftlichen Aufschwung des Kontinents führen, sowie langfristig den Frieden garantieren. Außerdem könnte sich Deutschland auf diesem Wege auch wieder als Kolonialmacht betätigen. Zu diesem Zwecke war der Kreis um die Sozialistischen Monatshefte zu weitgehenden Zugeständnissen bereit, die bis zur Anerkennung der französischen Vorherrschaft in Europa gingen. Diese Haltung isolierte die Sozialistischen Monatshefte jedoch im deutschen politischen Spektrum; auch innerhalb der SPD.

England war hingegen das zentrale Feindbild der Zeitschrift: Großbritannien wurde allgemein die Schuld am deutsch-französischen Gegensatz gegeben sowie die Verantwortung für den Ersten Weltkrieg zugeschoben. Auch hinter den fortdauernden deutsch-französischen Auseinandersetzungen witterten die Autoren der Zeitschrift englische Intrigen. Eine Teilnahme Großbritanniens am europäischen Zusammenschluß kam deshalb für die Autoren nicht in Frage.

In wirtschaftlicher Hinsicht verfochten die Sozialistischen Monatshefte einen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ungewöhnlichen Kurs: Während die SPD eine freihändlerische Politik vertrat, propagierten die Sozialistischen Monatshefte eine autarke, also vom Welthandel abgeschlossene Kontinentalwirtschaft mit großen Kolonialgebieten als billigen Rohstofflieferanten.

Um die Relevanz einer solchen Zeitschrift abzuschätzen, ist es notwendig, einen Blick auf die Personen zu werfen, die dort schrieben. Auffällig ist, daß prominente Sozialdemokraten fast vollständig fehlten, hingegen Gewerkschafter sehr zahlreich vertreten waren. Rudolf Wissel, Mitglied des Bundesvorstandes des ADGB und von 1929 bis 1930 Wirtschaftsminister, Siegfried Aufhäuser, Vorsitzender des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, schrieben ebenso wie die Wirtschaftsexperten des ADGB Fritz Baade und Fritz Naphtali und der ADGB-Funktionär Walter Pahl. Damit ergeben sich umfangreiche personelle Querverbindungen zu den Freien Gewerkschaften. Auf die Formulierung europäischer Integrationskonzepte der Freien Gewerkschaften hatten diese Personen, vor allem Baade und Naphtali, aber auch Pahl einen erheblichen Einfluß.

III.

Im Zuge der wirtschaftlichen und politischen Entspannung nach Abbruch des Ruhrkampfes und dem Inkrafttreten des Dawes-Plan im Sommer 1924 erfolgten die ersten Schritte zur Organisation Europas; in dieser Phase erhielt die in den Sozialistischen Monatsheften propagierte Europaidee verstärkte Relevanz.

Gelegenheit hierzu boten die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich, sowie Belgien und einigen anderen Staaten, die im Oktober 1924 begannen. Sie wurden nötig, weil der Versailler Vertrag Deutschland für fünf Jahre verboten hatte, auf Importe aus den alliierten Staaten Zölle zu erheben. Diese Frist lief am 10. Januar 1925 aus.

In einer Reihe internationaler Treffen zwischen deutschen, belgischen und französischen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten gelang es, gemeinsame internationale Positionen zur Handelsvertragspolitik zu finden. Man einigte sich darauf, für einen zollfreien Han-

delsverkehr zwischen diesen Ländern einzutreten und auf diesem Wege einen »einheitlichen Wirtschaftsverband« in Europa, einen »europäischen Freihandels-Staatenbund« zu schaffen, wie es im Jahrbuch des ADGB für das Jahr 1925 hieß. Allerdings konnten sich die Gewerkschaften innerhalb der von nationalen Wirtschaftsinteressen dominierten Verhandlungsdelegationen nicht durchsetzen.

Im Laufe des Jahres 1925 nahm die Europa-begeisterung auch außerhalb der SPD immer mehr zu. Ursache war der Vertrag von Locarno, der auf einer Konferenz vom 5. bis zum 16. Oktober 1925 zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien ausgehandelt wurde: Deutschland erkannte freiwillig die durch den Versailler Vertrag festgelegten Westgrenzen an und verzichtete auf Eupen-Malmedy sowie Elsaß-Lothringen. Dem französischen Streben nach Sicherheit kam der Vertrag also weit entgegen. Als Gegenleistung durfte Deutschland in den Völkerbund eintreten. Außerdem wurde die von französischen Truppen besetzte Kölner Zone noch 1925 geräumt.

Ebenso wichtig war jedoch, daß es der deutschen Seite gelang, eine ähnliche Anerkennung der Ostgrenzen (also gegenüber Polen und der Tschechoslowakei) zu vermeiden. Hier erklärte sich Deutschland allein bereit, auf die gewaltsame Änderung der Grenzen zu verzichten. Während Frankreichs Sicherheitsbedürfnis also befriedigt wurde, stieg bei den östlichen Nachbarstaaten das Unsicherheitsgefühl; daran konnten auch Schiedsverträge und Beistandsabkommen nichts ändern. Der vielbeschworene Geist von Locarno, der Höhepunkt deutsch-französischer Verständigungspolitik, hatte also auch seine Schattenseiten. Die SPD unterstützte den Vertrag und geriet in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) unter heftigen Druck der britischen, polnischen und tschechoslowakischen Sozialisten. Zusammen mit den französischen und belgischen Sozialisten versuchte die SPD die Zustimmung der SAI zu erhalten und gleichzeitig die Einheit der

Internationale zu bewahren; ein Vorhaben, das letztlich gelang.

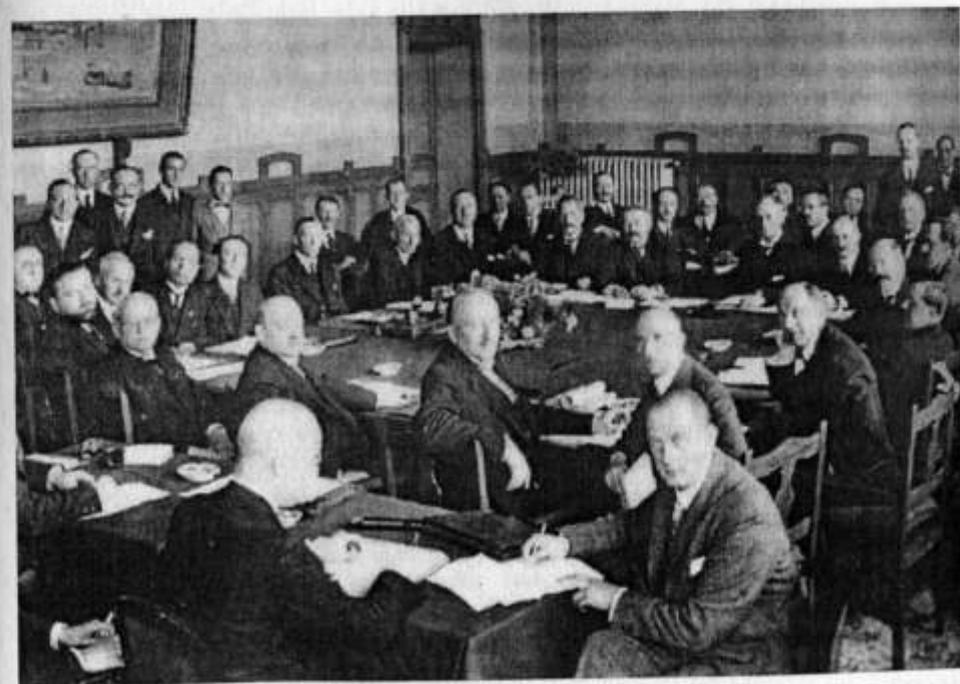
Innenpolitisch war der Locarno-Vertrag höchst umstritten. Nicht nur innerhalb der Rechten, die ohnehin jeden Vertrag mit dem »Erbfeind« ablehnten, sondern auch auf der Linken. Viele witterten im Locarno-Vertrag ein antikommunistisches Bündnis und damit die Vorbereitung eines neuen Krieges.

In dieser Situation entdeckte die SPD die europäische Einheit vor allem als Mittel der politischen Propaganda. Im Reichstag sprach der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Rudolf Breitscheid, am 22. Juli 1925 von der Utopie der europäischen Einigung als der »Realpolitik von Morgen« und forderte eine »europäische Zollunion«.

Der Parteivorsitzende Otto Wels beschwor in der parlamentarischen Debatte um die Locarno-Verträge im November 1925 gar die »Vereinigten Staaten von Europa unter den

Fahnen des Sozialismus«. Der Vorwärts unterstützte diese Spitzenpolitiker durch eine regelrechte Pressekampagne, in der die Vorteile der europäischen Einigung hervorgehoben wurden.

Der Heidelberger Parteitag, der vom 15. bis 18. September 1925 stattfand, bildete den Höhepunkt dieser Kampagne. Die eingangs zitierte Passage über die aus wirtschaftlichen Gründen notwendig gewordene europäische Vereinigung wurde hier in das Parteiprogramm aufgenommen. Die im Zusammenhang mit den Handelsvertragsverhandlungen entstandenen wirtschaftspolitischen Ziele trugen ebenso zur Aufnahme der Europapassage bei, wie die Notwendigkeit, die deutsch-französische Verständigung mit einer weitergehenden, europäischen Perspektive, die auch die osteuropäischen Staaten einschloß, zu verbinden.



Die Konferenz von Locarno im Jahre 1925

In der Begründung der Programmpassage hob der Cheftheoretiker der SPD, Rudolf Hilferding, hervor, daß der Kapitalismus in ein neues, internationales Stadium getreten sei. Um Konflikte um Rohstoffquellen und Absatzmärkte auszuschalten, gelte es nun, ein größeres Wirtschaftsgebiet zu schaffen, in dem diese Ressourcen frei zugänglich seien. In der Tradition des sozialdemokratischen Pazifismus betonte Hilferding, daß sich diese Form der europäischen Wirtschaftseinigung weder gegen Großbritannien, noch Rußland oder die USA wende. Die Gefahren für Europa sah Hilferding vielmehr in den Emanzipationsbestrebungen der Kolonialvölker. Obwohl er dem kolonialen Befreiungskampf grundsätzlich positiv gegenüberstehe, müßten sich, so Hilferding, die europäischen Staaten zusammenschließen. Nur so könne dieser Prozeß gelenkt werden. Wirtschaftliche Notwendigkeiten einer sich globalisierenden Wirtschaft und die Furcht vor wirtschaftlicher Konkurrenz vermischten sich mit propagandistischen Elementen. Aber immerhin trat die SPD nun offiziell für die Vereinigung Europas ein; ein wichtiger Beitrag zur Popularisierung dieser Idee.

IV.

Es waren jedoch die der SPD nahestehenden Gewerkschaften, die in der Folge weiter an der europäischen Einigung arbeiteten, weil sie in ihr die Erfüllung ihrer ökonomischen Interessen sahen. Die Weltwirtschaftskonferenz, die der Völkerbund 1927 in Genf durchführte, bot das geeignete Podium, um eine europäische Initiative zu ergreifen. Im Vorfeld untersuchten Experten des ADGB, wie Eggert, Naphtali und Fritz Baade die Bedingungen und möglichen Folgen der europäischen Zollunion. Zudem wurde in der Gewerkschaftspresse eine ausführliche Diskussion über das Thema geführt. Dabei setzte sich die Ansicht durch, daß eine europäische Zollunion mit mäßigen Außenzöllen er-

hebliche Rationalisierungseffekte nach sich ziehen würde. Man kam jedoch auch zu der Erkenntnis, daß die Verlagerung von Industrien, die zu den billigsten Standorten wanderten, kurzfristig zu Arbeitsplatzverlusten führen werde; Nachteile, die man zugunsten der erhofften Produktivitätssteigerungen in Kauf zu nehmen gewillt war.

Die Rolle der ost- und südeuropäischen Staaten in diesem Wirtschaftseuropa war in diesem Konzept auch festgelegt. Der Wirtschaftsexperte des ADGB, Wilhelm Eggert, führte in einem programmatischen Artikel über die Zollunion aus:

»Als Gegenleistung für die Entwicklungsmöglichkeiten, die man ihrer agrarischen Produktion gibt, würden dies Länder darauf verzichten, solche Industriezweige, für die ihnen die natürlichen Voraussetzungen fehlen und immer fehlen werden, künstlich zu erhalten.«

Die Entindustrialisierung dieser Staaten gehörte also mit zum Programm.

Die Gewerkschaftsexperten entwickelten einen Forderungskatalog an das europäische Wirtschaftsgebiet, der das sog. »Sozialdumping« unterbinden sollte. Die sozialen Sicherungssysteme müßten vereinheitlicht und dem deutschen Standard angepaßt werden. Zudem müsse überall das Streikrecht eingeführt und auf diesem das Lohnniveau steigen. Gleichzeitig forderte der ADGB die vollständige Niederlassungsfreiheit, damit Arbeitnehmer zu den höheren Löhnen wandern könnten. In einem gewissen Widerspruch dazu stand die Forderung nach einem europäischen Arbeitsamt, das diese Wanderung wiederum kontrollieren sollte, damit die Löhne durch zu starke Zuwanderung nicht sanken. Dieses Arbeitsamt sollte dann auch die Einhaltung von Sozialstandards und Arbeitsbedingungen übernehmen. Man sieht also, daß durchaus die Konsequenzen einer europäischen Einigung zumindest in der Theorie gesehen wurden und die Gewerkschaften die europäische

Wirtschaftseinheit mit Anforderungen verbanden, die noch heute ihrer Einlösung harren.

Neben der europäischen Zollunion stand die Frage der internationalen Kartelle auf der Tagesordnung der Gewerkschaften. Dies wurde vor allem durch die Schaffung der »Internationalen Rohstahl-Gemeinschaft« (IRG) im September 1926 aktuell. Die IRG – heutzutage gerne als Vorläufer der Montanunion bezeichnet – umfaßte belgische, deutsche, französische und luxemburgische Stahlproduzenten. Diese internationale Wirtschaftsabmachung war vor allem ein Mengenkartell, das Höchstmengen für die Stahlproduktion der beteiligten Werke vorsah. Den französischen, belgischen und luxemburgischen Stahlproduzenten wurde ein bestimmtes Kontingent zugestanden, das sie zu einem festgelegten Höchstpreis nach Deutschland exportieren konnten. Voraussetzung war, daß sie es an das größte deutsche Stahlwerk, die Vereinigten Stahlwerke, verkauften. Der Versuch, die Schwerindustrie im Sinne der deutschen Außenpolitik zu instrumentalisieren, steigerte langfristig den Einfluß dieser Industrien in der Innenpolitik und trug damit nicht zuletzt zum Zerfall der Weimarer Republik bei.

Die IRG als Ergebnis zweijähriger Privatverhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Stahlindustrie pries der deutsche Außenminister Stresemann bei ihrer Gründung als »erste[n] Schritt zur Überwindung der europäischen Grenzen« im Sinne der europäischen Zusammenarbeit. Diese Einstellung teilten die deutschen Gewerkschaften weitgehend: Die engere Verflechtung der europäischen Nationalwirtschaften verringere, so die vorherrschende Ansicht, politische Konflikte, und schaffe einen europäischen Markt, während Großunternehmen den Produktionsprozeß rationalisierten. Die Gewerkschaftsführung begrüßte in ihrem Zentralorgan, der Gewerkschafts-Zeitung, die im Sinne der Interessen der Großindustrie geschaffene IRG demnach als »große[n] Schritt zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft«.

Vollständig naiv war man jedoch auch hier nicht: Zurecht wiesen Gewerkschafter auf die Machtstellung von Kartellen und Trusts hin, und betonten immer wieder die Notwendigkeit, diese Gebilde sorgfältig zu kontrollieren sowie sie durch die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Betriebsführung zu demokratisieren. Neben den nationalen Kontrollmechanismen forderte deshalb der Kartellexperte des ADGB, Fritz Naphtali, ein internationales oder europäisches Monopolkontrollamt. Auch dies sollte Gegenstand der Weltwirtschaftskonferenz sein.

Die theoretischen Erörterungen nahmen den größten Teil des Jahres 1926 in Anspruch. Seit Beginn des Jahres 1927 versuchten die deutschen Gewerkschaften, ihre europäischen Schwesterorganisationen auf diese Linie einzuschwören. Später wurden auch die europäischen sozialdemokratischen Parteien einbezogen. Es zeigte sich, daß in der Frage der europäischen Zollunion zwischen den kontinentaleuropäischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten ein Konsens hergestellte werden konnte, während sich der britische Trade Unions Congress und die Labour Party mit Rücksicht auf den Commonwealth ablehnend verhielten. Besonders interessiert an einem europäischen Zusammenschluß zeigte sich die ungarische sozialistische Partei – sie schlug die Einführung einer europäischen Währung vor, konnte sich damit jedoch nicht durchsetzen.

Einen Tag vor Beginn der Konferenz bekräftigte ein Treffen der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Arbeitervertreter auf der Weltwirtschaftskonferenz die Forderung nach internationaler Monopolkontrolle und europäischer Zollunion. Die Konferenzdelegierten und Gewerkschafter Naphtali und Mertens (Belgien) unterbreiteten der Konferenz den Vorschlag, die »wirtschaftlichen Folgen einer europäischen Zollunion« zu untersuchen. Nicht nur diese bescheidene Initiative scheiterte, sondern auch die Weltwirtschaftskonferenz blieb folgenlos;

der wirtschaftliche Nationalismus war immer noch zu stark. Für die kontinentaleuropäischen, sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften führte sie jedoch zu einer programmatischen Klärung. Zudem zeigte sich, daß die europäischen Gewerkschaften fähig waren, zusammenzuarbeiten und gemeinsame, europäische Initiativen zu unternehmen. Gleichzeitig wurde zunehmend deutlich, daß die Gewerkschaften sich auf Europa konzentrierten. Dies hieß gleichzeitig, sich vom (theoretisch) weltumspannenden, sozialistischen Internationalismus zugunsten praktikablerer, Lösungen zu verabschieden.

V.

In den Jahren 1930 und 1931 starteten sowohl Deutschland als auch Frankreich zwei europäische Initiativen. Beim Plan des französischen Außenministers Briand aus dem Jahre 1930 handelte es sich um den Vorschlag, einen europäischen Staatenbund zu bilden. Dieser Plan scheiterte am zunehmenden Nationalismus vor allem Deutschlands und am Desinteresse Großbritanniens. Der deutsche Plan für eine deutsch-österreichische Zollunion als Vorstufe der europäischen Wirtschaftseinheit stellte den nur notdürftig europäisch bemäntelten Versuch dar, die Nachkriegsordnung einseitig zu verändern. Auf diese Initiativen kann hier nicht näher eingegangen werden. Die Reaktionen der europäischen Sozialdemokratie offenbarten, daß diese dem nationalen Interesse wesentlich eher verpflichtet waren, als dem Gedanken der europäischen Zusammenarbeit; sie stellten sich nicht mehr an die Spitze einer europäischen Bewegung. Festzuhalten bleibt, daß die Verständigungsphase vorbei war, das Thema der europäischen Einigung jedoch trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb – auf der Tagesordnung blieb.

In der Weltwirtschaftskrise war die europäische Zusammenarbeit der letzte Strohalm, nach dem die kontinentaleuropäischen Ge-

werkschaften griffen. So erhob im Jahre 1931 der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) die Forderung nach europäischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, finanziert durch französische Goldvorräte. Im folgenden Jahr hatte sich die Krise noch weiter verschärft. Notgedrungen ging nun der IGB einen entscheidenden Schritt weiter. In einer Resolution vom April 1932 forderte der IGB unmißverständlich, daß »Europa als Wirtschaftseinheit« zu organisieren sei. Im kontinentalen Maßstab müsse nun eine Planwirtschaft geschaffen werden, die alleine in der Lage sei, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Die Forderung nach dem europäischen Monopolum erscheint ebenso, wie die nach europäischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Neu war, daß die europäischen Gewerkschaften nun offiziell verlangten, eine europäische Währung einzuführen. Diese Papiere hatten jedoch keine Chance mehr, realisiert zu werden. Besonders die deutschen Gewerkschaften schwenkten im Sommer 1932 auf einen immer nationalistischeren Kurs ein.

Unmerklich gingen die europäischen Einigungspläne in Phantasien von Großwirtschaftsräumen über, die innerhalb des ADGB bis zu seiner endgültigen Zerschlagung am 2. Mai 1933 ein gespenstisches Eigenleben führten. Diese Konzepte verdienen schon nicht mehr das Etikett »europäisch«, sondern liefen – wie übrigens schon im Ersten Weltkrieg von der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Rechten vertreten – auf die deutsche Vormachtstellung in Mittel- und Osteuropa hinaus: Ein entsprechendes Positionspapier, das Kontinentaleuropa als autonomen Großwirtschaftsraum zu organisieren trachtete, wurde noch im Januar 1933 erstellt. Es ist nicht verwunderlich, daß sich der Hauptverfechter solcher Ideen, Dr. Walter Pahl, Beauftragter des ADGB für den Arbeitsdienst, später in den Dienst der nationalsozialistischen Herrschaft stellte, die deutsche Expansionspolitik wirtschaftlich rechtfertigte und den europäischen Völkern die Vorteile der Existenz

unter der deutschen Knute predigte. Bezeichnend für Pahls deutsche Karriere ist, daß er nach dem 2. Weltkrieg im Bildungswesen des DGB tätig sein konnte. Erst Mitte der 50er Jahre trennte sich der DGB zögerlich von Pahl – und auch dies erst unter massivem Druck der SPD.

Das Fazit solcher Betrachtungen über die europäischen Einigungspläne der Linken muß zwiespältig ausfallen. Einerseits hat sich gezeigt, daß schon vor dem Zweiten Weltkrieg ein großes Reservoir an Ideen und Plänen für die europäische Einigung mit sozialer Prägung vorhanden war, die im Exil und nach dem Krieg wieder aufgegriffen wurden. Es bestanden also durchaus auch Alternativen zum Nationalismus, denen vielleicht nur die Zeit, jedoch vor allem die breite gesellschaftliche

Unterstützung zur Realisierung fehlte. Zu sehr war man noch in alten Denkmustern gefangen. Erst der erneute Schock des nächsten Weltkrieges, der Druck der USA und nicht zuletzt die Bedrohung durch die UdSSR brachten die Westeuropäer näher zusammen. Andererseits zeigt die Untersuchung sozialistischer Europa-pläne auch, daß sich unter dem europäischen Deckmantel durchaus massive nationale oder Wirtschaftsinteressen verbergen können. Kooperation und Hegemoniestreben können nahe beieinander liegen; auch heutzutage gilt es, dies im Auge zu behalten.

Dieser Artikel faßt die Ergebnisse meiner an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen vorgelegten Magisterarbeit zusammen.

Der Dalai Lama – ein Religiöser Sozialist?

In einem Gespräch mit der Frankfurter Rundschau erklärte »seine Heiligkeit, der 14. Dalai Lama«:

Vorher [1954. Red.] hatte er [Mao Tse-tung] Buddha mir gegenüber noch als »großen Revolutionär« gelobt. Auf Grund dessen, was ich in China gesehen hatte, fühlte ich mich vor allem von der ökonomischen Seite der sozialistischen Lehre sehr angezogen. Ich bewunderte die Kommunistische Partei, besonders den Internationalismus der marxistischen Ideologie. Es hieß, der Kommunismus vertrete die Interessen der internationalen Arbeiterklasse. Nationale Grenzen seien nicht wichtig. Das bedeutet doch: Etwas für Menschen in Not tun, für die weniger Privilegierten, die Ausgebeuteten. Davon fühlte ich mich sehr angezogen. Das habe ich Mao gesagt. Ein paar Mal habe ich sogar gesagt, dass ich der Kommunistischen Partei beitreten will. Natürlich war ich immer noch Buddhist, aber was das Wirtschaftssystem betrifft, war ich Marxist geworden. Bis heute habe ich in diesem Sinne viel Sympathie für den Sozialismus.

(Das vollständige Gespräch ist in der FR vom 20.9.1999 nachzulesen. Red.)

Nicaragua: Gute Zeiten – schlechte Zeiten¹

*Sandino sprengte voran und wartete,
Sandino war die Nacht, die kam,
und war das Licht des Meeres, das die Nacht tötete,
Sandino war ein Turm mit Fahnen,
Sandino war die Waffe voller Hoffnungen....
(Pablo Neruda: Der Große Gesang)*

Einmal – in den guten alten Zeiten – fuhr Hermann Schulz² gemeinsam mit Fernando Cardenal³ im Auto von Düsseldorf nach Münster. Sie sprachen über die Armut in Afrika, Asien und in Nicaragua, und Hermann Schulz erzählte eine Begebenheit aus Tansania:

Auf einem Markt in Tansania treffe ich auf eine Frau, die Erdnüsse verkauft. Sie hat auf einem Brett große, mittlere und kleine Tüten aufgebaut. Ich frage nach dem Preis; der Preis für alle Tüten ist gleich. Also kaufe ich zehn Tüten von den größten, zahle und gehe. Aber ich drehe mich noch einmal um: »Mama, wer kauft eigentlich die kleinen Tüten?« Sie lächelt: »Leute, die nicht so einen großen Hunger haben wie du!«

Und lächelnd antwortete Fernando Cardenal: »Ich wusste gar nicht, dass es in Tansania Sandinisten gibt.«

Wahlsieg der FSLN 2001 – Hoffnung oder Drohung?

Vor 20 Jahren, am 19. Juli 1979, zogen Sandinos Erben, die Sandinistische Befreiungsfront Nicaraguas (FSLN) siegreich in die nicaraguanische Hauptstadt Managua ein. Vierzig Jahre Familiendiktatur des Somoza-Clans wurden durch einen Volksaufstand beendet. Vor 9 Jahren (25.2.1990) musste sich die FSLN

nach einer Wahlniederlage aus der Regierung verabschieden.

Für den FSLN-Parteivorsitzenden und Ex-Präsidenten Nicaraguas, Daniel Ortega, ist ein Wahlsieg der FSLN im Oktober 2001 und die Rückkehr an die Regierung die einzige Möglichkeit, »das Volk an die Macht« zu bringen. Am 19. Juli 1999 auf der Plaza de la Revolución in Managua zeigte er sich zuversichtlich:

»Die Frente [FSLN] wird gewinnen, die Frente wird gewinnen. Ich vertraue darauf. Ich bin sicher, dass die Frente gewinnen wird. Dies ist die Stunde der Frente. Die nächsten Wahlen werden ein Sieg für die Frente sein. Ich bin sicher. Ich bin davon überzeugt.«

Andere SandinistInnen sehen einen Wahlsieg der FSLN eher als Drohung denn als Hoffnung, so z.B. Sofia Montenegro, Feministin und Publizistin, bis 1994 Mitarbeiterin der Parteizeitung der FSLN Barricada, danach auf Druck der Parteiführung entlassen. Sie sagt:

»Die Frente Sandinista steht am Ende dieses Jahrhunderts nicht mehr für die sozial-revolutionäre Bewegung, die in den siebziger und achtziger Jahren die Strukturen Nicaraguas erschütterte und in der sich die Jugend und die Intelligenz Nicaraguas wieder fand. [...] Für die Frauen des Landes ist eine derartige Partei auf keinen Fall vertrauenswürdig, und aus der Sicht

der Autonomen Frauenbewegung [dazu zählen sich alle Frauengruppen, die nicht der FSLN oder einer anderen politischen Partei angehören] kann es keine Zusammenarbeit mit einem Vergewaltiger [gemeint ist Daniel Ortega, siehe unten] noch mit denen geben, die sich schützend vor ihn stellen.«

Und Klaus Heß vom Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal schreibt: »Heute sehen wir in der FSLN kaum noch eine emanzipatorische Kraft.«

Geht der Sandinismus unter?

Heute ist die FSLN die größte Oppositionspartei Nicaraguas, das seit 1996 von dem ultrarechten Präsidenten Arnoldo Alemán regiert wird. 57% der Bevölkerung glauben, dass ihr Präsident Alemán, der in den letzten sieben Jahren das Eigentum der Familie um 900% vermehren konnte, korrupt ist. 20% der Bevölkerung sympathisieren mit seiner »liberalen« Regierungspartei PLC (»konstitutionelle liberale Partei«), etwas ebenso viele mit der FSLN.

Über die Politik der Regierung ist nicht viel zu berichten: Noch 18% der Bevölkerung können sich den Grundwarenkorb leisten, die Kindersterblichkeit ist die höchste in ganz Lateinamerika, die Analphabetenquote ist auf über 40% gestiegen, Nicaragua ist das zweitärmste Land der Region (nach Haiti), internationale Konzerne erhalten Konzessionen zur Ausbeutung der letzten Naturreserven... – Neoliberale Politik nach den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds IWF as usual.

Die Opposition hat der Regierungspolitik nichts entgegenzusetzen. Die FSLN hat durch Kungeleien mit der Regierung, durch die Spaltung 1994⁴, durch interne Korruptionsskandale und durch die Vergewaltigungsvorwürfe gegen ihren Vorsitzenden Daniel Ortega ihr Ansehen verloren.

El Pacto – Der Pakt

Otmar Meyer vom Informationsbüro Nicaragua, seit vielen Jahren in Nicaragua ansässig, berichtet aus Managua:

»Die Regierung und [...] eine Opposition ohne Alternativen regieren mit Spitzengesprächen, die in einem so genannten Pakt münden sollen. [...] Das wirtschaftliche Kernstück des Paktes besteht in der Absicherung des beim Regierungswechsel [1990] erworbenen Eigentums der FSLN-Elite. Bei der so genannten Piñata wurde ein Teil des Staatseigentums [...] von FSLN-Mitgliedern übernommen. Inzwischen konzentriert sich dieses Eigentum in den Händen einer kleinen Gruppe von Gewerkschafts- und FSLN-FunktionärInnen. Im Gegenzug soll die FSLN die Korruption der Alemán-Regierung decken. Praktisch drückt sich das so aus, dass die FSLN [-Opposition] im Parlament die Behandlung der Korruptionsfälle [der Regierung] blockiert und in der Öffentlichkeit die Korruption herunterspielt.

Das politische Kernstück des Paktes besteht in der [Errichtung] eines Zwei-Parteien-Systems. Der Staat soll zwischen [Alemáns Regierungspartei] PLC und der FSLN aufgeteilt werden.«

Die wichtigsten Elemente des Paktes sind u.a.:

- Durch Änderung der Wahlgesetze soll kleinen Parteien die Teilnahme an den Wahlen erschwert werden.

- Der Oberste Wahlrat soll durch FunktionärInnen der beiden Parteien besetzt werden.

- Der Oberste Gerichtshof soll von 12 auf 16 Mitglieder erweitert werden, diese Mitglieder sollen gemeinsam von PLC und FSLN bestimmt werden.

- Dem unbestechlichen [konservativen, christlich-sozialen] Rechnungsprüfer Augustín Jarquín, der gegen den Präsidenten Alemán und gegen den Bürgermeister der Hauptstadt Managua Gerichtsverfahren wegen Korruption eingeleitet hat, sollen zwei KollegInnen

aus PLC und FSLN an die Seite gestellt werden.

Die Mehrheit der Bevölkerung und die Parteibasis der FSLN lehnen diesen Pakt ab, schreibt Otmar Meyer. Und Vilma Nuñez (Vorsitzende der nicaraguanischen Menschenrechtsorganisation CENIDH und ehemals langjähriges Mitglied der FSLN) meint:

»Der Pakt ist für Nicaragua eine schreckliche Aussicht, er steht in der Tradition der Diktatur [der Somozas]. Der Pakt kann zum endgültigen Untergang des Sandinismus und zur Wiederkehr des Somozismus führen«.

Daniel Ortega, »mi gallo«!⁵

Daniel Ortegas Stieftochter Zoilamérica wirft ihrem Stiefvater Daniel vor, sie als Kind wiederholt sexuell missbraucht zu haben. Vilma Nuñez:

»Ich habe mich bis kurze Zeit vor der Veröffentlichung des Falls Zoilamérica als Anhängerin Daniels bezeichnet. Ich fühle mich verraten als Parteimitglied und als Frau und in meiner Funktion als jemand, der sich für die Menschenrechte engagiert.«

Der FSLN-Parteispitze wirft Vilma Nuñez vor, die Reihen fest geschlossen und sich schützend vor ihre Führungsgestalt geworfen zu haben: Es gibt »in Nicaragua das Phänomen, dass sich die Leute nicht allein wegen einer Idee bewegen. Die Idee muss von jemand verkörpert werden. [...] Die Führungsfigur Daniel hat [auch] die Basis praktisch in ihren Bann gezogen. [...] Man kann über fehlende Demokratie [...] in der FSLN reden, solange man keinen Namen nennt. Sobald man diese Kritik mit Daniel in Verbindung bringt, schlägt die Stimmung sofort ins Gegenteil um. [...] Mit dieser unkritischen Haltung riskiert die Frente ihre Zukunft, dafür wird sie eines Tages bezahlen müssen.«

Zum 20. Jahrestag der Revolution versammelten sich am 19. Juli 1999 wieder Tausende auf der Plaza de la Revolución in Mana-

gua, und Daniel Ortega konnte erneut seine (Ver-?)Führungsqualitäten unter Beweis stellen. Zwei Wochen vor diesen Feierlichkeiten hatte die FSLN-Abgeordnete Mónica Baldano, historische sandinistische Kommandantin der Revolution, die Frage in den Raum gestellt: »Wird es Daniel wagen, auf dem Platz zu fragen, ob man diese Gespräche mit der Regierung billigt?« – Ortega wagte es und rief nach einer Argumentation von einer Stunde Dauer aus: »Wer will, dass wir diese Verhandlungen zum Ende führen, der soll die Hände hochheben!« – Und die Hände und die schwarzroten Fahnen reckten sich in die Höhe...

- 1 Zitate u.a. aus: Lateinamerika-Nachrichten Info-Blatt 44, Juli/August 1999. Junge Welt, 17./18.7.99. El País, 20.7.99.
- 2 Gründer des Peter-Hammer-Verlages in Wuppertal
- 3 Bruder des Ernesto Cardenal, Pater wie sein Bruder, und seinerzeit Erziehungsminister in der damals sandinistischen Regierung Nicaraguas
- 4 1994 spaltete sich die MRS (»Revolutionäre Sandinistische Bewegung«) um Dora María Téllez und den ehemaligen Vizepräsidenten Nicaraguas Sergio Ramírez von der FSLN ab.
- 5 »Daniel Ortega, mein Hahn!«, Kosename für Ortega bei früheren Präsidentschaftswahlen

Bundesnachrichten

Als Anlaufstellen für Anfragen, regionale Koordination, Initiativen und Ideen haben sich folgende Mitglieder des BRSD bereit erklärt:

West Darius Dunker, Ottostr. 19, 52070 Aachen, Tel. 0241-531922, Fax 069791-2222-57, E-Mail Darius@Dunker.de

Süd Stephan Eberle, Ellenbogen 6, 91056 Erlangen, Tel. 09131-990320

Mitte Maik Eisfeld, Oststr. 25, 99994 Schlottheim (Thüringen), Tel. 0171-5354091, Tel./Fax 036021-80566

Rhein-Main Helmut Pfaff, Saalburgstr. 53, 60385 Frankfurt, Tel. 069-457350, E-Mail hpaff56@aol.com

Nord auf Anfrage im Bundsbüro (s.S. 2)

Wolfram Treiber

Gegen den Hurrikan der Armut

Seit über 10 Jahren unterstützt der BRSD finanziell gemeinsam mit anderen kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppierungen ein Bildungsprojekt in Matagalpa im Norden Nicaraguas, an dem einmal pro Monat über 120 Lehrkräfte – in der Überzahl Grundschullehrerinnen vom Lande – teilnehmen (vgl. zuletzt CuS 2/98).

CuS dokumentiert aus diesem Anlass und zur Kampagne »Erlassjahr 2000« Auszüge aus dem Text »Für eine bedingungslose Schuldenstreichung für die Dritte Welt« des »Aktionskreises Internationalismus« (AKI) aus Karlsruhe. Der AKI setzt sich – im Unterschied zu den meisten Trägern der Erlassjahrkampagne – für eine umfassende und vor allen Dingen bedingungslose Streichung der Schulden ein.

Der Wirbelsturm Mitch

...hat Nicaragua und Honduras mindestens 20 Jahre in ihrer Entwicklung zurückgeworfen. Vieles, was in den letzten Jahren mühsam aufgebaut wurde, ist zerstört, und die Menschen müssen wieder bei Null anfangen. Inzwischen wurden viele Spenden für den Wiederaufbau gesammelt. Sie reichen jedoch bei weitem nicht aus.

Nicht hinweggefegt hat Mitch die Schulden von Nicaragua und Honduras in Höhe von sechs und vier Mrd. US-Dollar. Ebenfalls geblieben sind die Bankschulden der Kooperativen und KleinproduzentInnen, die alles verloren haben. Anlaß für uns, die Verschuldung der Dritten Welt von derzeit 2.330 Mrd. US-Dollar(!), ihre Ursachen und Lösungsansätze zu diskutieren. Wie überfällig diese Debatte ist, zeigen folgende Beispiele:

Die Schulden Nicaraguas bei der BRD betragen ca. 600 Mio. DM. Davon sind 343 Mio. DM noch DDR-Altschulden. 1997 hat Nicaragua von der BRD Zusagen über 47 Mio. DM Entwicklungshilfe bekommen. Im gleichen Jahr sollte es einen Schuldendienst von 43 Mio. DM an die BRD zahlen, davon 38 Mio. DM für DDR-Altschulden. Für 1998 waren 40 Mio. DM Entwicklungshilfe und ein

Schuldendienst von 44 Mio. DM vorgesehen. (Quelle: Weltbank und Südwind-Institut).

Die »Entwicklungshilfe«, die meist ja auch zurückzahlen ist, unterstützt somit nicht die »Entwicklung« Nicaraguas, sondern nur die Entwicklung der Gläubiger. Eine sofortige bedingungslose Schuldenstreichung ist somit überfällig. Schließlich sollen unsere Spenden den Wiederaufbau, Bildungs- und Gesundheitsprogramme unterstützen und nicht den bundesdeutschen Staatshaushalt und die Gewinne der beteiligten Banken. [...]

»Interessenausgleich«

Die Kampagne »Erlassjahr 2000«, die von 560 Gruppen aus dem kirchlichen und entwicklungspolitischen Bereich getragen wird, geht davon aus, daß die Verantwortung für das heute untragbar hohe Schuldenniveau vieler Länder des Südens nicht nur bei den SchuldnerInnen liegt, sondern auch bei den Gläubigern. Deshalb sollen beide Seiten entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit dazu beitragen, daß die Zah-



lungsfähigkeit wieder hergestellt wird. Die Kampagne hat deshalb zwei Ziele:

- einen weitreichenden Schuldenerlaß für die armen Länder im Jahr 2000 und
- die völkerrechtlich verbindliche Neugestaltung internationaler Finanzbeziehungen im Sinne eines fairen Interessenausgleichs zwischen Schuldern und Gläubigern («Internationales Insolvenzrecht»).

Der weitreichende Schuldenerlass soll dabei »die armen Länder von der Last untragbarer Schulden befreien, welche ihre Regierungen bei Regierungen des Nordens, bei



Auf einer Kaffeefinca in Nicaragua

internationalen Finanzinstitutionen und Privatbanken aufgenommen haben«, und »faire und gleichgewichtige Beziehungen zwischen internationalen Gläubigern und Schuldnern herstellen« sowie »den Interessenausgleich zwischen beiden Seiten regeln«.

Damit ist die Verantwortung für die Verschuldung zu gleichen Teilen den ehemaligen Kolonialmächten und den Kolonien zugewiesen. Kriterium für weitreichenden Schuldenerlaß sind arme Länder (nach der Definition der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds die 38 ärmsten Entwicklungsländer) und die Tragbarkeit der Schulden der Dritten Welt. Tragbar seien die Schul-

den, die zu Zahlungsverpflichtungen von weniger als 10% der Exporterlöse führen. (Zum Vergleich: Die Weltbank oder die rot-grüne Bundesregierung gehen von tragbaren Schulden bis zu 25% der Exporterlöse aus).

Die Erlassjahrkampagne will die erlassenen Schulden aber auch nicht einfach streichen. Vielmehr soll ein Teil der erlassenen Schulden in einen »Gegenwertfonds« in nationaler Währung eingezahlt werden. Dieser Teil soll dann beispielsweise »Projekte zur Dekkung sozialer Grundbedürfnisse oder ein Kreditsystem für kleine Händler oder Bauern finanzieren«. Bei der Verwendung dieser Gelder soll die »Zivilgesellschaft« »angemessen« beteiligt werden. Offen bleibt, was eine angemessene Beteiligung ist, wer die »Zivilgesellschaft« ist, oder warum gerade die Gläubiger der ehemaligen Kolonialmächte, die seit Jahrhunderten einen gnadenlosen Wirtschaftskrieg gegen die Menschen in den (ehemaligen) Kolonien führen, über Nacht die Interessen der Armen in der Dritten Welt bes-

ser als die dortigen Eliten vertreten sollten (die dies natürlich in der Regel genausowenig im Sinn haben).

Schuldenerlass auf Rot-Grün

Auch der diesjährige Weltwirtschaftsgipfel in Köln hat (hatte. Red.) die Verschuldung der Dritten Welt zum Thema. Dort beraten (berieten. Red.) die acht wirtschaftlich mächtigsten Länder der Welt, wie gewährleistet werden kann, daß die Entwicklungsländer weiterhin 230 Mrd. US-Dollar jährlich an die reichen Industriestaaten an Schuldendienst zahlen, ohne zahlungsunfähig zu werden.

Denn die Kuh, die man melken will, darf man nicht schlachten. Oder anders ausgedrückt, wie die Verschuldung der Dritten Welt auf ein »tragbares« Maß reduziert werden kann.

Die rot-grüne Bundesregierung wird auf dem G-8-Gipfel einen Vorschlag für »Schuldenerlasse für die ärmsten Länder« einbringen (BMZ spezial 3/99). Danach soll es zu »Schuldenerleichterungen für die 38 ärmsten Länder« kommen. Maßstab dafür soll die »Tragfähigkeit der Schulden« sein. Diese sei dann nicht mehr gegeben, wenn die Schulden mehr als 200% der Exporterlöse betragen, anstatt 250% wie bisher. Außerdem sollen Zins und Tilgung nicht mehr als 25% der Exporterlöse betragen. Allerdings müssen sich die Länder einem sechsjährigen Strukturanpassungsprogramm unterwerfen, das nach drei Jahren überprüft wird. Staatlich verbürgte Handelsforderungen sollen dann nach drei statt bisher sechs Jahren in Höhe von 80% und zukünftig in Ausnahmefällen auch vollständig erlassen werden.

Nicaragua mit seinen sechs Mrd. US-Dollar Auslandsschulden müßte sich danach für sechs Jahre einem drastischen Sparprogramm unterwerfen. Dies wäre nach den Zerstörungen des Hurrikans Mitch zwar kaum möglich und widersinnig, da ja jetzt gerade staatliche Gelder für den Wiederaufbau gebraucht werden. Allerdings würden Nicaragua danach 80% der Schulden erlassen allerdings nicht aller Schulden, sondern nur derjenigen Verpflichtungen, die bei den ersten Umschuldungsverhandlungen mit dem Pariser Club der Gläubigerbanken bestanden. Konkret bekäme Nicaragua dann nur rund 100 Mio. von seinen sechs Mrd. Dollar erlassen. (Quelle: Pedro Morazan, Südwind-Institut)

An der Lage der großen Mehrzahl der Bevölkerung Nicaraguas wie auch der Bevölkerung der anderen Entwicklungsländer würde sich nichts Grundlegendes ändern. Nach wie vor würde gelten, daß nach Unicef-Angaben

In diesen Zeiten wird der Begriff des Neuen selber verfälscht. Das Alte und Uralte, neuerdings auf den Plan tretend, proklamiert sich als neu, oder es wird als neu verkündet, wenn das Alte oder Uralte auf eine neue Art durchgesetzt wird. Das wirklich Neue aber wird, da heute abgesetzt, als das Gestrige erklärt, zu einer flüchtigen Mode heruntergemacht, deren Zeit vorbei ist. Das Neue ist z. B. die Art, wie Kriege geführt werden, und alt soll sein eine Art der Wirtschaft, angedeutet, noch niemals ausgeführt, welche Kriege überflüssig machen will. Auf eine neue Art wird die Gesellschaftsordnung in Klassen befestigt, und alt soll sein, die Klassen beseitigen zu wollen.

Bertolt Brecht, Anmerkungen zu »Leben des Galilei«

weltweit jährlich wegen der Verschuldung mehrere Millionen Kinder sterben nur weil es an ein paar Pfennigen für Medikamente oder Nahrungsmittel mangelt. Mit der Zahl 80% Schuldenerlaß in den Medien soll die satte Öffentlichkeit in den reichen Ländern beruhigt werden. Es wird ja etwas getan ... [...]

Der vollständige Text ist in der Zeitschrift »analyse&kritik« Nr. 427 vom 10.6.1999 erschienen.

Chile: Neue Gewerkschaften braucht das Land

Ein Gespräch mit der chilenischen Frauenrechtlerin und Gewerkschaftsexpertin Miriam Ortega

Der Abwärtssog im Gefolge der Finanzkrisen in Asien und Brasilien hat die soziale Landschaft in Lateinamerika einschneidend verändert, Arbeitslosigkeit und Armut wieder ansteigen lassen und zu einer Verschärfung des politischen Klimas beigetragen. In Chile kommt zur Wirtschaftskrise die immer erbitterter ausgetragene Konfrontation zwischen Pinochet-Anhängern und -Gegnern um die Bewertung der vom Militärregime zwischen 1973 und 1990 begangenen Verbrechen. Auf Einladung des Evangelischen Missionswerkes und des Vereins für Lateinamerika-Solidarität »La Madrugada« besuchte im Mai die chilenische Bürgerrechtlerin und Gewerkschaftsexpertin Miriam Ortega – selbst jahrelang unter Pinochet inhaftiert – Hamburg. Sie ist eine der Verantwortlichen des EMW-Partnerprojektes »Ana Clara«, einer nichtstaatlichen Organisation, die sich in der Bildungsarbeit mit Frauen aus Gewerkschaften engagiert.

Jürgen Schübelin: Wie hat sich die Affaire Pinochet auf die sozialen Organisationen in Chile ausgewirkt?

Miriam Ortega: Zuerst ist da die persönliche Genugtuung, daß Pinochet in London unter Arrest gestellt wurde, daß nach 26 Jahren der Versuch unternommen wird, ihn für seine Verbrechen juristisch zur Verantwortung zu ziehen. Wichtig ist, daß es Spanien tatsächlich gelingt, ihm den Prozeß zu machen und eine Verurteilung zu erreichen, unabhängig davon, ob man ihn danach

aus Altersgründen nach Hause schickt. Für uns ist entscheidend, daß in einem rechtsstaatlichen Verfahren über die Verbrechen, die unter seiner Verantwortung geschehen sind, zu Gericht gesessen wird. Wichtig ist aber auch, daß sich die Öffentlichkeit fast überall auf der Welt mit Pinochet und dem Fall Chile auseinandergesetzt hat – und zu einer fast einhelligen Verurteilung kam. Die Lordrichter haben – zumindest für den Fall der in Chile systematisch angewandten Folter – das Prinzip der Straflosigkeit durchbrochen. In unsere Genugtuung mischt sich jedoch einiges Mißtrauen, weil die chilenische Regierung versucht, die Situation zu manipulieren, um erneut einen Schlußpunkt in Sachen Verfolgung der Menschenrechtsverbrechen durchzusetzen. Das Ziel: Die Amtszeit des nächsten Präsidenten am 11. März 2000 beginnen zu können, ohne diese Altlasten herumzuschleppen.

Schübelin: War man in der chilenischen Menschenrechtsbewegung, in den Gewerkschaften und anderen sozialen Organisationen überrascht von der Vehemenz des internationalen Interesses an diesem Fall?

Ortega: Doch, das hat überrascht. Die internationale Anteilnahme, das weltweite Medieninteresse und die Solidarität so vieler Menschen – 26 Jahre nach dem Putsch – haben uns den Rücken gestärkt. Viele der Überlebenden hielten diese Entwicklung nicht mehr für möglich, hatten nach Jahren des Unterden-Teppich-Kehens und des Negierens ih-

res Anteils an der Geschichte resigniert. In dem Bild, das von unserem Land nach außen projiziert wurde, war für sie kein Platz. Wir sind überzeugt, daß es für die Rückgewinnung der eigenen Geschichte und den weltweiten Kampf gegen die Straflosigkeit entscheidend ist, was da in London passiert. Es empört uns, daß Chile das einzige Land ist, in dem Pinochet nach wie vor Unterstützung findet. Und es ist alarmierend, wie rechte Kräfte in diesen Wochen unverbrämt zugunsten von Putschisten, Folterern und Diktatoren mobilisieren.

Schübelin: Chile gerät seit einem Jahr immer tiefer in den Strudel der Wirtschafts- und Finanzkrise in Asien und Brasilien. Welche Konsequenzen hatten die Verschlechterungen der sozialen Situation für die Arbeit von Gewerkschaften und nichtstaatlichen Organisationen im Land?

Ortega: Das sind zunächst die verheerenden Auswirkungen für den Einzelnen: Mehr Arbeitslosigkeit, weniger Einkommen, eine Verschlechterung der Lebensqualität. Aber

diese Krise hat auch dazu beigetragen, vielen die Augen zu öffnen, daß das ultraliberale Wirtschaftsmodell den arbeitenden Menschen keine Perspektiven bietet, sondern lediglich denjenigen Unternehmern, die sich mit transnationalen Konzernen verbündet haben. Wenn die Menschen sehen, daß es selbst durch immer größere Anstrengungen, immer längere Arbeitstage und auch die x-te Kreditkarte nicht möglich ist, die soziale Abwärtsspirale zu stoppen, wächst die Einsicht, daß es nicht der Einzelne ist, der da versagt hat, sondern im gesamten System der Wurm steckt. Die Leute verstehen, daß ihr ökonomisches Lebensprojekt auf Streichholzbeinchen errichtet ist, sie jederzeit – ohne jegliche Begründung – den Arbeitsplatz verlieren können, daß Verluste, die ihr Unternehmen an der Börse in

New York macht, von ihnen bezahlt werden. Der efecto cachaza ließ überdeutlich werden, daß das sogenannte »Jaguar-Wunder«, das chilenische Wirtschaftsmodell, ein großer Bluff war – so wie auch die Blütenräume in Brasilien jäh zerstoben. Das trägt dazu bei, die in den vergangenen Jahren so geschwächten chilenischen Gewerkschaften wieder zu stärken. Doch das ist nach den Erfahrungen des Terrors und der für die sozialen Organisationen verlorenen Jahre der transición (Übergang zur Demokratie) ein mühsamer Prozeß. Ich glaube nicht, daß wir in Chile explosionsartige Proteste erleben werden, wie etwa Ende der achtziger Jahre in Venezuela oder später in Argentinien.

Schübelin: Was unterscheidet denn die Situation in Chile von der dieser beiden Länder?

Ortega: Hier in Chile haben sie uns das Modell als Komplettpackung oktroyiert – mit Blut und Feuer, unter Waffengewalt. In Argentinien und anderswo gibt es immer noch Widerstand, dieses ultraliberale Wirtschaftsmodell bedingungs-

los zu akzeptieren. Hier bei uns tragen auch die politischen Rahmenbedingungen und die verhängnisvolle Rolle der Justiz dazu bei, ein Wiedererstarken der Selbsthilfekräfte bei den Betroffenen zu lähmen.

Schübelin: In allen Krisensituationen während der zurückliegenden 25 Jahre in Chile waren es vor allem die Frauen, die Verelendungsprozesse auf die unterschiedlichste Weise abzufedern und aufzufangen hatten. Wie wirkt sich die derzeitige Rezessionsphase für die Frauen aus?

Ortega: Die Szenarien ähneln sich. Wie schon während der Krisen in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre, traf die ökonomische Verschlechterung zuerst die Frauen. Die Zahl von Frauen, die unter Bedingungen von Armut und extremer Armut leben, hat



Miriam Ortega

(Foto: Jürgen Schübelin)

wieder zugenommen. Der Rückgang der Industrieproduktion in Chile tangiert die sogenannten Leichtlohngruppen, also Bereiche, in denen vor allem Frauen arbeiten. Dort sind die Einkommen am stärksten zurückgegangen, in der Textilindustrie, bei der Saisonarbeit in der Landwirtschaft, in allen Bereichen, in denen für den Export produziert wird, bei der Fischverarbeitung oder der Nahrungsmittelherstellung. Überall sind Frauen gezwungen, die Lohneinbußen durch Mehrarbeit, Überstunden und Nachtschichten zu kompensieren. Um soviel wie früher zu verdienen, müssen sie fast das Doppelte arbeiten. Und dort, wo Firmen Mitarbeiter entlassen, sind immer zuerst Frauen betroffen.

Schübelin: Was geschieht mit diesen Frauen, wenn sie ihren Arbeitsplatz verloren haben?

Ortega: Sie vergrößern den sogenannten Schattensektor der chilenischen Wirtschaft, bieten informell irgendwelche Dienstleistungen oder von ihnen gefertigte Produkte an, um den Lebensunterhalt ihrer Familien zu bestreiten. Es gibt inzwischen in Chile einen regelrechten Schattenarbeitsmarkt, der sich mit der Vorbereitung von Früchten und anderen Agrarprodukten für den Export beschäftigt. Frauen schälen Nüsse, trocknen Rosinen und Aprikosen, verpacken sie, damit sie von Händlern exportiert werden können. Auch das Vorbereiten und Verpacken von Pflanzensamen wird von Frauen erledigt. All das geschieht in Heimarbeit, bezahlt nach Stückzahl. Die Frauen können sich die Arbeit nicht aussuchen. Es sind Subunternehmen, die von Haus zu Haus, von Hütte zu Hütte, die entsprechenden Aufträge verteilen und minimal entlohnen. Die Frauen sind nicht mehr kranken- und rentenversichert, haben kein Recht auf ein freies Wochenende oder Urlaub. Wenn Textilien in Heimarbeit gefertigt werden, müssen die Frauen selbst das Zubehör einkaufen, die Fäden, Ersatzteile der Nähmaschine. Manche Unternehmen, die ihr Personal entlassen haben, um Kosten zu sen-

ken, bezahlen die gesetzlichen Abfindungen ihrer Arbeiterinnen in Form einer Nähmaschine, mit der die Frauen anschließend Heimarbeit für die selbe Firma leisten.

Unternehmern gelingt es auf diese Weise, Gewinneinbußen in Folge der Rezession auf Kosten der Frauen auszugleichen.

Schübelin: Aber es sind doch nicht nur die Frauen, sondern auch die Kinder aus Unterschichtsfamilien, deren Arbeit in dieser Situation für den Lebensunterhalt von Bedeutung ist?

Ortega: Die Arbeitskraft der Kinder wird in der Krise unverzichtbar. Sie tauchen zunehmend in der Saisonarbeit in der Landwirtschaft auf, als Handlanger, Hilfsarbeiter in Industrieunternehmen oder im informellen Sektor, in der Heimarbeit. Dort sind sie fester Bestandteil des Produktionsprozesses, nur daß sie nicht eigens bezahlt werden. Die Kinder arbeiten in der Verpackung von Pflanzensamen oder beim Zusammenbau von Halbfertigprodukten, die aus Südostasien kommen, in Chile zusammengesetzt oder neu etikettiert und verpackt werden, um dann ihren Weg durch Lateinamerika fortzusetzen. In der Landwirtschaft, etwa beim Tabakbau, planen Unternehmer Kinder ganz bewußt als Arbeitskräfte ein. Um die Produktion zu erhöhen, werden die Tabakpflanzen so eng nebeneinander gesät, daß Erwachsene nicht mehr zwischen ihnen durchkommen, sehr wohl aber Kinder. Geerntet wird der Tabak von Acht- bis Zwölfjährigen. Kinder werden also nicht mehr nur als Helfer und Handlanger – außerhalb ihrer Schulzeit – in die Produktion integriert, sondern ganz normale Arbeitsabläufe werden auf sie zugeschnitten. Kinderarbeit ist in Chile nichts Neues. Kinder und Jugendliche wurden schon immer im Wirtschaftsprozess eingesetzt. Doch jetzt geht es für Unternehmen vor allem darum, Produktionskosten zu senken. Kinder verdienen sehr wenig, sie organisieren sich nicht. Sie klagen keine Rechte ein, weil sie keine Rechte haben.

Schübelin: Und wer in Chile interessiert sich für dieses Thema, macht auf diese Situation aufmerksam?

Ortega: Das ist zunächst die Weltarbeitsorganisation (ILO), die mehrfach diesen Mißbrauch beklagt hat, einige NGOs, die wie AnaClara direkt mit dem Thema befaßt sind und natürlich auch die Lehrer und ihre Berufsverbände. In den Zeitungen ist nichts dazu zu lesen, es sei denn, ganz selten ein kurzer Bericht über eine spektakuläre Aktion, die wir oder andere initiiert haben. Aber insgesamt wird das Thema völlig verdrängt, trotz seiner offensichtlichen Präsenz überall auf Straßen und Plätzen. Nur ganz langsam gelingt durch Initiativen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, eine gewissen Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Die Kinder selbst betrachten sich nicht als Arbeiter, sie antworten auf Fragen immer, daß sie einfach zu Hause mithelfen würden – und das selbst dann, wenn – wie im Fall der Tabakpflanzungen – die Kinder ihre eigenen Mütter als Arbeitskräfte verdrängt haben, weil sie den Unternehmer noch weniger kosten.

Schübelin: Gibt es irgendwelche vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen und diesen Kindern und Jugendlichen?

Ortega: Nein. Das läuft alles informell ab. Die Kinder werden morgens einbestellt, arbeiten den Tag über und erhalten abends ihre Bezahlung. Wohl gemerkt, wir reden hier auch von Achtjährigen, mit denen es AnaClara zu tun hat, die beispielsweise während der Pflaumenernte den ganzen Tag über auf der Obstplantage arbeiten und nicht zur Schule

gehen. Nach den Pflaumen kommen die Aprikosen. Am Ende sind es drei bis vier Monate, in denen der Schulbesuch flach fällt, weil die Kinder und Jugendlichen Geld verdienen müssen.

Schübelin: Nirgendwo in Lateinamerika ging der Staat bei Privatisierungen im Gesundheitsbereich, bei den Renten- und Krankenversicherungen so weit wie in Chile. Die Wirtschaftskrisen in Asien und Brasilien haben für die Rentenversicherten hohe Verluste verursacht. Ist die Krisenentwicklung jetzt



Armenviertel in der südchilenischen Stadt Talcahuano

(Foto: Jürgen Schübelin)

ein Anlaß, um über die Sozialisierung der Verluste dieses Systems noch einmal nachzudenken?

Ortega: In den Gewerkschaften und den Familien, die von den Teilverlusten ihrer Rentenersparnisse betroffen sind, wird natürlich diskutiert. Doch der Staat setzt seine hektische Privatisierungspolitik fort: Jetzt ist es die Trinkwasserversorgung, das Abwassernetz und die Kläranlagen, die privatisiert werden sollen. Wir reden hier von gutgehenden, gewinnbringenden öffentlichen Unternehmen. Die Mitarbeiter haben im vergangenen Monat einen Streik organisiert, um sich dagegen zur Wehr zu setzen, daß dieser le-

benswichtige Dienstleistungsbereich zerschlagen wird. Es gibt in Chile jedoch keine Chance, diesen Prozeß zu stoppen. Die politischen Entscheidungen sind gefällt. Ähnlich läuft es auch beim staatlichen Erdölunternehmen. Auch dieser öffentliche Holding soll an private Konzerne verkauft werden. Natürlich sind die Mitarbeiter und ihre Gewerkschaften die letzten, die informiert werden.

Schübelin: Aber es gibt doch auch Reaktionen, Antworten der Betroffenen auf diese neuen Situationen? Wie verändern sich die chilenischen Gewerkschaften angesichts dieser Entwicklung?

Ortega: Eine der wichtigen Veränderungen, die ich wahrnehme, ist die zunehmende Bedeutung der regionalen und lokalen Koordinationen von Gewerkschaften. Die Leu-

Erfüllungsgehilfen und Sprachrohr für die Regierungspolitik degradiert wurde, Risse bekommt.

Seit 1990 haben sich die Gewerkschaften die Doktrin zu eigen gemacht: Ja nicht auffallen, ja keine Konflikte, kein böses Wort, das schlafende Hunde wecken und den mit den Militärs ausgehandelten Weg zur Demokratie gefährden könnte. Jetzt, in der Krise, funktionieren diese Mechanismen nicht mehr so einfach.

Schübelin: Gewerkschaften auf der ganzen Welt genießen den zweifelhaften Ruf, immer auch ein Hort des Machismus zu sein. Für Frauen ist es sehr schwierig, sich Gehör zu verschaffen, als Gewerkschaftsführerinnen ernst genommen zu werden. Konnte die Arbeit von AnaClara seit 1992 etwas an dieser Situation ändern?

Ortega: Es wäre natürlich ermutigend, wenn ich sagen könnte, doch, etwas bewegt sich. In Wirklichkeit ist dieser Prozeß extrem mühsam, schleppend und wird noch viele Jahre benötigen. Was erreicht wurde, ist eine sehr viel bessere, qualitativ überzeugendere Vorbereitung von Frauen, die in Gewerkschaften Verantwortung übernehmen. Bisher war es immer so, daß Frauen, wenn sie in

Gewerkschaften ernst genommen werden wollten, lernen mußten, sich wie Männer zu benehmen, wie Männer zu reden, sich wie Männer durchzusetzen. Inzwischen gibt es jedoch Beispiele dafür, daß sich Frauen aufgrund ihrer Sachkompetenz, ihrer professionellen Vorbereitung durchsetzen konnten und auch Erfolg haben. Frauen sind oft deshalb so glaubwürdig, weil sie Alltagsorgen, die täglichen Anstrengungen, die Familie durch-

zubringen, überzeugend mit politischen Anliegen verknüpfen können. Sie interessieren sich für Themen wie Schulbildung der Kinder, die Krise des Gesundheitssystems, Wohnungsbau und öffentlicher Nahverkehr. Ihre Kritik an den Schattenseiten des Wirtschaftsmodells ist konkret, handgreiflich, weniger theoretisch. Und, dort, wo Frauen in Gewerkschaften die Verantwortung tragen, ist die Zusammenarbeit mit anderen sozialen Akteuren, Stadtteilkomitees, Elterninitiativen, Selbsthilfeorganisationen oft viel unkomplizierter. Doch: Es hat Fortschritte gegeben! Heute führt erstmals eine Frau die Gewerkschaft der nationalen Erdölgesellschaft. An der Spitze der Gewerkschaften des größten Baumarktes im Land steht eine Frau. Aber der Weg, der vor uns liegt, ist noch sehr lange.

Schübelin: Wie sieht denn Ihre Utopie von einer neuen Gewerkschaftslandschaft in Chile aus?

Ortega: Ich wünsche mir eine Gewerkschaftsbewegung mit viel mehr Autonomie gegenüber dem Staat und der Regierung, Gewerkschaften, die keine Klakteure für Entscheidungen im Präsidentenpalast und den Ministerien mehr sein müssen, Gewerkschaften, die eng mit allen übrigen sozialen Organisationen und Bewegung verzahnt sind, die sich in alle Themen, die für die Menschen auch über den unmittelbaren Arbeitsplatz hinaus entscheidend sind, einmischen: Bildung, Gesundheit, Wohn- und Lebensqualität, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit zwischen Frau und Mann, Gewerkschaften, die in Chile wirklich einen Beitrag zur Sicherung der Demokratie zu leisten vermögen!

Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus: "der überblick" 2/98, Hamburg.



Armenviertel in Talcahuano

(Foto: Jürgen Schübelin)

te versuchen, aus dem starren Gefüge der Branchengewerkschaften auszubrechen und sich gemeinsam mit anderen sozialen Akteuren innerhalb eines Stadtbezirks, eines Gewerbegebietes, einer Industriezone zu engagieren. Dann ist zu spüren, wie diese unheilige Allianz zwischen dem Regierungsapparat, den Chefetagen der Koalitions-Parteien und den Verantwortlichen des chilenischen Gewerkschaftsdachverbands CUT, der seit Jahren zum

Eleuterio Fernández Huidobro

Die große Aufgabe

Erstes Bild: Ich gehe durch die Straßen von Göttingen und lese: »Hundetoilette«. Wie hoch ist wohl das Pro-Kopf-Einkommen der Hunde in Deutschland? Ich weiß es nicht, aber es ist vermutlich höher als das von Millionen von Menschen.

Zweites Bild: Im Fernsehen sehe ich afrikanische Kinder mit hochmodernen schweren Waffen in den Händen. Der Journalist berichtet, dass der Krieg dort nicht mehr aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen geführt wird, sondern dass um Nahrung gekämpft wird, dass der Krieg die beste Art ist, an etwas zu essen zu kommen.

Drittes Bild: Im Fernsehen sehe ich eine Schar argentinischer Kinder auf einer riesigen Müllhalde in Rosario. Sie ringen und kämpfen um jeden Essensrest. Bis vor kurzem war diese Region eines des größten Industriegebiete Lateinamerikas. Nichts ist von jenen Fabriken übrig geblieben. Es ist, als wenn ein schrecklicher Krieg die Gegend verwüstet hätte. Der Journalist fragt die in Lumpen gekleideten Mütter, die bis gestern zu den besten Arbeiterinnen der Welt gehörten, warum sie zulassen, dass ihre Söhne und Töchter sich um Müll streiten. »Wenn wir sie nicht lassen, fressen sie uns auf«, lautet die Antwort.

Viertes Bild: In einem Dokumentarfilm über das Ende des Zweiten Weltkriegs sehe ich deutsche und holländische Mädchen und Jungen (heute müssen sie reife Frauen und Männer sein), die in Rotterdam und Berlin um Müll streiten und kämpfen. Dasselbe Bild wie in Rosario in Argentinien. Nur dass es an einem Ort einen Krieg gab, am anderen nichts als Wirtschaftspolitik.

Die FAO informiert 1996: Es gibt 800 Millionen Menschen, die HUNGER leiden. In zwanzig Jahren werden es, wenn alles so weitergeht, zwei Milliarden sein. Unter diesen Hungernden sind heute 200 Millionen Kinder. Die ehemaligen Arbeiterinnen in Argentinien sagen: »Sie fressen uns auf«. Das ist eines der Risiken: Entweder geben wir ihnen zu essen oder wir töten sie. Wenn nicht, dann werden sie uns auffressen ... einschließlich der erleuchteten Mitglieder der radikalen Linken.

Das muss auch der Grund sein, warum einer der Punkte im Programm der größten politischen Organisation der Linken in Amerika (und in der Welt), der brasilianischen Arbeiterpartei PT, heißt: »Drei Mahlzeiten am Tag.«

An dem Tag, an dem in Brasilien auf diese Art gegessen werden wird, werden wir eine beeindruckende Revolution erleben, denn so zu essen, ist ein Wunder. [...]

Die Falle

In der christlichen Welt feiern wir am 24. Dezember Heiligabend. Seinem (europäischen) Ursprung nach findet dieses Fest in der längsten Nacht des Jahres statt. Man feierte das Ende der langen Nächte, den Beginn der kurzen, die Rückkehr zur Sonne, zum Licht, zum Sommer. Die Auferstehung, die Wiedergeburt Gottes, einen kindgewordenen Gott.

Ohne irgendeine Anpassung an unsere Realität wollen wir auf der Südhalbkugel in dieser Nacht dasselbe feiern und feiern doch gerade das Gegenteil. Denn zu dieser Zeit

beginnt hier die Nacht länger zu werden. Das Gotteskind stirbt, und das Inferno erwacht zu neuem Leben.

Die Falle zeigt sich aber auch an anderen Punkten. Sehen wir sie uns an:

Wir haben gesagt, dass die in den »Bildern« am Anfang dargestellte Situation die Folge der »neoliberalen« Wirtschaftspolitik ist.

Um dies zu verstehen, müssen wir untersuchen, welche »Theorien« die Schule der »Chicago-Boys« aufgestellt hat, und das haben wir mit großer Hingabe getan. Wenn wir jedoch den Kapitalismus mit dem Adjektiv »neoliberal« versehen, so bleibt auf dem Gebiet der Ideologie Raum für die Behauptung, es gäbe eine andere, »bessere« Art des Kapitalismus. Und damit gehen wir in die Falle, anstatt laut und deutlich herauszuschreien, dass die Ursache für dies alles der Kapitalismus ohne Adjektive ist.

Aus dieser Falle müssen wir herauskommen, um die ganze Wahrheit zu sagen.

Wenn es darum geht, Adjektive auszuwählen, können wir höchstens zeigen, wie der Kapitalismus »ausschließend« und »opfernd« (im Sinne einiger christlichen Theologen) ist. Sein »Modell« schließt den größten Teil der Menschheit aus und opfert ihn.

Aber es muss klar sein, dass ein Adjektiv überflüssig ist, denn der Kapitalismus war seit seinen Anfängen »ausschließend« und »opfernd«, ist es nach wie vor und wird es immer sein: Nicht aus böser Absicht, sondern weil er gar nicht anders sein kann, wenn er Kapitalismus bleiben will. [...]

Die Fallen

Bis vor einigen Jahren haben wir, zusammen mit vielen anderen, gedacht, dass die wachsende Marginalisierung von riesigen Menschenmassen an eine Grenze stoßen und schließlich in einer unaufhaltbaren sozialen Explosion enden würde. Es schien offensichtlich, dass das entsetzliche Elend einer so un-

geheuren Zahl von Menschen früher oder später von sich aus an verschiedenen Stellen auf unserem Planeten zu revolutionären vulkanischen Ausbrüchen führen würde.

Zunächst ist es wahr, dass es diese Ausbrüche gab und geben kann. Es ist aber nicht immer unbedingt wahr, dass diese Ausbrüche revolutionär sind. Sie können auch einfach nur chaotisch sein und sogar von Vorteil für den Kapitalismus, der sie deswegen manchmal auch fördert.

Außerdem können wir heute »entdecken«, dass Menschen, wenn sie übelsten Lebensbedingungen ausgesetzt sind und keinen anderen Ausweg finden, sich in ihren Existenzformen zurückentwickeln bis hin zum Nomadentum, zur Horde und zur Höhle... Die Verschlechterung des Lebensstandards kann breite Menschenmassen in die Steinzeit zurückführen, und sie »passen sich an«, ohne dass dies das kapitalistische System weiter stören würde. Im Gegenteil, diese Rückentwicklung wird zu einem funktionalem Bestandteil des Systems und in einigen Fällen zu einem pittoresken touristischen Anziehungspunkt.

Das Schlimmste daran ist, dass sogar einige Haltungen, die ursprünglich revolutionär oder »alternativ« sein wollten, nicht nur vom System aufgesaugt, sondern sogar in ein neues »Geschäft« verwandelt werden (Kleidung, Kultur, Tourismus...).

»Alternative« Viertel, Kleidungsformen, Protestkulturen, Berufe und sogar Guerillas können so nicht nur neutralisiert, sondern in »Geschäft« verwandelt werden. Der Gipfel davon sind in diesen Tagen »geführte« Exkursionen nach Chiapas oder zur von der MRTA besetzten japanischen Botschaft in Lima.

Es muss hier noch einmal gesagt werden: Der Kapitalismus hat keine und gibt keine



Lösungen für die riesigen Massen der Armen. Die Behauptung ist unvollständig: Jeder der durch eine población callampa in Chile, eine favela in Brasilien, ein cantegril in Uruguay oder eine villa miseria in Argentinien geht, kann beobachten, wie die Fernsehantennen auf den Dächern und die Videorecorder in den armseeligsten und entwürdigendsten Hütten wuchern. Auf diese Weise hält auch dort das

unvorstellbarste Luxusleben Einzug. Die intimen und sentimental Probleme des internationalen »Jet-Set«, das Leben und die Gebräuche in den mondänsten Badeorten der Welt, die Probleme des britischen Königshauses. Ströme von Tränen werden an jenen Orten der Dritten Welt vergossen angesichts der unerträglichen Leiden des Prinzen von Wales.

Alle, die einen mehr, die anderen weniger, beteiligen sich mit Eifer an den Diskussionen darüber, wie man die Innenausstattung der Bungalows unter poetischen Palmen und an warmen Karibikstränden am besten auf Hochglanz bringen kann. Jeder hat das Gefühl, dass es nicht unmöglich ist, eines Tages auch an einem solchen Ort zu sein. Diese Hoffnung wird dadurch bestärkt, dass einige Freundinnen und Freunde und ehemalige Nachbarn auf den Fernsehschirmen zu sehen sind. Der Sportler, der berühmt geworden ist, der Drogenhändler, der es zu Reichtum gebracht hat, der Kriminelle, der Erfolg gehabt hat, der Zuhälter, der Mädchen und Jungen aus dem Viertel anwirbt, der Sänger, der den Aufstieg von der Straße weg geschafft hat. Falls dieses Betäubungsmittel nicht ausreichen sollte, stehen außerdem noch alle anderen Drogen zur Verfügung, um ihre Funktion der kulturellen Anpassung zu erfüllen.

Es ist daher nicht richtig, dass der Kapitalismus keine Lösungen anbietet. Die, die wir aufgezeigt haben, sind nur Beispiele, es gibt

noch viele mehr, eine entsetzlicher als die andere. Aber es gibt sie.

Fassen wir zusammen: Wir dürfen nicht vergessen, dass die herrschende Ideologie in breiten marginalisierten Schichten nach wie vor der Kapitalismus ist.

Die Ursachen der Marginalisierung

Ein anderer Aspekt, auf den wir eingehen müssen, sind die Ursachen der Marginalisierung. Im Allgemeinen sind diese bekannt, aber es gibt dabei einige Nuancen, die man im Auge behalten sollte.

Die Arbeitslosigkeit marginalisiert. Aber Arbeit zu Elendslöhnen marginalisiert auch, ebenso der eigene Wille: Man kann feststellen, dass viele Leute sich selbst marginalisieren, weil sie den Konkurrenzdruck und die hohe Arbeitsintensität, die ihnen abverlangt wird, nicht akzeptieren wollen. In vielen Fällen von Marginalisierung findet man einen Bruch, eine Art des Protests, eine Rebellion.

Das Modell verlangt von jedem, eine Form der »Zivilisation« zu akzeptieren, und es gibt immer mehr Menschen, die mit größerem oder geringerem Bewusstsein und mit unterschiedlicher intellektueller Klarheit die Entscheidung treffen, sich diesem »zivilisatorischen« Modell zu entziehen, und sich an den Rand dieser Gesellschaft begeben.

Viele der traditionellen Aufgaben des Staates werden von diesem nicht mehr wahrgenommen und bleiben der privaten Initiative überlassen, einschließlich der Gesundheitsfürsorge, der sozialen Sicherheit und der Bildung. Diese Veränderung ist jedoch nicht allgemein und auch nicht überall gleich. An einigen Orten regiert unter den sich selbst Überlassenen das »Rette sich wer kann«, das Gesetz des Dschungels.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die großen transnationalen Unternehmen ein immer perfekteres Beispiel. Ihre Machtfülle ermöglicht es ihnen, für ihre Angestellten, Führungs-

kräfte und sogar Kunden, für die Region, in der ihre Industrie-, Agrar- oder Handelsunternehmen angesiedelt sind und wo sich die Wohnungen ihres Personals befinden, diejenigen Dienstleistungen anzubieten, für die früher der Staat zuständig war. Sie verwandeln sich in einen eigenen »Staat«. Sie brauchen den schwachen Staatsapparat der unterdrückten Länder immer weniger und, wo immer es möglich ist, ersetzen sie ihn auf eine selektive Art und Weise. Zu ihrem großen Vorteil aber belassen sie gleichzeitig die Verantwortung für die schwierigsten und schwerwiegendsten Probleme, ebenso wie für die unlösbaren, in den Händen jenes Staatsapparats. Aus diesem Grund bereiten ihnen die soziale Gewalt und die anderen Probleme, die die wachsende Marginalisierung hervorbringt, auch keine großen Sorgen: Ihre »feudalen Ländereien« sind ausreichend geschützt.

Sie predigen die größtmögliche Freiheit des Marktes und des Wettbewerbs. Kapitalien und Unternehmen lassen sie auf der ganzen Welt zirkulieren. Aber die freie Zirkulation der Arbeitskraft erlauben sie nicht. Diese zum Beispiel in Europa so bekannte Einschränkung ist ein Punkt, an dem deutlich wird, dass sie weder an die Freiheit des Marktes noch an die völlige Auflösung der Nationalstaaten glauben.

Im Gegenteil: Wo es sie interessiert, wo es für das System notwendig ist, errichten sie gewaltige Barrieren jedweder Art, um sich – einschließlich ihrer Arbeiterklasse und ihrer Bauern – vor der freien Konkurrenz zu schützen.

Es ist richtig, dass die Löhne weltweit nach unten tendieren. Aber auch diese Tendenz wird nicht allgemein und nicht überall gleich verlaufen. Auch der freie Warenaustausch wird immer selektiv sein, denn sie, die Ware, ist das mächtigste Instrument des wirtschaftlichen und damit auch des politischen und sozialen Aufschwungs oder Niedergangs.

In einem Automobil oder in einem Hemd überquert eine Zivilisation Grenzen; sie kön-

nen Hungerlöhne enthalten oder Formen der Arbeitsorganisation, die sämtliche Menschenrechte verletzen; in ihnen können Tyrannei oder Piraterie stecken. Dieses Phänomen wird auch Effizienz oder Wettbewerbsfähigkeit genannt und ist doch, auch wenn wir in diesem Sprachgebrauch bleiben, nichts anderes als Dumping der übelsten Sorte. Wenn man zulässt, dass diese Waren Zutritt zu bestimmten Märkten erhalten, so nimmt man die Zerstörung ganzer Industriezweige in Kauf. Und so kann sich ein einfaches Paar Sportschuhe in eine verheerende Interkontinentalrakete verwandeln.

Land für Land predigt man uns die Effizienz und die Wettbewerbsfähigkeit, um auf diese Art andere Länder und andere Arbeiter/innen zu zerstören. Offensichtlich glaubt jedes Land, in diesem Wettkampf den ersten Preis zu erringen. Alle rennen sie derselben Mohrrübe nach, alle träumen sie davon, das große Los zu ziehen. Wir wissen schon, dass der einzige große Gewinner der Besitzer des Spielkasinos sein wird, und sein Spielsalon wird ein umso besseres Geschäft, je mehr Kunden er anzieht.

Verlogen behaupten sie, dass wirtschaftliche und finanzielle Planung unmöglich, unangebracht und katastrophal sei, und gleichzeitig erarbeiten sie für ihre Unternehmen die detaillierteste und ausgereifteste globale Wirtschafts- und Finanzplanung der Weltgeschichte. Damit einhergehend machen sie minuziöse Pläne, wie sie mit ihren finanziellen und wirtschaftlichen Manövern jedwede staatliche oder private Planung liquidieren können, die sich ihnen in den Weg stellt. Sie sind wie Propheten, die ihre eigenen Prophezeiungen erfüllen. Sie predigen die staatliche Deregulierung der Wirtschaft als etwas Gutes, während sie gleichzeitig auf globaler Ebene bis in die kleinsten Feinheiten die wirtschaftlichen Aktivitäten ihrer gigantischen Unternehmen regulieren, von denen jedes einzelne größer ist als die meisten Staaten der Erde.

Die Sackgassen der Linken

Angesichts dieser Situation hat sich auch die Linke in einige Sackgassen begeben:

Die individuelle oder organisierte Selbstausschließung, ohne einen eigenen Vorschlag zu formulieren.

Man dichtet die Überlebensstrategien, die die marginalisierten Sektoren entwickeln, in einen Ausweg und manchmal auch in eine Ideologie um, wobei vergessen wird, dass auch ein Schiffbrüchiger unglaubliche und bewundernswerte Überlebensstrategien entwickeln kann, ohne deswegen mehr zu sein als ein unglücklicher Schiffbrüchiger. Oder was noch schlimmer ist: In die Falle zu gehen, die das System aufgestellt hat, und die Entwicklung der besagten Strategien zu beklatschen, zu fördern und zu finanzieren. Denn sie sind nicht nur nicht störend, sie sind sogar funktionaler Bestandteil der Herrschaft und dienen auf alle Fälle dazu, den Protest zu beruhigen und in andere Bahnen zu lenken.

Man konstruiert einen künstlichen Gegensatz zwischen Sozialem und Politischem oder zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Institutionen. Wenn diese Haltung einseitig vertreten wird, dann dient sie dazu, die wahren Ursachen der Situation zu verschleiern. Wir widmen uns dem Aufbau einer Poliklinik im Armenviertel oder einer Suppenküche für hungernde Kinder, ohne die politischen Ursachen und die für diese Situation verantwortlichen Regierenden zu benennen. Ohne öffentlich diejenigen anzuklagen, die sich mit riesigen staatlichen Reichtümern die Taschen füllen, die von derselben Bevölkerung kommen und die für die Schaffung von Polikliniken und Arbeitsplätzen eingesetzt werden müssten.

Viele NGOs und »Stiftungen« investieren große finanzielle Ressourcen, die aus der Ersten Welt stammen, in diese Art von Projekten, die schließlich enden wie ein künstliches Feuerwerk: Nach einigen Momenten voller Glanz und Lärm bleibt nichts als Rauch.

Man kritisiert die politische Organisation, und damit überlässt man die Politik den Kapitalisten und entwaffnet gleichzeitig die Ausgebeuteten.

Internationalismus – Von Coca-Cola übertroffen

Angesichts dieser Situation ist das Internationale, die Position gegenüber der internationalen Problematik, heute das Kriterium, anhand dessen sich die revolutionären Or-



Markt in Guatemala

ganisationen definieren, bestimmen, ausdrücken. Zumindest sollten sie dies tun.

Die Defizite in der internationalen Koordination sind eine Achillesferse der revolutionären Kräfte und ein wichtiger Punkt der Selbstkritik. Nicht einmal das bescheidenste kapitalistische Unternehmen kann heute Entscheidungen treffen, ohne international zu denken, ganz zu schweigen von den großen Transnationalen, den Staaten, den Unterdrückungsapparaten.

Die großen internationalen politischen Organisationen des Kapitalismus, seine »Stiftungen« und andere seiner machtvollen Mittel und Methoden der globalen Planung und Koordination brauchen kaum erwähnt zu werden, ebenso wenig die Vielzahl der Abkürzungen für die verschiedensten internationalen Organisationen, die wie der IWF und der Weltsicherheitsrat der UNO als Weltregierungen in Erscheinung treten.

Wir haben eine ernste Kritik verdient, denn seit ihren Anfängen verstand sich die »moderne« Linken als international. Die erste Internationale und die berühmtesten und abgedroschensten Phrasen aus jenen Anfängen brauchen hier nicht zitiert zu werden. Jene ersten Genossen konnten sich keine andere Art des Kampfes vorstellen. Wir jedoch haben diesen Grundsatz vergessen oder wir haben ihn veruntreut. Heute werden wir selbst von Coca-Cola ganz einfach übertroffen.

Wahrheiten, die schon vor langer Zeit gesagt wurden, alte Wahrheiten, erlangen heute mit vollem Recht wieder dringliche Gültigkeit. In den meisten Fällen ist es sehr schwierig oder schlicht und einfach unmöglich, sich die Befreiung oder die Revolution Land für Land zu denken. Ob wir wollen oder nicht, wir brauchen eine internationale Organisation, zumindest aber müssen wir lernen, uns im Internet zu bewegen. Um diese unverzichtbare Organisation aufzubauen, sind wenigstens zwei Dinge nötig: Ein Programm und ein Organisationskonzept.

Mögliches provisorisches Programm

- Internationaler Kampf für den 6-Stunden-Tag. Es kann doch nicht sein, dass der letzte internationale Kampf der Arbeiter der Kampf für den 8-Stunden-Tag am Anfang des Jahrhunderts war. Jedes Mal wenn wir uns am Ersten Mai zu einer Gedenkveranstaltung für die »Märtyrer von Chicago« versammeln, treffen wir uns daher auch zur eingehenden Selbstkritik. Wer hat uns denn gesagt, dass der Kampf mit jenem Kampf zu Ende war? Wer hat festgelegt, dass es mit den acht Stunden genug ist? Und wenn wir bedenken, dass dieses Gesetz heute fast nirgends beachtet wird, muss die Selbstkritik noch strenger ausfallen. Sind die Genossen in Chicago etwa umsonst gestorben? Ist es für uns nicht Aufforderung und Anklage zugleich, dass jener Kampf der erste und LETZTE große internationale Kampf der Arbeiter war?
- Nein zum Sozial-»Dumping«! Nein zu Waren, die zu Grausamkeits-Löhnen produziert worden sind! Weltweiter Boykott dieses kriminellen Geschäfts!
- Internationaler Kampf gegen das Bankgeheimnis. Internationale Steuern auf das Finanzkapital und die Kapitalflucht. Kampf gegen das Finanzkapital.
- Internationaler Kampf gegen die Eintreibung und die Zahlung von Auslandsschulden;
- Internationale Solidarität;
- Gemeinsames Informations-, Forschungs- und Kommunikationssystem;
- Förderung und Unterstützung der internationalen Koordination der verschiedensten sozialen Organisationen;
- Internationaler Kampf für die Demokratisierung der Informations- und Kommunikationssysteme;

- Internationaler Widerstand gegen das Patentrecht: »Das Wissen gehört der gesamten Menschheit.«
- Entmilitarisierung des Planeten;
- Lateinamerikanische Integration;
- Respektierung und Stärkung der eingeborenen Kulturen;
- Verbreitung der Anwendung alternativer Technologien;
- Ausmerzungen des Analphabetismus;
- Internationaler Kampf für den Umweltschutz;
- Internationaler Kampf gegen Diktatur und Gewaltherrschaft;
- Auflösung der »Mega-Städte«;
- Internationale Unterstützung im Kampf gegen den Großgrundbesitz.

Im Rahmen dieses Programms (mit den Ergänzungen und Korrekturen, die die unverzichtbare Diskussion mit sich bringen wird) sind alle vorstellbaren Bündnisse möglich. Die Einheit ist die gemeinsame Aufgabe, sie ergibt sich aus der gemeinsamen Absicht. Jede Art der Organisation läuft Gefahr in einen Apparatismus zu verfallen, aber ohne Organisation geht gar nichts, am wenigsten auf der internationalen Ebene. [...]

Aus dem uruguayischen Spanisch übersetzt von Claudia Hagin. Den Beitrag entnehmen wir – leicht gekürzt – mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber Andreas Foitzik und Athanasios Marvakis dem Buch: Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche. Verlag Libertäre Assoziation.

Emil Fuchs: Erbe der Französischen Revolution und des Roten Oktober*

Schlaglichter aus den »Wochenberichten« von Emil Fuchs im Bundesorgan der Religiösen Sozialisten (1931-1933)

Eine Dokumentation in zwei Teilen mit Anmerkungen

I.

1968 schrieb der 93jährige Emil Fuchs aus Anlaß des 75. Geburtstages von Erwin Eckert an seinen »Kampf- und Lebensgefährten durch viele tapferfrohe und schwere Jahre menschheitsgeschichtlicher Entscheidung«. Er erinnerte an die vielen Debatten, die beide miteinander hatten, zu zweit, im Vorstand der Bewegung der Religiösen Sozialisten, vor Hunderten in Versammlungen und auf den Jahrestagungen. Fuchs beklagte den »niederträchtigen Betrug«, die »schlaue geistige Bearbeitung«, wie sie ab 1918, nach 1933 und nach 1945 »unser deutsches Volk von seinem notwendigen Weg zum Sozialismus abzulenken wußten in individualistische Begehrlichkeit.«

Die »klugen« SPD-Führenden und ihre Funktionäre hätten ihm deutlich gemacht, wohin er gehöre. »Habe ich doch selbst erlebt, wie jene leidenschaftlichen Diskussionen mir das klare Bewußtsein, aber auch den Zugang zu jenen Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus bahnten, die mir – dem Christen – das Werkzeug erschlossen, durch das die neue Welt gebaut werden kann und wird.«¹

Zwei Jahre später bedankte sich Erwin Eckert in einem Glückwunschschreiben zum 96. Geburtstag von Emil Fuchs für das übersandte Buch »Von Schleiermacher zu Marx«. »Das Buch und sein Titel hat mir noch einmal eindrucksvoll die ganze Spannweite Deines

geistigen Ringens um die Fragen, die uns beide ein ganzes Leben lang gemeinsam beschäftigt haben, vor Augen geführt.« Eckert fuhr fort: »In den letzten Tagen habe ich daraufhin noch einmal in Deiner Autobiographie nachgelesen. Wenn Du so zurückblickst, hast Du sicher auch an die besonders intensive gemeinsame Kampfzeit im »Bund der Religiösen Sozialisten« gedacht, in der wir aus dem Zwang des Evangeliums und der Erkenntnis der drohenden Gefahr von Faschismus und Krieg mit unseren Freunden in ganz Deutschland zusammenstanden.« »In Deinem Lebensbericht«, fuhr Eckert enttäuscht fort, »habe ich jedoch kaum etwas gefunden, was auf diese Periode hindeutet.«²

Auf dem Hintergrund einer fast 50-jährigen Freundschaft und Kampfgemeinschaft muß es in der Tat überraschen³, wenn in Band 2 der Autobiographie aus dem Jahre 1959 Eckert nur ein einziges Mal knappe Erwähnung findet, wenn es dort heißt: »Das Aufsteigen der Bewegung ermöglichte die Gründung eines Sonntagsblattes, das den Titel »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes« trug und von Eckert in Mannheim in seiner leidenschaftlich-packenden Art redigiert wurde.«⁴ Seine Person – im zweiten Band sind es allein 98 Personen, die im Namensverzeichnis erläutert werden – taucht im Anhang der Autobiographie von Fuchs überhaupt nicht auf.

In den Bibliographien der Veröffentlichungen von Emil Fuchs⁵ ist keine einzige der über 200 Veröffentlichungen von Emil Fuchs aus den Jahren der Weimarer Republik, die im Bundesorgan »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes« und ab 1931 in »Der religiöse Sozialist« erschienen sind, verzeichnet. Dagegen sind die Veröffentlichungen in der »Freien Volkskirche«, in den »Neuen Wegen«, der »Christlichen Welt« und im Monatsheft der Deutschen Freunde, im »Quäker« und in der »Zeitschrift für Religion und Sozialismus« durchaus aufgeführt. Die nach dem Tod von Emil Fuchs erschienenen Bibliographien verzichten auf Veröffentlichungen von Emil Fuchs vor 1933 völlig.⁶

Im Jahre 1970 hoffte Eckert daher, daß das beigefügte Schriftumsverzeichnis aus dem »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes« und dem »Religiösen Sozialisten« eine besondere Erinnerung sein mögen, das »Dir Freude

machen wird und Dir zeigt, wie viel Du uns damals schon bedeutet hast.«⁷

II.

Der erste Wochenbericht von Emil Fuchs erschien in der Nr. 47 des »Religiösen Sozialisten« vom 22.11.1931, sein letzter in der Nr. 11 vom 12.3.1933. Insgesamt verzeichnet das Bundesorgan 68 Berichte. Die Zeitgeschichte, die sich in den Wochenberichten niederschlägt, umfaßt also die letzten entscheidenden Jahre am Vorabend der Machtübertragung an den Faschismus. Die Wochenberichte beschäftigen sich sowohl mit innenpolitischen Erscheinungen der ökonomischen und politischen Krise als auch mit internationalen Aspekten der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise und der Gegenwehr der Arbeiterbewegung.

* Der vorliegende Text stellte die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages dar, den der Verf. am 4. Dezember 1998 auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. beim 6. Walter Markov-Kolloquium über »Christentum, Marxismus und das Werk von Emil Fuchs« gehalten hat. Aus Anlaß der 125. Wiederkehr des Geburtstages von Emil Fuchs im Jahre 1999 sollen sämtliche Wochenberichte von Emil Fuchs im Zeitraum vom 1. November 1931 bis 5. März 1933 – zusammen mit den Wochenberichten von Erwin Eckert vom 5. Oktober 1930 bis 19. August 1931 – als Quellenband veröffentlicht werden. Arbeitstitel: Friedrich-Martin Balzer/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Die Rutschbahn Weimars ins »Dritte Reich« aus der Sicht der sozialdemokratischen Pfarrer Erwin Eckert und Emil Fuchs (1930-1933). Zu einem Geleitwort hat sich Professor Fritz Fischer, Hamburg bereiterklärt, der u.a. mit seinen großen Studien zum Bündnis der Eliten und zu den Machtstrukturen in Deutschland von 1871 bis 1945 ausgewiesen ist. Der vorliegende Text ist Helmut Ridder anläßlich seines 80. Geburtstages am 18. Juli 1999 gewidmet. Siehe auch: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Helmut Ridder für Einsteiger und Fortgeschrittene, CD-ROM, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 1999, ISBN 3-89144-257-X.

1 Der Brief von Emil Fuchs an Erwin Eckert vom Februar 1968 ist vollständig abgedruckt in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen – Erwin Eckert sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 356.

2 Der Brief von Erwin Eckert an Emil Fuchs vom 9. Mai 1970 befindet sich zusammen mit der Festgabe [Publikationsverzeichnis] zum 96. Geburtstag von Emil Fuchs im Privatarchiv Erwin Eckert, c/o Friedrich-Martin Balzer

3 Siehe auch Jörg Ettemeyer, Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel der Publizistik der religiösen Sozialisten. Dargestellt am Beispiel des Sonntagsblattes »Der Religiöse Sozialist«, Magisterarbeit in Geschichte, Marburg/Lahn 1988, S. 209: »Allerdings weisen diese von Fuchs erst in hohem Alter geschriebenen Memoiren erhebliche Mängel auf... Zur Aufhellung des Selbstverständnisses von Fuchs in der Weimarer Zeit kann diese Darstellung deshalb wenig beitragen. Von seiner Wochenberichterstattung im »Religiösen Sozialisten« erzählt Fuchs ebenfalls mit keinem Wort.«

4 Emil Fuchs, Mein Leben, Zweiter Teil, Ein Christ im Kampfe gegen den Faschismus, für Frieden und Sozialismus, Leipzig 1959, S. 169.

5 Johannes Herz, Bibliographie Emil Fuchs zum 80. Geburtstag am 13. Mai 1954, in: Theologische Literaturzeitung (ThLZ) 1954, Nr. 11, Sp. 699-704; Hans Moritz, Bibliographie Emil Fuchs [Ergänzung und Fortsetzung der in ThLZ 79, 1954, Sp. 699ff. abgedruckten Bibliographie], in: ThLZ 1959, Nr. 6, Sp. 471-474.

6 Bibliographie zum 100. Geburtstag des evangelischen Theologen der DDR Emil Fuchs, in: Bibliographische Kalenderblätter der Berliner Stadtbibliothek (BkdBS), Berlin 16 (1974), Folge 5, S. 35-46; Dittmar Rostig, Bibliographie zum religiösen Sozialismus in der SBZ und der DDR (Berichtszeit: 1945-1985), Frankfurt/Main 1992. Das anläßlich des 75. Geburtstages im »Standpunkt« (4/1977, S. 102-105) zusammengestellte Verzeichnis der Veröffentlichungen Karl Kleinschmidts enthält keinen einzigen Titel der Schriften von Karl Kleinschmidt vor 1933. Siehe inzwischen Friedrich-Martin Balzer / Christian Stappenbeck (Hrsg.), Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Ein Beitrag zu 50 Jahre »Darmstädter Wort«, Bonn 1997, S. 111-118.

7 Siehe Anmerkung 2.

Eine systematische Analyse der Positionen von Emil Fuchs, wie sie sich in den Wochenberichten widerspiegeln, würde den vorgegebenen Rahmen sprengen. Sicher ist: Auch Emil Fuchs hat vereinzelt Irrtümer und Fehleinschätzungen, die zwischen »Kozis« und »Sozialfaschisten« grassierten, geteilt.⁸ Kostproben seiner Analyse der Endphase der Weimarer Republik und des Beginns der Errichtung der faschistischen Diktatur am 30. Januar 1933 sollen jedoch nicht vorenthalten werden, nicht nur um die Lücke in seiner Lebensdarstellung schließen zu helfen, sondern schon allein, um die Sprache vorzustellen, in der Emil Fuchs sich geäußert hat, eine Sprache, die ihm in der DDR als Ehrenmitglied der CDU und Nestor der Universitäts-Theologie – zumindest teilweise – abhanden gekommen zu sein scheint.

Prolog: »Augenblicksbilder«

Den Anfang machen einige – von Fuchs »Augenblicksbilder« genannte – Schlaglichter in chronologischer Reihenfolge: »Direktor Weingarten von der Ingenieurschule in Wismar wird auf Forderung der Studenten von der Stadt entlassen, weil er Jude ist.« Es erhob sich jedoch kein Protest gegen diese verfassungswidrige Maßnahme. Stattdessen hatte sich die Stadt Oldenburg bereit erklärt, »die streikenden Studenten an seiner Schule aufnehmen und ihnen besonders günstige Bedingungen geboten.«⁹ [...]

»In Thüringen prozessiert der ehemalige Herzog von Altenburg um die Zahlung von 27 Millionen mit dem Lande Thüringen. Könnte man die nicht sehr leicht aufbringen, wenn man alle Thüringer Erwerbslosen verhungern ließe?«¹⁰ [...]

»Ein großes bürgerliches Blatt schrieb kurz nach Weihnachten: »Abgesehen von den Schatten, die durch die große Zahl der Selbstmorde auf die Festtage fallen, ist der Friede der Feiertage nirgends gestört worden.« Wirklich »nirgends?« Muß nicht der Frieden eines

Menschen recht erheblich gestört worden sein, wenn er Hand an sich selbst legt? Der feiertägliche Frieden des Bürgertums mag ja infolge des Burgfriedens nicht beeinträchtigt worden sein. Aber leider hat der Burgfrieden ja nicht verhindert, daß gerade um Weihnachten Tausenden der Feiertag durch Lohnabbau recht empfindlich gestört worden ist.«¹¹ [...]

»Auf der Reichsgründungsfeier des Kyffhäuserbundes erklärte der Vorsitzende, General a.D. von Horn: Die alten deutschen Soldaten müßten die sogenannte Kriegsschuldfrage mit Entrüstung abwehren. Man dürfe nicht vergessen, daß die Kriegsschuldfrage in engem Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit des früheren Kaisers stehe. Der Geist des ersten Versailles, den man heute feiere [1871 Gründung des Deutschen Reiches im Spiegelsaal von Versailles nach der Niederlage Frankreichs im von Preußen-Deutschland mutwillig vom Zaun gebrochenen Deutsch-Französischen Krieg von 1870/1871 F.M.B.], müsse den Geist des zweiten Versailles überwinden. An der Feier nahm der Reichswehrminister Groener teil. Der Reichsverfassungsminister Groener scheint von dieser monarchistischen Kriegshetze nichts erfahren zu haben, sonst hätten wir bei seiner Reichsgründungsfeierrede im Rundfunk hören müssen, daß er den Kyffhäuserbund nicht zu den »politischen Kräften« rechnet, deren Aufgabe »die organische Ausführung und Entwicklung der Verfassung ist.« Daß solche politische Propaganda »natürlich ganz unpolitisch« ist, wurde uns mehrmals bei der Vorführung eines Kaiserfilms in Berlin versichert, der den Exkaiser beim Holzsägen, beim Verteilen von Zigaretten an seine Diener, mit einem Wort: beim Entgegenführen zu den herrlichen Zeiten zeigt. Die »Rote Fahne« wurde wegen eines Artikels zum 13. Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs für drei Tage verboten...«¹² [...]

»Interessant sind [...] die Worte eines Mitgliedes der Regierungspartei im tschechi-

schen Parlament, weil ja die Tschechoslowakei in guten Beziehungen zu Frankreich steht. Es meinte auf eine kommunistische Anfrage wegen des Krieges im Osten: »Warum die ganze Aufregung bei den Kommunisten? Weil die Sowjetunion vor Japan Angst hat. Alle christlichen Kulturvölker müssen es als Schande empfinden, daß ein ostasiatisches Volk das erste ist, welches in der Sowjetunion Ordnung schaffen wird.« Ein so offenes Eingeständnis, daß die kapitalistischen Staaten sich mit Interventionsplänen gegen Rußland tragen, hat bisher gefehlt. Was dieser Herr sich unter »Ordnung schaffen« vorstellt, ist das gerade Gegenteil von Ordnung, nämlich Zerstörung des Sozialismus durch Wiedereinführung der Anarchie des Kapitalismus. Wahrscheinlich ein schöner Beruf für ein »zivilisiertes« Land!«¹³ [...]

»Der »Burgfrieden« ist überhaupt eine höchst einseitige Sache. Zwar darf keine Partei öffentliche Versammlungen machen. Wie viele »neutrale« Pastoren werden es wohl nicht versäumen, in den gut besuchten Ostergottesdiensten kräftig gegen den »Antichrist im Osten« und gegen den »Sitten- und Kulturbolschewismus« im eigenen Lande zu wettern. Außerdem treibt die Bourgeoisie in diesen Tagen noch eine recht wirksame »indirekte« politische Propaganda. Sie hat nämlich das außerordentliche Glück, daß gerade hundert Jahre vor diesem, in dem es der Bourgeoisie so dreckig geht, weil ihr kapitalistisches Wirtschaftssystem versagt, Goethe gestorben ist. Das nutzt sie denn auch weidlich aus. Goethe wird als Nationalheros hingestellt, in dessen Sinn es sei, alles Trennende zu vergessen und sich auf die »Nation« zu besinnen. Konkret ausgedrückt heißt das, die Arbeiterschaft möge doch im Hinblick auf das »Goethejahr«, das heißt, das Krisenjahr der Bourgeoisie, alle Lohnsenkungen, kurz alles, was die Bourgeoisie der Arbeiterschaft angetan hat, vergessen und noch mal das tun, was für die Bourgeoisie und ihr System gut ist. Den Vogel schießt bei dieser Propaganda

die früher einmal lesbare »Frankfurter Zeitung« ab. Sie schreibt: »Wir brauchen solche Besinnung auf die großen Menschen, die in deutscher Zunge sprachen..., weil wir noch immer nicht »von einem Sinne durchdrungen sind.« Dann verwahrt sie sich dagegen, daß damit etwa »österliche Burgfriedensstimmung« gemeint sei, und fährt fort: »So müßte das Wort »Goethe« für Deutsche eine Art Gottesfriede sein.« Also »Gottesfriede« statt »Burgfriede«. Das ist für das Proletariat gehüpft wie gesprungen. Beide Male handelt es sich um die Vertuschung der Klassengegensätze durch die »Idee der Nation« im Interesse der herrschenden Klasse. Die Bourgeoisie proklamiert im Namen Goethes den »Gottesfrieden« und im Namen Gottes den »Burgfrieden«, um dem Proletariat die Möglichkeit zu nehmen, für seine Interessen, für seine Befreiung zu kämpfen. – Ganz deutlich zeigt sich der Klassencharakter der »Goethefeiern« darin, daß eine

8 In dem hier erörterten Zusammenhang ist auf die anfechtbare Vorstellung von Fuchs von einem notwendig »linearen« Prozeß der Faschisierung der Präsidentschaftskabinette und der Bezeichnung des Papstlichen Staatsstreiches (Preußenschlag) als »faschistisch« hinzuweisen. Genauere Analysen der Wochenberichte von Fuchs bleiben der geplanten, späteren Veröffentlichung vorbehalten. Eingang in die Analyse wird auch die Schrift finden, die Emil Carlebach, Von Brüning zu Hitler, Das Geheimnis faschistischer Machtergreifung, Heft 2 der Texte zur Demokratisierung, Frankfurt/Main 1971, 2. Auflage, 635., nach dem Erscheinen der Memoiren von Heinrich Brüning 1970 verfaßt hat. Heranzuziehen sein wird außerdem das Buch: Emil Carlebach, Hitler war kein Betriebsunfall, Hinter den Kulissen der Weimarer Republik: Die programmierte Diktatur, Bonn 1996, 7. Auflage. Die Kapitel 22 und 23 von Wolfgang Abendroths »Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, Band 1, Von den Anfängen bis 1933, Heilbronn 1985, S. 253-284, lesen sich überwiegend geradezu wie ein wissenschaftlicher Kommentar zu den wöchentlichen Aufzeichnungen von Emil Fuchs.

9 Politik der Woche (PdW) vom 1. bis 14. November 1931, in: Der Religiöse Sozialist (RS), Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes, 13. Jg. 1931, Mannheim, Nr. 47 vom 22.11.1931, S. 198.

10 PdW vom 13. bis 19. Dezember 1931, in: RS 1931, Nr. 52 vom 27.11.1931, S. 218.

11 PdW vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 2 vom 10.1.1932, S. 8.

12 PdW vom 17. bis 23. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 5 vom 31.1.1932, S. 20.

13 PdW vom 30. Januar bis 6. Februar 1932, in: RS 1932, Nr. 7 vom 14.2.1932, S. 28.

Feier, auf der der Kommunist Wittfogel über »Goethe vom marxistischen Standpunkt« sprechen sollte, verboten worden ist, weil sie den »Burgfrieden« gefährde. Wenn irgendein deutschnationaler Professor über »Goethe und wir Deutschen« (lies: wir Bürger) redet, so gefährdet das nicht den »Burgfrieden«. Dabei kann sich das Bürgertum nicht darauf berufen, daß das Proletariat und der Marxismus Goethe nicht »verstehe« oder nicht zu »würdigen« wisse. Im Gegenteil, der Marxismus ist der einzige Standpunkt, der Goethe vollständig gerecht wird, weil er seine Leistung nicht nur »literarisch« bewertet oder »erlebt«, sondern weil es auch die Grenzen Goethes aufzeigen kann, die bedingt sind durch die Zeit und die gesellschaftlichen Umstände, in denen Goethe gelebt hat. – Wie sehr Goethe im marxistischen Lager geschätzt wird, beweist auch, daß die »kulturlosen« Bolschewisten Goethes Gedächtnis ehren, indem sie in Moskau große Goethefeiern machen. Die dabei gehaltenen Reden sollen in einem Buch mit zwei bisher unbekanntem Autogrammen Goethes veröffentlicht werden. Außerdem beginnt der Staatsverlag in diesem Jahre mit der Herausgabe von Goethes Werken.«¹⁴ [...]

»Von Regensburg wird berichtet, daß der nationalsozialistische Arzt Geheimrat Dr. Dörfler einem verunglückten jüdischen Knaben die Hilfe verweigerte. Dieser mußte in ein anderes Krankenhaus gebracht werden und starb, weil Hilfe zu spät kam.«¹⁵ [...]

Zwischendurch beklagte Fuchs die zahlreichen »Ausweisungen lästiger Ausländer«. »Sie betreffen meistens Leute, die in der politischen Arbeit der Linken stehen, meistens der KPD.«¹⁶ [...]

»Das Konjunkturforschungsinstitut hat festgestellt, daß wir in Deutschland 1,75 Millionen mehr Arbeitslose haben, als die Arbeitsämter zählen. Das sind die, die durch einsichtsvolle Regierungsmaßnahmen von der Unterstützung ausgeschlossen wurde, was sicherlich eine große Erleichterung des Staats-

haushaltes bedeutet, falls man nicht fragt, was nun aus ihnen wird.«¹⁷ [...]

»Der Schriftsteller Renn ist wegen Hochverrats verhaftet worden. Unklar ist, welches Material man glaubt bei ihm gefunden zu haben. Er ist Kommunist. Ohne Zweifel einer unserer bedeutendsten Schriftsteller (»Der Krieg« ist von ihm). Papenkurs.«¹⁸ [...]

»Um der Komik willen sei erwähnt, daß der Präsident des Herrenklubs Herr v. Papen beispringt in der schmerzlichen Abwehr des Mißtrauens, man wolle die Rechte des Volkes antasten. – Dabei sagt er, daß der Herrenklub »eine Verbindung zwischen Regierung und Volk« darstellen wolle. – Was ist wohl für die Mitglieder des Herrenklubs das deutsche Volk? – Die in den Hinterhäusern und Arbeitervierteln existieren nicht für sie!¹⁹ [...]

»Der Minister Marschler in Weimar hat angekündigt, daß er den Beamten verbieten werde, bei Juden und jüdischen Warenhäusern zu kaufen, ein Verbot, das strafrechtlich verfolgt werden müßte. (Boykottaufforderung).«²⁰ [...]

»Von Berlin wird das Auftreten von Scharen bettelnder und handelnder Kinder zum Weihnachtsverkehr gemeldet. Über so etwas entrüstet sich der gute Bürger nur, wenn es in Moskau geschieht. In einem kapitalistischen Staat stört das die Ordnung und das Gewissen nicht. – Wir haben ja unseren guten Staat und unsere Polizei.«²¹ [...]

»Es scheint fast, daß erhöhte Leistung der Wirtschaft heute noch lange nicht Abnahme der Erwerbslosigkeit bedeutet. Ein sehr bedenkliches Symptom, das auch von Amerika berichtet wird, wo steigende Leistung der Wirtschaft sich vollziehen soll, ohne daß bis jetzt die Arbeitslosigkeit abnimmt. – Aber die Papiere an der Börse steigen, und von St. Moritz wird berichtet, daß die internationale Vergnügungsgesellschaft sich seit fünf Wintern nicht so glänzend und großartig amüsiert habe wie heuer. Dort also hat man wieder Geld.«²² [...]

Und schließlich: »...der Weltbrand lodert heller empor. Wann wird er in jenes Stadium gekommen sein, wo niemand sein Umsichgreifen mehr hindern kann? – Das alles wäre nicht möglich ohne die Mithilfe der europäischen und amerikanischen Geldmächte und Munitionsfabriken. – Geld, Geld, Geld muß verdient werden, und wenn wir alle darüber zugrunde gehen! »Kommunistische« Demonstrationen werden in Japan grausam unterdrückt. Das ist wahrscheinlich der Kampf der Massen gegen den Krieg, der natürlich Bolschewismus und Vaterlandsverrat in Japan wie überall ist.«²³ [...]

Soviel zur »Stimmungslage« der zweigeteilten Nation, wie sie sich Emil Fuchs darstellte.

Verteidigung von Demokratie, Sozialstaat und Rechtsstaat

Im Mittelpunkt der Wochenberichte von Emil Fuchs steht der Kampf gegen die »Ausschaltung der Parlamente, der demokratischen Einrichtungen«²⁴, der Appell an die überwältigende Mehrheit der Deutschen, »dem faschistischen Treiben, dem Aufstellen einer bewaffneten Macht gegen die deutsche Republik und Verfassung ein Ende [zu] machen«²⁵, und die Absicht, »die Massen zum Kampf für Demokratie und Republik, Volksrecht und Gestaltung des Sozialismus [...] aufzurufen«.²⁶

Entschieden setzte sich Fuchs für die Erhaltung der liberalen Grundrechte ein. Besser könne die Politik, die von Brüning-Groener gemacht werde, kaum charakterisiert werden: »Polizei und Beamtschaft halten im Innern die Arbeiterschaft durch Weihnachtsfrieden, durch Beseitigung der Pressefreiheit, in Schach. Die Gefängnisse sind mit politischen Gefangenen überfüllt. In Bochum wurde eine Sitzung kommunistischer Funktionäre – wie man so schön sagt – ausgehoben. Scheinbar fallen selbst Sitzungen unter das Versammlungsverbot. Wirklich aktiver Kampf

gegen all das, womit diese kapitalistische Republik die Arbeiterschaft zu Weihnachten bedacht hat, wird als illegal geächtet, und die Kämpfer werden dementsprechend behandelt. So wird der »innere Bestand des Staates« gesichert!²⁷ Kritik an der herrschenden Praxis übend fuhr Fuchs fort: »In dem »Rechtsstaat«, in dem wir angeblich leben, muß jede polizeiliche Verfügung [...] befristet sein. Nicht einmal das ist [...] der Fall. »Bis auf weiteres«, also ohne Fristsetzung, verbietet man einfach jegliche Versammlungen einer bestimmten Partei. Rechtsstaat? Polizeistaat!²⁸ In diese Richtung der Politik passe, »daß die Nationalsozialisten ungehindert Versammlungen abhalten

14 PdW vom 20. bis 26. März 1932, in: RS 1932, Nr. 14 vom 3.4.1932, S. 56.

15 PdW vom 15. bis 21. Mai 1932, in: RS 1932, Nr. 22 vom 29.5.1932, S. 88.

16 PdW vom 24. Dezember bis 31. Dezember 1932, in: RS 1933, Nr. 2 vom 8.1.1933, S. 8.

17 PdW vom 25. September bis 1. Oktober 1932, in: RS 1932, Nr. 41 vom 9.10.1932, S. 164.

18 PdW vom 27. November bis 4. Dezember 1932, in: RS 1932, Nr. 50 vom 11.12.1932, S. 200.

19 PdW vom 24. bis 30. Oktober 1932, in: RS 1932, Nr. 45 vom 6.11.1932, S. 180.

20 PdW vom 19. bis 26. November 1932, in: RS 1932, Nr. 49 vom 4.12.1932, S. 196.

21 PdW vom 17. bis 24. Dezember 1932, in: RS 1933, Nr. 1 vom 1.1.1933, S. 4.

22 PdW vom 8. bis 15. Januar 1933, in: RS 1933, Nr. 4 vom 22.1.1933, S. 16.

23 PdW vom 1. bis 7. Januar 1933, in: RS 1933, Nr. 3 vom 15.1.1933, S. 12.

24 PdW vom 2. bis 9. April 1932, in: RS 1932, Nr. 16 vom 17.4.1932, S. 64.

25 PdW vom 12. bis 10. März 1932, in: RS 1932, Nr. 13 vom 27.3.1932, S. 52.

26 PdW vom 12. bis 19. September 1932, in: RS 1932, Nr. 39 vom 25.9.1932, S. 156.

27 PdW vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 2 vom 10.1.1932, S. 8.

28 PdW vom 2. bis 9. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 3 vom 17.1.1932, S. 12. Siehe Helmut Ridder: »Nach dem erneuten Übergang zum permanenten Ausnahmezustand im Zeichen der Weltwirtschaftskrise seit dem März 1931 beherrschte eine hektisch und sprunghaft auf die zunehmenden Straßenkämpfe reagierende Notverordnungspraxis wiederum das Versammlungswesen [...], dessen letzte Freiheiten durch die VO des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat v. 28.2.1933 [...] zu Grabe getragen wurden.« in: Helmut Ridder, Versammlungsrecht, Kommentar, Geschichtliche Einleitung, Baden-Baden 1992, S. 76.

können, in denen nicht allzu zart mit der ›öffentlichen Ruhe und Sicherheit‹ umgegangen wird. Die Versammlungen der Linken dagegen werden verboten.«²⁹

Nachdem der Innenminister Groener zur Durchführung des »Weihnachtsfriedens« eine Verordnung erlassen habe, die angebe, nach welchen Gesichtspunkten Presseverbote auszusprechen sind, schrieb Fuchs: »Eine Zeitung muß danach verboten werden, wenn sie ›die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet‹. Eine solche Gefährdung geschehe durch ›falsche Nachrichten, die geeignet sind, die Bevölkerung in Erregung zu versetzen‹. Dasselbe gilt für alarmierende Schlagzeilen, die die von der Regierung getroffenen Maßnahmen empfindlich durchkreuzen. Die Gegenüberstellung von ›falschen‹ und ›alarmierenden‹ Nachrichten zeigt, daß Groener mit den letzteren wahre Nachrichten meint. Damit sind also auch wahre Nachrichten, die die Politik der Regierung ›durchkreuzen‹, das heißt doch wohl, die sie kritisieren und angreifen, zu verbieten, Pressefreiheit? – Hält man dazu zum Beispiel die Praxis des Reichsgerichts, das jetzt wieder das Verbot des ›Nationalsozialistischen Parlamentsdienstes‹ aufgehoben hat, so kann man sich ein Bild von der verfassungsmäßig garantierten ›Meinungsfreiheit in Wort und Bild‹ machen, wie sie der augenblickliche Innenminister auffaßt.«³⁰

Die Tatsache, daß auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) sich an der Aushöhlung des Versammlungsrechtes, das ohnehin mehr den Atem des kaiserlichen Obrigkeitsstaates als den Atem einer demokratischen Revolution in sich trug, beteiligte, geht u.a. aus der Bemerkung von Fuchs hervor: »Zur Durchführung des Versammlungsverbots während des Weihnachtsfriedens hat Severing (Preußischer Innenminister, SPD, F.M.B.) Richtlinien erlassen, die das Verbot auch auf Mitgliederversammlungen großer Parteien erstrecken. Dementsprechend hat Grzesinski (Polizeipräsident in Berlin, SPD, F.M.B.) in Berlin zweimal die Mitgliederver-

sammlung der SAP [Sozialistische Arbeiterpartei, F.M.B.] verboten.«³¹ In diesem Zusammenhang ist an die wiederholte Äußerung von Friedrich Ebert zu erinnern: »Wenn der Tag kommt, an dem die Frage auftaucht: Deutschland oder die Verfassung, dann werden wir Deutschland nicht wegen der Verfassung zugrunde gehen lassen.«³²

Mit großer Besorgnis registrierte Fuchs »die Urteile der Gerichte und Verwaltungsbehörden gegen links, während sich zu gleicher Zeit der Terror der Nazis verschärft(e)«. ³³ Im einzelnen führte Fuchs aus: »Beinahe täglich kann man von Überfällen und geradezu bestialischen Morden der Nazis an Reichsbannerleuten und kommunistischen Arbeitern lesen. Auf eine Beschwerde über das Treiben der Nazis in Braunschweig, wo es besonders schlimm hergeht, hat der Innenwehrminister Groener erwidert, daß ›ein Anlaß zum Eingreifen nicht vorliege‹. In Breslau und Umgebung wurden einige nationalsozialistische Ortsgruppen verboten. Das Verbot ist von der Aufsichtsinstanz prompt wieder aufgehoben worden. – Auf der anderen Seite sieht es etwas anders aus. Das Potsdamer Schöffengericht verurteilte einen Kommunisten zu drei Monaten Gefängnis, weil er während einer Stahlhelmparade die Internationale gesungen hatte! Die Verfahren gegen die Kommunisten wegen Hochverrats häufen sich so, daß der 4. Strafsenat des Reichsgerichts, der diese Prozesse zu verhandeln hat, in doppelter Besetzung tagen muß. Bekanntlich ist es Hochverrat oder wenigstens Vorbereitung zum Hochverrat, wenn die KPD [Kommunistische Partei Deutschlands, F.M.B.] unter Reichswehrosoldaten Propaganda für ihre Ideen macht. Dagegen können die Nazis ungehindert in die Reichswehr aufgenommen werden und ihre Propaganda an Ort und Stelle betreiben.«³⁴

Gegen die um sich greifende Zensur protestierte Fuchs mit folgender Geschichte: »Die Filmprüfstelle, welchen Namen die Filmzensur in Deutschland trägt, hat den Film »Kuhle

Wampe« von Bert Brecht verboten, weil er die öffentliche Sicherheit gefährde. Rudolf Olden, der dieser Filmprüfstelle angehört, veröffentlicht sein Urteil dazu. Der Film behandle das Arbeitslosenproblem; aber er sei nicht revolutionär, sondern stellenweise sogar schönfärberisch. Das Revolutionärste, was in ihm vorkomme, seien die Worte: »Und wer wird die Welt ändern? – Die, denen sie nicht gefällt!« Olden stellt fest, daß hier ein »wilder Zensurreiße«, eine »Unterdrückung bürgerlicher Freiheit« verübt worden sei.«³⁵

Als Christ und Mitglied der SPD protestierte Fuchs gegen die per Notverordnung vollzogene Auflösung der den Kommunisten nahestehenden Freidenkerorganisation mit den Worten: »Die Regierung bringt es fertig, diese Auflösung zu rechtfertigen mit dem Artikel 135 der Reichsverfassung, der ausdrücklich die Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet. Im Namen der Gewissensfreiheit beseitigt man die Freiheit des Proletariats, sich seinem Gewissen nach zu betätigen und eine revolutionäre Freidenkerorganisation zu schaffen! – Wir sind also glücklich so weit, daß die Brüning-Groener-Regierung die demokratische Verfassung zum Vorwand nimmt, um eben diese Verfassung, um die Demokratie in Deutschland zu beseitigen. Das ist aber nicht nur ein Stück Kulturreaktion, ein Stück Beeinträchtigung des proletarischen Kulturkampfes, sondern das soll zugleich einen verschärften Kurs gegen den Kommunismus vorbereiten.«³⁶

Gegen die Aufhebung des Demonstrationsverbotes wandte Fuchs ein: »Um die wachsende Empörung der Massen gegen diese Hungermaßnahmen der Papen-Diktatur niederzuschlagen, läßt die Bourgeoisie ihre Terrorgarden in verschärftem Maße gegen die Arbeiterschaft los. Überfälle auf Gewerkschaftshäuser, sozialdemokratische und kommunistische Parteihäuser, gemeinste Überfälle aus dem Hinterhalt auf einzelne Funktionäre der Arbeiterschaft haben allein in der Berichtswoche 30 Arbeitern – sozialdemokratischen,

kommunistischen und parteilosen Arbeitern, das Leben gekostet! Fast überall, wo die Polizei eingriff, wandte sie sich nicht gegen die SA, sondern gegen die Arbeiter, die sich gegen die SA-Überfälle zur Wehr setzten.«³⁷

Dabei verlor Fuchs den Zusammenhang von liberalen und sozialen Grundrechten keineswegs aus den Augen. »Vom Schnellgericht sind elf Antifaschisten, angeklagt der Aufforderung zum Generalstreik, bestraft worden. Neun davon zu einem Monat Gefängnis wegen Verteilung eines Generalstreikflugblattes; ein Antifaschist zu zwei Monaten, weil er in einer Versammlung zum Generalstreik aufgerufen hatte; ein Arbeiter zu drei Monaten, weil er angeblich bei der Haus- und Hofpropaganda für den Generalstreik mitgewirkt hatte. Diese faschistischen Urteile sind Signale für die Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie will die Arbeiterklasse ihres entscheidenden Kampfmittels, des Streiks, berauben! Diese Verordnung der Papen-Schleicher und diese Gefängnisstrafen ihrer Justiz sind die ersten Vorboten eines vollständigen Streikverbots. In der gleichen Linie liegt es, wenn in Halle ein kommunistischer Stadtverordneter, als er in einer Versammlung erklärte, nicht parlamentarische Abstimmungen, sondern der außerparlamentarische Kampf führe zu Entschei-

29 ebd.

30 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1932, in: RS 1932, Nr. 1 vom 3.1.1932, S. 4.

31 ebd.

32 zit. nach: Helmut Ridder, *Wie und warum (schon) Weimar die Demokratie verfehlte*, in: Roland Herzog (Hrsg.), *Zentrum und Peripherie, Festschrift für Richard Bäuml* zum 65. Geburtstag, Chur/Zürich 1992, S. 87f. An diese Maxime hielt sich die SPDgeführte Bundesregierung Schröder-Fischer, als sie sich in eklatanter Verletzung von Verfassungs- und Völkerrechtsnormen am Krieg gegen die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien beteiligte.

33 PdW vom 14. bis 20. Februar 1932, in: RS 1932, Nr. 9 vom 28.2.1932, S. 32.

34 ebd.

35 PdW vom 26. März bis 2. April 1932, in: RS 1932, Nr. 15 vom 10.4.1932, S. 60.

36 PdW vom 1. bis 8. Mai 1932, in: RS 1932, Nr. 20 vom 15.5.1932, S. 80.

37 PdW vom 9. bis 16. Juli 1932, in: RS 1932, Nr. 30 vom 24.7.1932, S. 120.

dungen, von einem großen Polizeiaufgebot aus der Versammlung heraus verhaftet wurde. Formell ist der Belagerungszustand zwar jetzt aufgehoben; praktisch aber gehen die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die politische Betätigung der Arbeiterschaft weiter. Und wenige Tage nach der Aufhebung ist das Verbot politischer Betätigung ausgedehnt worden auf das ganze Reich durch die Verhängung des »Burgfriedens«. [...] Bis jetzt haben sich alle diese Maßnahmen, die angeblich zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung angeordnet wurden, zugunsten der Nationalsozialisten und gegen die kämpfende Arbeiterschaft ausgewirkt. Bekanntlich besteht ja auch ein Demonstrationsverbot.«³⁸

Immer wieder führte Fuchs Tatsachen gegen die Zerstörung der Demokratie an: »In Düsseldorf wurde eine Versammlung des Komitees gegen den imperialistischen Krieg verboten, weil Barbusse in ihr sprechen sollte. Große Schriftsteller anderer Nationen sind der deutschen Kultur gefährlich.«³⁹

Wie weit der Prozeß der Zerstörung der Demokratie auch durch Berufsverbote ging, machte Fuchs mit der folgenden Bemerkung deutlich: »Gegenüber der Beamtschaft wird das System des rücksichtslosen Abbaus aller Linksstehenden fortgesetzt. Noske ist nun auch beurlaubt. Man rechnet damit, daß Prinz Auwi sein Nachfolger wird.«⁴⁰

Mit der Heranziehung von SA und SS als »Ordnungskräfte« nach dem 30. Januar 1933 war der Verfolgung von Kommunisten und Republikanern kaum noch eine Grenze gesetzt. »Zeitungsverbote der Linkspresse bis zu der des Zentrums gehen weiter. Viele von ihnen werden vom Reichsgericht wieder aufgehoben. Sie werden wieder verboten. Man will die Linkspresse finanziell ruinieren. Am Tage, an dem das Verbot der »Roten Fahne« abließ, wurde das Karl-Liebnecht-Haus durchsucht, besetzt und geschlossen. – Ebenso werden Versammlungen verboten, aufgelöst, gestürmt, wobei SS und SA keinen Widerstand der Polizei finden. Überfälle Einzelner

und gemeinsam Marschierender sind an der Tagesordnung.«⁴¹ Solidarisch bilanzierte Fuchs: »Gegen die KPD ist eine rücksichtslose Verfolgung ausgebrochen. Tausende verhaftet, überall Haussuchung.«⁴²

Auch gegen die Zerstörung der verfassungsrechtlich garantierten Abwehrrechte der Arbeiterschaft in den Betrieben machte Fuchs unzweideutig Front. Die Verlängerung der Amtsdauer der Betriebsräte um ein Jahr bedeute, »daß im Jahr 1932 keinerlei Betriebsrätewahlen stattfinden. Man will Ruhe haben in den Betrieben! Es wird behauptet, daß die Anregung zu dieser Maßnahme von den Gewerkschaften ausgegangen sei.«⁴³ Fuchs konnte sich nicht denken, »daß die Gewerkschaften sich zu dieser Suspendierung der Betriebsdemokratie hergegeben haben.«⁴⁴

Zu einem Gesetzentwurf der SPD, der die Verstaatlichung des Bergbaus und der mit dem Metallbergbau verbundenen Metallwerke vorsah, merkte Fuchs differenziert an: »Sozialisierung« im Sinne von Planwirtschaft und Karl Marx wäre das noch nicht, besonders wenn die Verstaatlichung gegen Entschädigung erfolgt.«⁴⁵ Bei richtiger Durchführung könne aber hier »das Brechen der Kapitalherrschaft beginnen.«⁴⁶

Fuchs beklagte, daß die Gewerkschaften »praktisch von der Mitbestimmung der Lohnhöhe ausgeschlossen«⁴⁷ würden. »Das ist eine Art von »Arbeitsrecht«, die recht große Ähnlichkeit mit dem faschistischen Arbeitsrecht Italiens hat, in dem auch staatliche Instanzen ohne Mitwirkung freier Gewerkschaften die Höhe des Lohnes bestimmen.«⁴⁸ Mit den staatlich festgesetzten Lohntarifen diene »der Staat der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft viel besser, als es die nur auf die Interessen ihres einzelnen Unternehmens bedachten Herren vom Reichsverband der Industrie tun, wenn sie »Freiheit« der Lohngestaltung fordern. Denn die Tarifverträge mit ihrer »Friedenspflicht« machen es den Gewerkschaften unmöglich, zu streiken; sie riskieren bei Streik gegen einen Tarif – auch wenn er durch Not-

verordnung eingesetzt ist und nicht durch Verhandlungen der Gewerkschaften –, daß der Unternehmer die Gewerkschaftskassen beschlagnahmte, um sich den durch den Streik entstandenen Schaden vergüten zu lassen.«⁴⁹ Praktisch gebe die Notverordnung »dem Unternehmer das Recht, den Lohnabbau ohne Änderung des Arbeitsvertrages«, also durch Aufhebung der Tarifvertragsfreiheit bzw. Tarifautonomie, »durchzuführen.«⁵⁰ »Ein Aushang im Betrieb soll genügen, um den Abbau für die nächste Woche in Kraft treten zu lassen. Damit ist für den Unternehmer die Vertragstreue beseitigt. Er braucht sich nicht an den Tarif zu halten. Aber für die Gewerkschaft besteht die sogenannte Friedenspflicht nach wie vor. Es offenbart sich deutlich der Klassencharakter des Rechts überhaupt in der kapitalistischen Klassengesellschaft.«⁵¹

»Das Versagen der Justiz« aber sei die »sicherste Vorbereitung zum Bürgerkriege.«⁵² Die deutsche Rechtsprechung, so Fuchs, füge »sich in jeder Weise in die Tendenzen der heutigen Machthaber ein.«⁵³ »Das Reichsgericht hat ein gegen Nationalsozialisten erlassenes Uniformverbot für ungültig erklärt. Merkwürdige Dinge geschehen auch in der Polizei. Zweimal kurz hintereinander sind in Berlin Menschen verhaftet worden, die Severing, die Republik und das andere Mal Braun hochleben ließen.«⁵⁴ Allzu milde Richter hätten, so Fuchs, »die Teilnehmer der Krawalle vom Kurfürstendamm gefunden.«⁵⁵ Alle ihre Strafen seien in der Berufungsinstanz herabgesetzt, die Führer von Helldorf und Ernst vom Landfriedensbruch freigesprochen geworden. »Man stelle dem gegenüber, daß fast gleichzeitig das Essener Schwurgericht Jungkommunisten, die des Totschlags an einem Nationalsozialisten angeklagt waren, zehn Jahre ins Zuchthaus schickte, das Reichsgericht kommunistische Arbeiter, die ein paar Sprengpatronen entwendet hatten, mit vier Jahren Zuchthaus bestrafte. Ein Nationalsozialist, der in Charlottenburg ein Eisernes Buch stehlen und zerstören wollte, wurde vom Schnellrichter

in vollem Umfange freigesprochen, obwohl der Staatsanwalt verschärfte Strafe beantragt hatte wegen der vergiftenden politischen Wirkung solcher Tat. – Hat dies Urteil noch irgend etwas mit Recht zu tun? Nein, es ist Justiz von heute«, sagt dazu das »Berliner Tageblatt«. – Will man wirklich des Terrors Herr werden? Man wird es nur, wenn man gleiche Gerechtigkeit hat für alle, gleiche Strenge gegen jeden Terrorakt. Ein Staat, der mit Partielle und Vorurteilen mißt, wird des aufsteigenden Unheils nicht Herr werden.«⁵⁶

Schon dürfe »ein Oberstaatsanwalt im »Angriff« offen den Grundsatz proklamieren: Nicht auf die Tat kommt es an, sondern auf die Gesinnung.«⁵⁷ Den deutschen Richtern, so der Oberstaatsanwalt, sei es nicht zum Bewußtsein gekommen, »wie schwer sie sich

38 PdW vom 24. bis 30. Juli 1932, in: RS 1932, Nr. 32 vom 7.8.1932, S. 128.

39 PdW vom 9. bis 16. Oktober 1932, in: RS 1932, Nr. 43 vom 23.10.1932, S. 172.

40 PdW vom 5. bis 12. Februar 1933, in: RS 1933, Nr. 8 vom 10.2.1933, S. 32.

41 PdW vom 18. bis 25. Februar 1933, in: RS 1933, Nr. 10 vom 5.3.1933, S. 40.

42 PdW vom 25. Februar bis 4. März 1933, in: RS 1933, Nr. 11 vom 12.3.1933, S. 44.

43 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1931, in: RS 1933, Nr. 1 vom 3.1.1932, S. 4.

44 ebd.

45 PdW vom 20. bis 27. Februar 1932, in: RS 1932, Nr. 10 vom 6.3.1932, S. 40.

46 ebd.

47 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1932, in: RS 1932, Nr. 1 vom 3.1.1932, S. 4.

48 ebd.

49 PdW vom 12. bis 19. März 1932, in: RS 1932, Nr. 13 vom 27.3.1932, S. 52.

50 PdW vom 4. bis 11. September 1932, in: RS 1932, Nr. 38 vom 18.9.1932, S. 152.

51 ebd.

52 PdW vom 13. bis 19. Dezember 1931, in: RS 1931, Nr. 52 vom 27.11.1931, S. 218.

53 PdW vom 29. November bis 5. Dezember 1932, in: RS 1932, Nr. 50 vom 13.12.1931, S. 210.

54 ebd.

55 PdW vom 6. bis 13. Februar 1932, in: RS 1932, Nr. 8 vom 21.2.1932, S. 32.

56 ebd.

57 PdW vom 8. bis 14. August 1932, in: RS 1932, Nr. 34 vom 21.8.1932, S. 136.

gegen das oberste Gesetz der Gerechtigkeit vergingen, als sie die idealen vaterländischen Forderungen der nationalsozialistischen Bewegung gegen die grobmaterialistischen, eigensüchtigen, nur einer einzigen Volksklasse angeblich dienenden Ambitionen der KPD gleichsetzten.⁵⁸ Fuchs zog aufgrund dieser Äußerung den Schluß: »Dies ist die offene Proklamierung der faschistischen Justiz. Jeder Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterschaft erfolgt aus ›eigensüchtigen‹ Motiven und muß deshalb schwer bestraft werden. Aber wenn die Unternehmer bewaffnete SA gegen Streik einsetzen, dann sind das ›idealistische vaterländische‹ Motive, die nichts mit Klassenkampf zu tun haben.«⁵⁹ In den verschärften Klassenauseinandersetzungen in der Endphase der Weimarer Republik ergriff Fuchs unzweideutig Partei für die Arbeiterbewegung und gegen das Bürgertum, nachdem ihm sehr deutlich vor Augen geführt wurde, »was ein deutsches Bürgertum sich an Dummheit, Roheit, Gewalttat und Unsinn bieten läßt.«⁶⁰ Zu der Interessenvertretung der Monopole, der Deutschen Volkspartei (DVP), merkte Fuchs an, wie »grotesk« die Haltung dieser Partei sei. »Sie beschloß auf einer Tagung zu Hannover, ›eine selbständige Politik der Gegnerschaft gegen Brüning‹ zu führen, das heißt ›selbständig im Gefolge Hitlers, wie das gesamte ›selbständige‹ Bürgertum.«⁶¹

Gegenüber Hitler stehe »als Kern allen Widerstandes die deutsche Arbeiterschaft. Sie ist die politisch und wirtschaftlich geschulte Kerntuppe«, die, so hoffte Fuchs, »begrift, um was es geht. Daß sie es begriffen hat,« so Fuchs Ende 1932, werde »immer deutlicher«. »Hoffentlich wird es bald so deutlich, daß auch diese dumme Polemik zwischen SPD und KPD einer wirklich sachlichen Aussprache, sachlichem Austragen der nicht zu verdeckenden faktischen Meinungsverschiedenheit und einer klaren Entschlossenheit gemeinsamen Widerstandes weicht.«⁶²

Die Antwort auf die selbstgestellte ironische Frage, ob Deutschland auch wirklich

»erwache«, war jedoch zunehmend von der Sorge durchzogen, daß die Mehrheit der Deutschen abermals versagen könnte. »Wenn das deutsche Volk«, so klagte er, »in einem Zustand der Vernunft und ruhiger Klarheit wäre, so würde das Benehmen der Nationalsozialisten [...] dieser Partei alle Aussicht auf Erfolg genommen haben.«⁶³ »Erschreckend« sei jedenfalls »die völlige Zerfahrenheit, wirtschaftliche Kurzsichtigkeit, Urteilslosigkeit und Charakterlosigkeit gewaltig großer Kreise unseres Volkes.«⁶⁴ Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler fragte er sich bestürzt, »ob die begeisterte Dummheit in Deutschland noch über das Maß gesteigert werden kann, was Hitler bis jetzt erreicht hat.«⁶⁵ Erschrocken nahm Fuchs »die zunehmende Nervosität Europas« und die »zunehmende Isolierung des in Europas Mitte liegenden Landes« wahr und mahnte eindringlich: »Wessen Gehirn noch fassen kann, was vor 1914 war, der mag sich warnen lassen.«⁶⁶ An das Jahr 1918 anknüpfend erinnerte Fuchs: »Es gab schon einmal eine Zeit, in der viel vom ›Freiheitskampf der Deutschen‹, vor allem vom ›Durchhalten‹, die Rede war. Aber auch damals mußte sich das Proletariat seine Freiheit selbst nehmen, ja, es mußte sie sich gerade von denen, die so viel vom ›Freiheitskampf des Volkes‹ reden, erkämpfen!«⁶⁷ »Wann«, so fragte Fuchs ungeduldig seine deutschen Mitbürger, »wann werden die ›Staatsbürger begriffen haben, daß es gilt, diese Regierung samt der kapitalistischen Ordnung, deren Hüter diese Regierung ja nur sind, hinwegzufegen? – Bedarf es wirklich eines neuen Weltkriegs, um der Menschheit diese Lehre einzubleuen? – Mit blutigen Opfern, mit Tod und Verderben!«⁶⁸

Entgegen herrschender Auffassung in der BRD setzte die Aushöhlung der Weimarer »Reichs«verfassung, die Zertrümmerung von Rechtsstaat und Arbeitsrecht, nicht erst mit dem Jahre 1933 ein⁶⁹, sondern erfolgte schrittweise unter den Präsidialkabinetten ab 1930. Helmut Ridder spricht in diesem Zusammen-

hang von der »Rutschbahn Weimars ins ›Dritte Reich‹«⁷⁰ Wie sehr Emil Fuchs die Zeit von Brüning zu Hitler als »Rutschbahn« im einzelnen und mit großem Weitblick erlebte und beschrieb, geht aus seinen Wochenberichten unzweideutig hervor. Der Eindruck der »Rutschbahn« war so stark, daß der 30. Januar 1933 mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten von Hindenburg als qualitativer Sprung in der abschüssigen Endphase der Weimarer Republik bis März 1933 – und dies in großer Übereinstimmung mit den Einschätzungen von SPD und KPD – kaum wahrgenommen wurde. Fuchs selbst setzte sich energisch für die normative Wirkung der Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung und der darin garantierten liberalen und sozialen Grundrechte ein und protestierte gegen die Durchbrechung bzw. willkürliche Aufhebung durch Notverordnungen und richterliche Entscheidungen. Im einzelnen machte er Front gegen die Verletzung der Republik als Staatsform (Art. 1), die Mißachtung des Demokratieprinzips (Art. 1), gegen die Aufhebung der Unabhängigkeit der Justiz (Art. 102), gegen die sich steigernde Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit (Art. 118), des Versammlungsrechts (Art. 123), der Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 135), der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Regelung der Lohn und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte und schließlich der Tarifautonomie (Art. 165).

Insofern war Fuchs ein Erbe der Französischen Revolution, die Walter Markov als »Anfangs- und Ausgangspunkt einer großen Bewegung der menschlichen Gesellschaft zu Demokratie und Humanismus«⁷¹ bezeichnete, jener »welthistorischen Transformation, deren Paukenschlag 1789 zu vernehmen war, von da aus zum Roten Oktober vordrang und über ihn hinausführte.«⁷² Für Deutschland, das Land ohne siegreiche bürgerliche Revo-

lution gilt, daß anstelle der Vorstellung von »government of, by and for the people« die deutsche juristische Weltanschauung des »eternal state above and against the people« sich weitgehend hartnäckig am Leben hält. Für Fuchs war der Kollektivsouverän das gesamte Volk. Er sah es als seine Aufgabe an, die Rechte dieses Volkes nicht nur gegenüber der Exekutive, der Legislative und Judikative, sondern auch gegenüber den Oberen in seiner eigenen Partei zu schützen, die immer wieder die Neigung zeigten, »nicht für den Souverän Volk, sondern über ihn zu regieren, also aus Citoyens Untertanen zu machen.«⁷³ Anders Emil Fuchs. Immer wieder drückte er in den Wochenberichten sein Vertrauen gegenüber der Zuverlässigkeit des Volkes aus und mahnte den Parteivorstand der SPD, das in ihn gesetzte Vertrauen nicht

58 ebd.

59 ebd.

60 PdW vom 28. Februar bis 5. März 1932, in: RS 1932, Nr. 11 vom 13.3.1932, S. 44.

61 PdW vom 6. bis 13. Dezember 1931, in: RS 1931, Nr. 51 vom 20.12.1931, S. 214.

62 PdW vom 30. Januar bis 4. Februar 1933, in: RS 1933, Nr. 7 vom 12.2.1933, S. 28.

63 PdW vom 20. bis 27. Februar 1932, in: RS 1932, Nr. 10 vom 6.3.1932, S. 36.

64 PdW vom 17. bis 22. Oktober 1932, in: RS 1932, Nr. 44 vom 30.10.1932, S. 176.

65 PdW vom 30. Januar bis 4. Februar 1933, in: RS 1933, Nr. 7 vom 12.2.1933, S. 28.

66 PdW vom 13. bis 20. Februar 1933, in: RS 1933, Nr. 9 vom 26.2.1933, S. 36.

67 PdW vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 2 vom 10.1.1932, S. 8.

68 PdW vom 24. bis 30. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 6 vom 7.2.1932, S. 24.

69 Siehe: Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts, Paderborn 1975, 9. Auflage, S. 111.

70 Helmut Ridder, Wie und warum (schon) Weimar die Demokratie verfehlte, a.a.O., S. 90.

71 Walter Markov, Zwiesprache mit dem Jahrhundert, dokumentiert von Thomas Grimm, Köln 1990, S. 251.

72 ebd. Siehe hierzu Helmut Ridder, Die Deutschen und die Volkssouveränität oder Wie der große Lämmel Volk von dem großen Monster Staat zu seiner, des Staats, Raison gebracht wurde und wird, in: Erhard Denninger u.a. (Hrsg.), Kritik und Vertrauen, Festschrift für Peter Schneider zum 70. Geburtstag, Frankfurt/Main 1990, S. 355-381.

73 Walter Markov, Zwiesprache, a.a.O., S. 254.

zu mißbrauchen. Wie Eckert verstand Fuchs sich als Demokrat, der die Masse der Bevölkerung vertritt. Er glaubte »an die Bewegung der Massen, an ihre Kraft, an ihre Gerechtigkeit« und fürchtete diese Bewegung keineswegs.⁷⁴ Er kritisierte die »schwächliche Haltung« der sozialdemokratischen Stillhaltepolitik, die auf Wahlergebnisse und Entscheidungen des Reichsgerichts – auch nach dem Staatsstreich in Preußen – mehr setzte als auf die »Treue und Zuverlässigkeit ihrer Massen.«⁷⁵ »Wer klug ist, bleibt auf der Seite des Volkes. Reaktion auch als Scheindemokratie ist zukunftsstörend. Nur schärfste Opposition schafft Zukunft.«⁷⁶ Blankes Entsetzen gegenüber den Führenden der SPD, die die außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der KPD wie der Teufel das Weihwasser mieden, brachte Fuchs dagegen zum Ausdruck, als er Carl Severing mit den Worten zitierte: »Ich wünschte, daß die Nazis eine Partei wären, die geführt wird von klaren politischen Köpfen. Ich würde gerne mit einer solchen Partei ein Stück des Weges des Wiederaufbaus gehen. Wenn die Nazis das sind, dann bin ich der Überzeugung, daß wir der Mitbeteiligung der Nazis an den Regierungsgeschäften gar nicht abgeneigt gegenüberstünden.«⁷⁷

Andererseits war Fuchs ebenso wie Eckert »in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, der Oktoberrevolution, den revolutionären Nachkriegsauseinandersetzungen, danach wieder in der Zeit der Weltwirtschaftskrise, der gewaltigen Anstrengung zum »großen Sprung nach vorne« in der Sowjetunion (Industrialisierung und Kollektivierung) und nicht zuletzt der faschistischen Gefahr geprägt«⁷⁸ worden. Es war letztlich »die große geschichtliche Energie, die von der russischen Oktoberrevolution (hier nur vergleichbar der Großen Französischen Revolution des Jahres 1789) ausging«, die Menschen wie Emil Fuchs und Erwin Eckert »mitgerissen und schließlich befähigt hat, Entscheidungen zu treffen, die existentielle Zerreißproben (nicht allein in und mit

der Kirche) bedeuten mußten.«⁷⁹ Stets stellte sich Fuchs wie Eckert schützend und solidarisch vor die Sowjetunion und gegen die kapitalistischen Länder, die sich nicht davon abhalten ließen, »ihre kriegerischen Vorbe-reitungen gegen Sowjetrußland auf alle Arten fortzusetzen, denn das Interesse des Kapitalismus, sich den einzigen Raum wieder zu erobern, der der Ausbeutung und dem Profit entzogen ist, ist ungeheuer groß.«⁸⁰ Erst auf diesem Hintergrund gewinnt die Äußerung von Emil Fuchs an Erwin Eckert in einem Brief vom 18. November 1931 Bedeutung: »Wenn bei uns Hitler zur Herrschaft kommt, so müssen wir Füchse alle unsere Zuflucht in Rußland suchen, wenn wir lebend davon kommen.«⁸¹ Hier scheinen geschichtliche Dimensionen auf, die weder bei den Autoren des »Schwarz-buches des Kommunismus« noch in den aktuellen Debatten über die Niederlage des Frühsozialismus Berücksichtigung finden. Statt Gründe für die hoffnungsvolle Erwartungshaltung gegenüber der Sowjetunion zu suchen, werden Fuchs und andere als naive Gutgläubige und fellow travellers, als unbedarft-Intellektuelle diskreditiert.

(Fortsetzung im nächsten Heft)

74 Diese Charakterisierung eines Demokraten durch Lenin aus dem Jahre 1912 ist zitiert nach: Friedrich-Martin Balzer, »Es wechseln die Zeiten...«, Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958-1998), Bonn 1998, S. 271.

75 PdW vom 12. bis 19. März 1932, in: RS 1932, Nr. 13 vom 27.3.1932, S. 52.

76 PdW vom 17. bis 22. Oktober 1932, in: RS 1932, Nr. 44 vom 30.10.1932, S. 176.

77 PdW vom 2. bis 9. April 1932, in: RS 1932, Nr. 16 vom 17.4.1932, S. 64.

78 Frank Deppe, Der »Klassenverrat« des Erwin Eckert, in: F.M. Balzer (Hrsg.) Ärgernisse und Zeichen, a.a.O., S. 184.

79 ebd.

80 PdW vom 2. bis 9. April 1932, in: RS 1932, Nr. 16 vom 17.4.1932, S. 64.

81 Zit. nach: Emil Fuchs, Briefe an Erwin Eckert, in: Ärgernisse und Zeichen, a.a.O., S. 353.

Dem Erbe verpflichtet

Am 1. Juni 1900 schrieb Christoph Blumhardt in sein Tagebuch:

»Jetzt ist »Frömmigkeit« nicht mehr die Hauptsache, sondern die Menschenliebe. Und weil ich darin Gott erkannt habe, ist meine Aufgabe anders als die meines Vaters. Er konnte nicht Sozialist sein, ich muss es sein. Und wer Gott erkennt und berufen ist, zu schaffen, der darf keinen Augenblick das Ziel aus den Augen lassen. Da heißt es denn jetzt: Halte dich zu den Elenden! Dort findest du Gott. Gott ist jetzt bei den Elenden, den Armen, den Unterdrückten. Dort suche auch du ihn! Dort hilf! Hilf auch dann, wenn alle dich im Stich lassen! Ich erwarte Ereignisse. Durch Reden ist nichts zu machen. Die Idee zwingt die Menschen nicht, sondern nur die Verhältnisse. Dadurch gehen ihnen die Augen auf. Gott schickt die Verhältnisse. Aber leider ist es immer etwas Hässliches, was er schicken muss.«

Gott schickt die Verhältnisse. Aber leider ist es immer etwas Hässliches, was er schicken muss. Hat sich das in den letzten hundert Jahren geändert? Heute leben fast viermal so viele Menschen auf der Erde wie damals. Viele davon in einem Wohlstand, den Blumhardt sich noch nicht vorstellen konnte. Sie rasen in Nobelkarossen an Bad Boll vorbei und telefonieren nebenher mit Geschäftsfreunden in Schottland. Sie machen Kururlaub in Kenia und genießen übers Wochenende in Zürich weltstädtische Kultur. Aber dann kommt die Nachricht: In den letzten zehn Jahren hat sich der Abstand in den Einkommen zwischen den 10% Reichsten und den 10% Ärmsten auf dieser Erde verdoppelt, obwohl er vorher schon unermesslich groß gewesen war. Und die absolute Zahl der absolut Armen ist nicht kleiner geworden.

Vielleicht verbindet unsere Zeit mehr mit dem Beginn des Jahrhunderts als uns lieb ist, mehr wahrscheinlich als mit den siebziger Jahren, die viele von uns sehr bewusst miterlebt haben. Was Christoph Blumhardt Kapitalismus nannte, ist heute robuster, ungenierter als vor dreißig Jahren. Er hat keinen Konkurrenten mehr, und offenbar wirkt auch ein miserabler Konkurrent beruhigender als gar keiner. Was Marx im Kommunistischen Manifest vor 151 Jahren als globalen Kapitalismus beschrieben hat, ist nun lückenlos wirklich geworden. Wer heute nur den Gedanken äußert, auch große Vermögen könnten zur Sanierung der Haushalte beitragen, bekommt sofort zu hören: Willst du, dass das globale Kapital einen Umweg um unser Land macht?

Im entscheidenden Punkt ist die Linke heute schwächer als vor 100 Jahren: Blumhardt hatte eine Alternative, glaubte jedenfalls eine zu haben, heute haben wir keine. Das ganz andere System ist gescheitert, weil es noch schlechter war, nicht nur, weil Stalin es verdorben hat. Niemand, auch nicht die ehemaligen Kommunisten, können und wollen es noch einmal versuchen. Man kann den Markt nicht durch politische Vernunft ersetzen. Deshalb versucht man heute, die ohnehin schwächliche und korrumpierbare politische Vernunft durch den Markt zu ersetzen. Politik darf im besten Fall moderieren, moralisieren, fordern, ermahnen, sich produzieren. Aber wo sie tun will, was ihres Amtes ist, nämlich dem Markt einen Rahmen zu setzen – wie etwa bei der Ökosteuer –, da wird sie von denselben Gazetten niedergemacht, die ihr nachher vorwerfen, sie habe kein Konzept.

Blumhardts Glaube an die ganz und gar andere Gesellschaft – und nur dieser Glaube hat ihn in die Politik getrieben – ist uns abhanden gekommen. Blumhardt würde heute eher ausgelacht als verteufelt. Und doch gibt es mehr Elende, mehr Unterdrückte als zur Zeit Blumhardts. Und immer noch gilt: »Gott ist jetzt bei den Elenden, den Armen, den Unterdrückten.«

Der Streit um den Dritten Weg hat für mich etwas Komisches. Wenn es den zweiten nicht gibt, warum suchen wir dann den dritten? Wir leben nicht in einer Zeit, die eine in sich geschlossene Alternative zum Kapitalismus anzubieten hätte. Ob meine Enkel diese Zeit erleben, weiß ich nicht.

Vielleicht sollten wir uns darauf konzentrieren, die Demokratie zu erhalten und zu stärken. Sie hat es nötig. Denn sie ist eine politische Veranstaltung, sie ist der Versuch von Menschen, selbst zu entscheiden, wie sie leben wollen. Wo den Leuten gesagt wird, das entscheide sich gar nicht in der Politik, sondern am Markt, verkümmert die Politik und mit ihr die Demokratie.

Meine These ist, dass Politik aus Spannungen und von Spannungen lebt und dass die europäische Demokratie von der Spannung lebt zwischen rationaler Kapitalverwertung am Markt und den menschlichen Bedürfnissen, die der Markt nicht befriedigen kann: Etwa das Bedürfnis nach Gerechtigkeit, nach Sicherheit – vor Verbrechen oder vor Hilflosigkeit im Alter, das Bedürfnis nach Bildung, das Bedürfnis, irgendwo zuhause zu sein. Solche Bedürfnisse artikulieren sich zuerst in der Zivilgesellschaft. Die unzähligen Vereine und viel zu wenigen Stiftungen verdanken ihre Existenz dem Bedürfnis zu singen, zu tanzen, Sport zu treiben, Theater zu spielen, alte Schlösser zu erhalten. Viele kommen auch aus dem Bedürfnis, anderen Menschen zu helfen. Auch die Kirchen sind Teil dieser Zivilgesellschaft, die gar nicht vital genug sein kann. Auch die Gewerkschaften sind

entstanden, weil Millionen von Menschen nicht mehr so leben wollten, wie sie leben sollten.

Aber diese Zivilgesellschaft ist gegenüber der Ökonomie ohnmächtig, ja sie wird von ihr absorbiert. Demnächst werden Aktien fallen, wenn ein Mittelstürmer nur die Querlatte trifft. Wir haben im Ländle den Versuch erlebt, ein Opernhaus als Wirtschaftsförderung zu konzipieren. Und Peter Glotz möchte Universitäten an die Börse bringen. Warum nicht auch die SPD?

Weil die Zivilgesellschaft allein die Spannung zwischen rationaler Kapitalverwertung und menschlichen Bedürfnissen nicht herstellen kann, bedarf es der Politik in den demokratischen Institutionen, in den Gemeinderäten und Parlamenten, in den Kommunalverwaltungen und Regierungen. Das bedeutet, dass bei den Entscheidungen auf dem Rathaus die Wirtschaftsförderung eine von vielen Aufgaben sein muss. Eine Regierung muss zwar versuchen, Interessengruppen an einen Tisch zu bringen, sie muss aber nicht kapitulieren, wenn diese sich nicht einigen. Abgeordnete werden gewählt, damit sie Gesetze machen, nicht zu viele, aber eben doch Gesetze. Moderieren kann notfalls Sabine Christiansen besser als Gerhard Schröder oder Wolfgang Schäuble. Der Unterschied ist, dass vier Millionen Arbeitslose niemals Sabine Christiansen angelastet werden, wohl aber Gerhard Schröder. Das Bedürfnis nach Arbeit, nach aktiver Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben muss sich in der Politik niederschlagen, auch wenn es ohne florierende Wirtschaft keine Arbeit gibt. Der Arbeitsmarkt ist kein Markt wie jeder andere, weil es hier um Menschen und ihre Bedürfnisse geht, ihre Selbstachtung und ihre Stellung in der Gesellschaft.

Seit spätestens 1990 ist das Spannungsverhältnis zwischen rationaler Kapitalverwertung und menschlichen Bedürfnissen gestört, weil ein Pol zu stark, der andere zu schwach geworden ist. Also muss der geschwächte Pol gestärkt werden. Hier liegt

die wichtigste Aufgabe für die moderne Sozialdemokratie. Ich halte sie für wichtiger als die Diskussion über den Dritten Weg oder gar über das Phantom der Neuen Mitte.

Vielleicht sind einige unserer europäischen Nachbarn da schon weiter. Jacques Delors wirbt seit Jahren für das, was er das »europäische Modell« nennt. Er meint damit wohl ein anderes Verhältnis zwischen Kapitalverwertung und menschlichen Bedürfnissen, zwischen Markt und Politik als in Amerika oder in Japan. Die USA halten die Ersetzung der – institutionalisierten – Politik durch den Markt

wohl nur aus, weil sie seit zweihundert Jahren eine ungeheuer vitale Zivilgesellschaft haben. In Russland, wo die Kommunisten alle Ansätze zu einer Zivilgesellschaft zertreten haben, füllt die Mafia das politische Vakuum. Europa braucht politische Institutionen, die glaubhaft den Willen von Menschen repräsentieren und exekutieren, so und nicht anders zu leben, ein Mindestmaß an Gerechtigkeit durchzusetzen, Kultur und Bildung nicht zur Ware werden zu lassen, solidarisches Füreinander-Einstehen zu organisieren, auch über die Staatsgrenzen hinaus, das staatliche Gewaltmonopol zu sichern. Und weil erst der große europäische Markt und eine funktionsfähige Europäische Union die Erpressbarkeit der Politik durch ökonomische Macht auf ein erträgliches Maß vermindern kann, müssen Sozialdemokraten heute entschiedene Europäer sein. Nur in der Europäischen Union lässt sich die Politik wieder voll in ihre Rechte und Pflichten einsetzen.

»Gott schickt die Verhältnisse. Aber leider ist es immer etwas Hässliches, was er schicken muss.«

Auch uns schickt er viel Hässliches. Aber nicht, um uns zu entmutigen. Auch nicht, damit wir die Antworten wiederholen, die andere vor uns gegeben haben. Er schickt es uns, damit wir uns klar darüber werden, was wir zu tun haben, nicht hektisch, nicht verdrossen, nicht beleidigt, sondern so ruhig und gelassen, wie es Leuten zukommt, die nicht zum ersten Mal mit hässlichen Verhältnissen zu tun haben und die wissen, dass auch ihre Eltern in keiner heilen Welt leben werden.

Am 24. Oktober 1999 hielt Dr. Erhard Eppler, Sozialdemokrat und Bundesminister a.D., im Rahmen einer Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll den diesen Kurzvortrag. Thema der Versammlung: »1899-1999. Seid Kämpfer in der Zeit. Christsein nach Christoph Blumhardt«. Das Manuskript wurde CuS vom Autor freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

Bundesnachrichten

Mitgliederversammlung

Die nächste Mitgliederversammlung des BRSD findet von 19. bis 21. Mai 2000 in Bad Hersfeld statt. Anmeldung ab sofort bei Bundessekretärin Martina Ludwig (S.S.2).

Jahrestagung

In Kooperation mit Pax Christi, dem Versöhnungsbund und der Kommende Dortmund findet die Jahrestagung des Bundes vom 29. September bis zum 1. Oktober 2000 in Dortmund zum Thema »Kriegspolitik und Friedensvision« statt.

Jubiläumsfeier

Anlässlich des 75. Jahres, in dem der BRSD deutschlandweit unter dem Namen »Bund der Religiösen Sozialisten« auftritt, ist für das Frühjahr 2001 eine große mehrtägige Jubiläumsfeier vorgesehen. Der Ort steht noch nicht fest, aber als höchst wahrscheinlicher Termin sollten 27. April bis 1. Mai 2001 vorgemerkt werden.

Das Antirassismusprojekt des Weltfriedensdienstes

Partnerschaft und Dominanz: »schwarz weiss. weiss spricht. weiss hört nicht, was schwarz weiss.«

Es gibt unter denjenigen, die zukünftige Entwicklungshelfer auf ihre Auslandseinsätze vorbereiten, zumindest hinter vorgehaltener Hand immer wieder zitierte *worst case*-Szenarien: »Von denjenigen, die hier an unserem Ausreisekurs teilnehmen«, so der Lateinamerika-Referent eines der sechs anerkannten deutschen Personaldienste vor einigen Jahren, »werden nach meiner Erfahrung ein Drittel als Zyniker nach Deutschland zurückkehren – und ein Drittel als Rassisten...«. Für derartigen Einsichten mag es an präzisen empirischen Belegen fehlen, ein Körnchen schmerzhaft Wahrheit ist indes nicht zu streiten. Nur: Offen thematisiert wird das Problem nur höchst selten.

Der Weltfriedensdienst (WFD) in Berlin, der im November sein 40jähriges Bestehen gefeiert hat, bewies im Rahmen seines bereits 1993 initiierten Antirassismusprojektes einigen Mut zum Tabubruch. Von Anfang an ging es bei diesem Unterfangen um ein doppeltes Anliegen: Erstens den zunehmenden rassistischen Übergriffen in Deutschland entgegen zu treten – und zweitens, das Dominanzdenken in der Entwicklungszusammenarbeit zu thematisieren und entsprechende Gegenstrategien vorzustellen. Die Ergebnisse und Erfahrungen dieses sechsjährigen Projektes systematisierte der WFD in seiner jüngsten Publikation »Partnerschaft und Dominanz« mit dem prägnanten Untertitel »schwarz weiss. weiss spricht. weiss hört nicht, was schwarz weiss.«

Annelie Dörfler, seit 1992 im WFD verantwortlich für das Programm Antirassismus, setzte, so dokumentiert die 80seitige Broschüre, mit ihrem Konzept nicht so sehr auf aktionsorientierten Antirassismus, die öffentliche Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, zunehmenden Haß und Gewalt auf Straßen, Plätzen, U-Bahnhöfen, Schulen und Diskotheken, sondern direkt auf die Auseinandersetzung mit dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Ihre Analyse: Geldbeziehungen – auch in der »solidarischen« Projektkooperation – sind Machtbeziehungen. Strukturelle Überlegenheiten in der Nord-Süd-Zusammenarbeit bergen folglich Risikofaktoren für die vielbeschworene »gleichberechtigte« Partnerschaft zwischen Organisationen im Norden und Süden. Besonders in Krisensituationen, persönlichen und institutionellen, so Dörflers Schlußfolgerung, sind sowohl Entwicklungshelfer als Individuen – wie auch die in diesem Bereich engagierten Organisationen nicht vor Gefühlen wie Überlegenheit, Macht – und eben auch unterschwelligem Rassismus gefeit.

Das Thema von Annelie Dörfler und der übrigen WFD-Autoren ist dabei jedoch nicht so sehr der individuelle Rassismus, »sondern die institutionalisierte Form, der strukturelle Rassismus in unserer Arbeit. Möglicherweise,« so Dörfler, »sind die Ressentiments gegenüber der Aufdeckung bevormundender Strukturen im Entwicklungsgeschäft nichts anderes als Selbstschutz.«

Die WFD-Autoren Annelie Dörfler und Andreas Rosen verknüpfen in ihrer Argumentation konsequent die Kritik an dem – trotz Umwelt- und Sozialkatastrophen – stoisch verteidigten Paradigma der nachholenden

Entwicklung, der Leitidee von der Imitation des westlichen Entwicklungsmodells, mit dem Problem von Dominanz. Ihre kritische Nachfrage lautet: Liegt nicht gerade in der Verneinung der Gleichberechtigung anderer

Keine Ausgabe verpassen... mit dem CuS-Abonnement.

Seit 1948 erscheinen die Blätter der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands als Vierteljahrszeitschrift »Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin«.

Das **Abonnement** kostet z. Zt. pro Jahr DM 30 (Ausland DM 35 bzw. € 18) einschließlich Versand. Die tatsächlichen Kosten werden durch ein Förder-Abo ab DM 40 gedeckt, um das wir unsere Leserinnen und Leser mit eigenem Einkommen bitten.

Im **Mitgliedsbeitrag** des Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD) ist das Abonnement von **CuS** bereits enthalten. Beträge über DM 30 sind steuerlich absetzbar.



Bitte einsenden an: BRSD c/o Martina Ludwig, Hohensteiner St. 12, 09117 Chemnitz

- EINTRITT**
- Ich möchte **Mitglied werden** im BRSD
 - mit normalem Beitrag von DM 90 pro Jahr (inkl. **CuS**-Abo)
 - ermäßigt auf DM 50 (inkl. **CuS**-Abo) für Personen ohne eigenes Einkommen

- ABONNEMENT**
- Ich möchte **CuS abonnieren** ab Ausgabe
 - zum Bezugspreis von DM 30 (Ausland DM 35 oder € 18) im Jahr.
 - zum Förderpreis von DM im Jahr.

- GESCHENK-ABONNEMENT**
- Ich möchte **ein CuS-Abo verschenken** ab Ausgabe
 - bis auf Widerruf
 - bis zur Ausgabe
 für

 - zu DM 30 (Ausland DM 35) jährl.
 - zum Förderpreis von DM jährl.

Bestellerin

Datum Unterschrift

Lebensentwürfe die Wurzel für rassistisches Verhalten?

Die WFD-Broschüre ist nicht wie eine in sich geschlossene theoretisch-politische Abhandlung aufgebaut, sondern eher wie ein Mosaik. Aus über 100 einzelnen Textfragmenten hat Jani Pietsch Argumente und Facetten einer sechsjährigen Diskussion zusammengetragen. Ein ausführlicher Dokumenten- und Anwendungsteil im Anhang mit praktischen Übungen zu den Themen »Partner und Geber«, »Interkulturelle Begegnung«, »Konflikte und Mißverständnisse« sowie »Mythos Entwicklung« ergänzt die Broschüre.

Fertige Antworten am Ende dieses sechsjährigen Nachdenk- und Diskussionsprozesses

beim Weltfriedensdienst vermittelt dieses Textheft nicht – wohl aber ein deutlich sensibilisiertes Problembewußtsein – und einige wichtige Instrumente zur Frühwarnung gegenüber den Konsequenzen von sublimen Vorurteilen, Dominanzdenken und partnerschaftlichen Strukturen im Alltagsgeschäft der Entwicklungspolitik.

Jani Pietsch (Red.): Partnerschaft und Dominanz. »schwarz weiss. weiss spricht. weiss hört nicht, was schwarz weiss.« Das Antirassismusprojekt des Weltfriedensdienstes. Berlin 1999, 80 S. Bezug: Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstraße 14, 10969 Berlin – e-mail: wfd@ipn.de

Einzugsermächtigung

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto Nr. 189 389-464 bei der Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46, zu überweisen. Leichter geht es für beide Seiten, wenn Sie uns mit folgendem Coupon eine **Abbuchungserlaubnis** (nur Inland) erteilen. Wer schon ein **CuS**-Abo hat, kann damit die Erlaubnis nachträglich geben.

KontoinhaberIn: _____

Anschrift: _____

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD) widerruflich,

- eine einmalige Spende in Höhe von DM _____
- die Abo-Gebühr für **CuS** von DM 30,- im Jahr (Inland)
- die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM _____ im Jahr

von meinem Konto Nr. _____

bei dem Kreditinstitut _____ BLZ _____ einzuziehen.

Datum _____

Unterschrift _____

Die Abbuchungserlaubnis bezieht sich auf ein neues Abonnement
 ein bestehendes Abonnement

Heinz Röhr

»2000 Jahre Christentum« Zur Fernsehserie der ARD und ihrem Begleitband

»Eine Religion verändert die Welt«, so lautet der Untertitel des Begleitbuches. Das Filmwerk in 13 Fortsetzungen, das am 4. November begonnen hat, wirft zahlreiche Fragen auf.

1. Das »Christentum« beginnt nicht im Jahre 1 n.Chr.: Im ganzen ersten Jahrhundert gibt es so etwas wie »Christentum« noch nicht.

2. Dass die revolutionäre Botschaft des »armen kleinen Mannes aus Nazareth« (D. Sölle) vom »Reich Gottes« die Welt verändert hat, ist keine Frage. Aber dann kommt die frühkatholische Kirche (Glaubensregel, Kanon, Bischofsamt). Es folgt die »Konstantinische Wende«. Das Papsttum in seiner monarchischen Struktur entwickelt sich (ab Leo dem Großen, um 500 n.Chr.). Es folgt das Mittelalter mit seinem Kampf zwischen Papsttum und Kaisertum, mit Kreuzzügen und Hexenverbrennungen, Glaubenskriegen, Judenverfolgungen bis hin zum »österreichischen Katholiken« Adolf Hitler (Fr. Heer). Ein einziger Rückschritt!

Die erste Folge (»Von Jesus zu Christus«) beginnt mit einem Paukenschlag: Das sogenannte »Turiner Grabtuch« (erst seit dem 14. Jh. bezeugt) wird zwar nicht als »Beweis« für die Existenz Jesu und seinen Kreuzestod gewertet (nach anderen ist es gerade der Beweis für den Scheintod Jesu), aber die sehr breite Sequenz im Film suggeriert doch dem Seher: »Ja, so könnte es gewesen sein!« — Nein, so war es nicht!

Und so geht das weiter: Jesus in Qumran, Petrus und Paulus in Rom, der angeblich frühe »Jesus-Papyrus« des C. P. Thiede, »Ja, so könnte es gewesen sein!« — Nein, so war es nicht! Das »Turiner Grabtuch« ist eine Fäl-

schung. Jesus war nicht in Qumran. Petrus war nicht in Rom. Die Quo-vadis-Episode wird zwar als »Legende« bezeichnet: Der Märtyrertod und das Petrusgrab in Rom werden aber als Tatsache festgestellt. Damit ist natürlich der Grundstein für die entstehende Petrusdoktrin gelegt: »Du bist Petrus, auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen!« (Mt 16.

18). Aber das Felsenwort ist unecht!

All das erfährt der Zuschauer nicht! Film und Begleitbuch behaupten, Petrus habe (gemäß Apg. 11,17) der frühen Gemeinde den Weg in Richtung Heidenmission gewiesen. Das ist historisch falsch! Die schwerwiegende Auseinandersetzung Paulus - Petrus (Gal. 2) wird hier unterdrückt! Ob Paulus in Rom war, scheint mir auch zweifelhaft. Man darf der Apostelgeschichte nicht zu sehr vertrauen: sie ist ein Roman, keine Geschichtsschreibung. Auf keinen Fall hat Paulus in Rom im Gefängnis 2.Tim. 4,7, »Ich habe einen guten Kampf gekämpft, ... ich habe Glauben gehalten!«, gelesen (oder geschrieben). Der zweite Timoteusbrief ist (wie der erste und der an Titus) nicht von Paulus, er hat also 2.Tim. gar nicht gekannt.

Das Begleitbuch (S.28) behauptet, durch das Wirken der Superapostel Petrus und Paulus sei Rom »zum Zentrum des neuen, christlichen Glaubens« geworden. Der Satz ist schlicht falsch! Selbst wenn die beiden in Rom gewesen wären – es gäbe viele andere Gründe für die werdende Vormachtstellung der römischen Gemeinde (z.B.: Rom ist Welthauptstadt!).

Bücher,
die uns
interessieren



Man mag das alles als Randprobleme abtun. Schwerwiegender ist der bruchlose Übergang vom historischen Jesus zum Christus des Glaubens. Der Schnitt müßte viel schärfer ausfallen. Wie kommt es, daß der Zimmermann aus Nazareth zum »griechischen Kultgott« (H.-W. Bartsch) hinaufstilisiert werden konnte?



Im Begleitbuch (S.18) lesen wir: »Das Grab war leer... Das leere Grab ist das sichtbare Zeichen für die

Arnold Pfeiffer

Ein Sammelband über Widerstands-Forschung Michael Kißener (Hg.): Widerstand gegen die Judenverfolgung

Der Band gehört zum Karlsruher Forschungsprojekt, das den Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten umfaßt. Ganz richtig hebt die Einführung von Wolfgang Altgeld und Michael Kißener hervor, eine Heroisierung des Widerstandes berge die Gefahr in sich, zu vergessen, »daß am 20. Juli 1944 das systematische Mordprogramm an den jüdischen und zu Rassejuden erklärten Menschen schon fast abgeschlossen war« (S.10). Der berechtigte Protest gegen die pauschalisierende These Goldhagens, nach der die Judenvernichtung im deutschen Volk auf breite Zustimmung gestoßen sei, muß zu differenzierenden Analysen judenfreundlicher Aktionen und Einstellungen im frühen Deutschen Reich führen.

So ist ein spannendes Kapitel dieses Buches dem Direktor **Hans Walz** gewidmet, der führend in der Firma Robert Bosch in Stuttgart tätig war (S.155 ff.). Walz, der der NSDAP angehörte und sogar Mitglied im Freundes-

Auferstehung Jesu, es ist der Ursprungsort für den neuen Glauben an Jesus Christus, den Auferstandenen.«

Das Grab war nicht leer. Das ist eine Legende! Paulus kennt das »leere Grab« nicht! Es war ganz anders: vgl. 1.Kor. 15,3-8 (Visionshypothese).

R. Bultmann schreibt in seinem »Brief an einen Bergmann«: »Ich glaube, daß Jesus Christus ... zwar nicht körperlich auferstanden, d.h. aus dem Grab herausgegangen ist, daß er aber erhöht und verklärt worden ist« (Joh.-Ev.). »Er begegnet uns als der Lebendige in dem Wort, das ihn verkündigt.«

kreis Heinrich Himmler« war, wies nach dem Zeugnis jüdischer Freunde eine »innere Haltung« und »religiöse Einstellung« auf, die ihn gegen die Nazi-Ideologie immunisierten. Er selber wies auf drei Faktoren hin: die feste Verankerung im christlichen Glauben, seine liberalen Überzeugungen und die Prägung durch den »Bosch-Geist« eines aufgeklärten, sozial verpflichteten Unternehmertums. Zusammen mit dem bekannten Pädagogen Theodor Bäuerle und dem jüdischen Musiker Karl Adler hatte Walz im »Verein zur Förderung der Volksbildung« gearbeitet. Es gelang, Impulse dieses Vereins in die von Martin Buber gegründete »Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung« zu übernehmen und so ein jüdisches Kulturleben eine Zeitlang zu erhalten. In wachsendem Maße ging es darum, durch Förderung von Emigration Menschenleben zu retten. Walz, der sich in laufendem Kontakt mit dem großen Rabbiner Leo Baeck befand, sagt:

»Als Herr Bosch und ich zu unserem Schmerz uns davon überzeugen mußten, daß wir das Übel im Ganzen nicht zu verhindern vermochten, beschlossen wir, es im einzelnen nach Möglichkeit zu lindern« (S.178).

Konnte ihr Falle der Firma Bosch auf liberale Orientierungen zurückgegriffen werden, wie sie Theodor Heuß in seiner Biographie von Robert Bosch aufgewiesen hat, so verband sich bei **Hermann Maas**, dem Heidelberger Stadtpfarrer der Heiliggeistgemeinde, ein theologischer Liberalismus aus der Schule von Ernst Troeltsch mit einer Nähe zu Juden, die in der Kindheit im badischen Gernsbach begonnen hatte und niemals abriß. Maas, der in der liberalen Deutschen Demokratischen Partei seit 1919 Heidelberger Stadtverordneter gewesen war, bekundete später: »Diese meine politische, aber noch viel mehr meine weltkirchlichen Einstellung und mein Glaube bewahrten mich vor jeder Versuchung, mich von der nationalsozialistischen Ideologie auch in ihren allerersten Formen beeinflussen zu lassen« (S.234).

Unser Buch, das die Ehrungen erwähnt, die Maas von jüdischer und von deutscher staatlicher Seite nach dem 2. Weltkrieg erfuhr, verschweigt es leider, daß die unveränderte theologisch liberale Haltung von Maas nach 1945 in der evangelischen Landeskirche zur völligen Kaltstellung von Maas führte - er war auch für diejenigen, die jetzt das Sagen hatten, kein opportuner Mann.

Daß die in jüdischen Kreisen unvergessene Dr. **Gertrud Luckner**, die Menschen das Leben gerettet hat, hier mit Maas zusammengestellt wird rechtfertigt sich zum einen durch eine unvergeßliche menschliche Begegnung (»wir... gaben uns das Gelöbniß, nie schwach zu werden, nie nachzugeben und uns nie unter das satanische Regiment zu beugen«, S.248), zum andern aber auch durch die ökumenische Haltung von Gertrud Luckner, die in Woodbrooke bei Birmingham am Quäkercollege für religiöse und soziale Arbeit einen Teil ihrer geistigen Prägung erfahren hatte und

im Friedensbund der deutschen Katholiken gewirkt hatte. Sie gab der Sache der CARITAS durch ihren persönlichen Mut eine unverwechselbare Gestalt.

Eine zu Unrecht eher vergessene Persönlichkeit wird uns in **Brigitte Hilberling** (S.105 ff.) vorgestellt, die vom sogenannten »Volksgerichtshof« 1944 in Berlin wegen »Wehrkraftzersetzung« und »Feindbegünstigung« verurteilt wurde und dann bis zum Ende des Naziregimes einen schweren Leidensweg durch Gefängnisse gehen mußte. Sie hat, gesundheitlich geschädigt, diese Zeit überstanden und als Dominikanerin im Kloster Zoffingen in Konstanz 1985 mit 87 Jahren ihr Leben friedlich beschließen dürfen.



Brigitte Hilberling, die als Germanistin über Gottfried Keller promoviert hatte, setzte der Nazi-Ideologie als erstes den humanisierenden Gedanken von Bildung im europäischen Sinne entgegen. Als »Halbjüdin« von den Nazis aus der offiziellen Schularbeit ausgeschlossen, konnte sie auf kirchlicher Ebene wirken und fand junge Menschen, die bereit waren, »im Sinne der alten abendländischen katholischen Kultur zu arbeiten« (S.112). Hier hätte an Karl Thieme erinnert werden können, der, ausgehend vom religiösen Sozialismus, in seinem Buch »Das alte Wahre« damals (1934) eine geistige Widerstandsposition formulierte.

Parallel zu ihrem eigenen Lebensweg sah sie denjenigen von Edith Stein, die auf bewegende Weise zum christlichen Glauben und gleichzeitig zur katholischen Kirche gefunden hatte. Zweimal in Brigitte Hilberlings Lebensbild fällt der Name Sören Kierkegaard, jenes dänischen protestantischen Theologen, der auf »die Entscheidung des einzelnen, des einzelnen ganz allein, für Christus« hingewiesen hatte (S.123). Ist diese individualisierte Form des Christentums protestantisch zu nennen, so ist doch das Vermächtnis dieser Ordensfrau ganz und gar katholisch, wenn sie für unse-

ren Versuch, im Glauben die Erinnerung an nazistische und andere Verbrechen durchzuhalten und durchzuleiden, die Fürbitte »nicht nur der verklärten Karmelitin (Schwester Teresa Benedicta a Cruce, Edith Stein), sondern auch all der »Unbekannten« erleht, »die jene Hölle durchschritten, ohne daß ihr Glaube zerbrach« (S.123).

Ein solcher durch Gotteserfahrung und Kirchenerfahrung gleichermaßen bestimmter Glaube ist von selbstverständlicher Ökumenizität; so berichtet sie von einer evangelischen Freundin jüdischer Abstammung, die, »von guten Mächten wunderbar geborgen« und getragen, sich unfähig erklärte, die nazistischen Feinde zu



Bücher,
die uns
interessieren

Arnold Pfeiffer

Widerstand gegen die Judenverfolgung (II)

Irene Runge (Hg.): Onkel Max ist jüdisch. Neun Gespräche mit Deutschen, die Juden halfen.

Wie erging es Menschen, die in den letzten Monaten der DDR-Geschichte auf die Suche gingen nach heimlichen Helfern der Juden während der Nazizeit? »Besonders kränkend war«, schreibt Irene Runge, »daß sich... die Zeithistoriker der DDR nicht äußerten. Selbst die Jüdische Gemeinde war an einer Aktion »Rettung« nicht interessiert« (S.24).

So unternahm es Irene Runge, DDR-Bürgerin jüdischer Abstammung, zusammen mit drei jungen Studenten, der Rettung von Juden durch Deutsche nachzugehen. Sie wurde ermutigt durch Shimon T. Samuels von der Pariser Außenstelle des Simon-Wiesenthal-

Centers in Los Angeles, der empfohlen hatte, ein besonderes Forschungsinteresse denjenigen Deutschen zuzuwenden, die während der Nazizeit Juden halfen. Im hier vorgelegten Buch begegnen wir

• einem Richter von »deutsch-nationaler« Gesinnung aus Leipzig, der »aus rein persönlichen freundschaftlichen Gründen heraus« zwei Jüdinnen versteckt;

• zwei Kommunistinnen, die einen jungen Juden vor der drohenden Vernichtung retten und das auf Grund ihrer antifaschistischen und solidarischen Grundhaltung als »selbstverständlich« empfinden;

Michael Kißener (Hg.): Widerstand gegen die Judenverfolgung (Portraits des Widerstands, Bd.5). Universitätsverlag Konstanz 1996. 342 S. mit zahlr. Abb. DM 28.

• zwei nüchternen Altmärkern, denen das Beste aus einem preußischen Pflichtbegriff geblieben ist (sagt der ängstliche Sohn: »wenn das rauskommt, seid ihr dran«, so antwortet der Vater: »das ist egal, dem Jungen wird geholfen«);

• schließlich der Frau aus einer deutsch-polnischen Familie in Galizien, deren Vater, geprägt vom toleranten Geist des alten Österreich-Ungarn, den Juden im Ghetto von Podhajec bei Stanislaw falsche Papiere beschafft und dies mit dem Tod in Majdanek bezahlen muß.

Es macht das überaus Ehrliche solcher Erinnerungen (gegen die falschen Pauschalanklagen eines Goldhagen) aus, daß in diesem Zusammenhang auch polnischer Antisemitismus sowie die Beteiligung von Ukrainern an SS-Greueln nicht verschwiegen wird. Um so wichtiger ist die Feststellung (S.132):

»Es gab... polnische und deutsche Familien, die mit Juden befreundet waren... Nach dem Krieg haben sich viele Juden gemeldet, die mit falschen Papieren überlebt haben oder sich bei Polen verstecken konnten. Das ist ein Zeichen



Im Warschauer Ghetto 1938

dafür, daß auch Polen den Juden geholfen haben.«

An eine solche gute polnische Tradition kann Bischof Muszynski von Gnesen anknüpfen, der dieses Jahr in Potsdam die Buber-Rosenzweig-Medaille der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit empfing. Muszynski bemüht sich insbesondere um die biblische Grundlegung des freundschaftlichen Verhältnisses von Christen und Juden.

In der populären und populistischen Papstkritik unserer Tage wird oft das ehrliche Engagement von Papst Johannes Paul II übersehen. In dem Buch »Die Schwelle der Hoffnung überschreiten« spricht der polnische Papst über seinen Heimatort Wadowice und seinen jüdischen Freund Jerzy Kluger. Er sagt:

»Beide Religionsgruppen, Katholiken und Juden, bildeten eine Einheit, und dies, so vermutete ich, deswegen, weil sie sich bewußt waren, denselben Gott anzubeten.«

So ist es bedauerlich, daß Irene Runge, die die Klischees des DDR-Marxismus tapfer zu überwinden strebt, zwar zutreffende Hinweise auf den jüdischen Religionsforscher Hans Joachim Schoeps (den überzeugten Preußen, der später in Erlangen wirkte) und den Stuttgarter Pfarrer und Karl-Barth-Schüler Hellmut Traub gibt, diesen Hinweisen aber nicht weiter nachgeht und sogar, falsch und pauschal, von der »Judenfeindlichkeit des Christentums« spricht (S.17).

Wichtig ist das Buch auch in Bezug auf die DDR-Geschichte und den dort staatlich verordneten »Antifaschismus«. Die einlinig ökonomische »Erklärung« des Geschichtsverlaufs habe zur Ausblendung psychologischer und alltäglicher Dimensionen geführt, »bürgerlicher« und kirchlicher Widerstand sei in seiner Bedeutung minimiert worden. In Aufnahme einer im Buch mitgeteilten Beobachtung (S.106) kann man sagen, daß in der DDR der kommunistische Widerstand überbetont



Bücher,
die uns
interessieren

wurde, während »in den USA die Verbrechen des Faschismus in gewissem Sinne auf die Vernichtung der Juden reduziert wurden«.

Hinzuzufügen wäre dann freilich, daß der in zwischen eingetretene Triumph der »amerikanischen« Betrachtungsweise seinerseits kritisch in Frage gestellt werden muß.

So ist die Aufzählung der Naziopfer in Gestalt von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern, Homosexuellen, Bibelforschern (Zeugen Jehovas), Sinti und Roma (S.8) nach wie vor erforderlich, ja vielleicht heute nötiger als früher. Eine »erzählende Gesellschaftskunde des Dritten Reiches« (S.137) ist erst noch in der Entstehung begriffen.

Indem eine solche »erzählende Gesellschaftskunde« komplexe Sachverhalte sichtbar macht, verdeutlicht sie in der Tat: »Nazi war nicht unbedingt immer gleich Nazi, Widerstandskämpfer und -kämpferinnen nicht ... ausschließlich Idealtypen hehrer Menschlichkeit« (ebd.).

Die von Rechtsgerichteten und einem gewissen, dem alten Nationalismus verwandten »Volksempfinden« geforderte Pauschalentschuldung und -entschuldigung der Deutschen darf aber, wie diese Publikation erfreulich deutlich macht, auf keinen Fall das Resultat der sogenannten »Differenzierung« sein. »Gespräche mit Deutschen, die ihre Verbundenheit mit den Juden zu Taten werden ließen, können der Entschuldigung nicht dienen und nicht entlassen aus dem Bewußtsein des ungehinderten Völkermords« (S.139).

Die Geschichtsstudentin Evelyn Tondar antwortet auf die alltägliche Formel, man müsse »endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen«:

»Aber darf man einen Schlußstrich unter Menschenleben ziehen? Die Getöteten waren doch Menschen wie wir ...« (S.72).

Gleichgültigkeit sei es gewesen, »die die Deutschen (viele Deutsche jedenfalls; A.P.)

regungslos zuschauen ließ, als ihre jüdischen Nachbarn abgeholt wurden«. Und die junge Autorin fährt fort:

»Wie weit sind wir eigentlich davon entfernt? Was mich erschreckt, ist die ungeheure Teilnahmslosigkeit gegenüber der Zerstörung des Individuums, die in der Gesellschaft herrscht« (S.73).

Daß die Berliner Geschichtsstudentin angesichts der Widersprüche in der deutschen Geschichte und der DDR-Geschichte (wo es eine verbreitete Nichtanerkennung und Nichtachtung jüdischer Naziopfer gab) in einem Jesuswort letzte Orientierung findet (S.65), geht wohl nicht zuletzt auf ihre Schulzeit in der katholischen Theresianschule in Ostberlin zurück, in deren Räumen einst das Hilfswerk des Bischöflichen Ordinariats Berlin für die katholischen »Nichtarier« zuhause war. In der Theresianschule, »der benachbarten Herz-Jesu-Kirche und zeitweilig auch in den Privatwohnungen mutiger Pfarrer und Gemeindeglieder«, so berichtet die junge Studentin, seien »Juden versteckt« worden, »darunter nicht nur Katholiken, sondern auch ein Mitglied der KPD« (S.67).

Wenn Irene Runge wohl zu Recht den »Antifaschisten« der DDR vorwirft, noch vorhandene »Grundstrukturen des Antisemitismus« wie »blinden Gehorsam, Autoritätsgläubigkeit, Intoleranz« »nicht tief genug angefragt« zu haben (S.139), so unterstreicht das auch im Westen nur umso mehr die Aktualität dessen, was Adorno »Erziehung nach Auschwitz« genannt hat.

Irene Runge (Hg.): Onkel Max ist jüdisch. Neun Gespräche mit Deutschen, die Juden halfen. Dietz Verlag Berlin 1991. Broschur, 141 Seiten, DM 18,80.

Religion als ›Lebensfaden‹ Regina Sommer: Lebensgeschichte und gelebte Religion von Frauen

Heute sieht es so aus, als ob die meisten Menschen auf ein vielfältiges Angebot von Lebensformen und Lebenskonzeptionen Zugriff hätten. Lebenswege und Lebensgeschichten scheinen frei gestaltbar. Anforderungen an weitgehende Mobilität und Informationsmöglichkeiten erwecken den Eindruck, Frauen und Männer seien ›frei‹ zu entscheiden, wie sie leben wollen. Nach welchen Kriterien wird aber entschieden? Wir sind umgeben von Umständen – negativ auch Sachzwängen – und Vorstellungen, die uns und unser Leben prägen. Unsere eigene Geschichte ergibt sich aus einem Geflecht eigener Vorstellungen, Erfahrungen und Beziehungen zu anderen Menschen.

Beispielsweise macht es einen Unterschied, ob wir als Frau oder Mann geboren werden, denn an Frauen und Männer werden durchaus unterschiedliche Erwartungen herangebracht, und wir treffen in unserer Gesellschaft immer wieder auf spezifische Frauen- und Männerbilder. Zwar scheinen Frauen, deren Leben früher durch die gesellschaftlich angelegte Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen vorgezeichnet gewesen wäre, heute ihren Alltag genauso individuell wie Männer bestimmen zu können – die Auflösung alter Rollenkonzepte wird nicht mehr sanktioniert, sondern akzeptiert und teilweise sogar gefördert – aber die Sozialisationsforschung belegt andererseits die Existenz von geschlechtsspezifisch beeinflussten Rollenbildern und Erwartungen auch für die Gegenwart.

Wenn Frauen also in anderen - ›weiblichen‹ - Handlungszusammenhängen als Män-

ner groß werden: Leben sie auch ihren Glauben anders? Entwickeln sie eine andere Art von Religiosität, oder haben sie andere Vorstellungen von der Nähe und Beziehung zu Gott? Was finden sie in Kirchen und sonstigen religiösen Strukturen vor, und was machen sie daraus? Die ersten Ar-

beiten zur von Frauen gelebten Religion sind noch nicht alt und basieren meistens nur auf theoretischen Überlegungen, die kaum durch empirische Untersuchungen ergänzt sind.

Die religiöse Lebensgeschichtsforschung, der sich die Marburger Theologin Regina Sommer widmet, spielt in diesem Kontext eine bedeutende Rolle, weil sie Kirche und Religion besonders aus dem Blickwinkel der einzelnen Menschen betrachtet. Forschungen unter frauenspezifischen Gesichtspunkten fertigen besonders Wissenschaftlerinnen an, die wie Sommer ihr Selbstverständnis in der feministischen Theologie begründen. Die Situation von Mädchen und Frauen und die Ermittlung ihrer Bedürfnisse stehen hierbei im Mittelpunkt der Fragestellungen.

Regina Sommer stellte im Themenbereich ›Religion in der Lebenswelt der Moderne‹ die Frage nach der speziell von Frauen gelebten Religion und verortet ihre Fragestellung im Bereich von Theologie und Sozialwissenschaft. Hiermit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Theorie zur Biographieforschung vor allem aus feministischer Perspektive aber auch darüber hinaus. Sie führte mit vier Frauen Gespräche über ihre Lebensgeschichten und die Rolle



von Religion in ihrem Leben. Die Interviews sind sorgfältig und übersichtlich aufbereitet und ausgewertet.

Im darauffolgenden Teil unternimmt die Autorin den Versuch, die Interviews zueinander in Beziehung zu setzen. So kommt sie zu interessanten Ergebnissen über die Lebenswelt von Frauen und die Aufgabe, die in diesem Zusammenhang der Religion zukommt. Obwohl es scheint, daß wir in einer Gesellschaft leben, wo Religion kaum noch eine Rolle spielt, zeigt sich in Sommers Untersuchung, daß Religion doch weiterhin ein immer noch prägendes Deutungsfeld ist.

Allerdings ist Religion auch dem gleichen gesellschaftlichen Wandel – von traditionellen

festgelegten Lebenszusammenhängen zu einer Pluralisierung der Lebensformen – unterworfen: Gegenwärtig führe die Suche nach religiöser Lebensdeutung längst nicht mehr allein zur christlichen Religion, andere religiöse Bezugs- und Deutungssysteme seien genauso präsent, faßt Regina Sommer am Ende der Arbeit ihre Forschungen zusammen. Allerdings handle es sich nur vermeintlich um eine »Beliebigkeit«, denn in Betrachtung der jeweiligen Lebensgeschichten seien schon Einschränkungen bezüglich der individuellen religiösen Entwicklung gegeben.

Eine Beziehung zur Religion wird meistens in Kindheit und Jugend angelegt – die Entwicklung des eigenen Glaubens ist jedoch ein lebenslanger Prozeß. Durch die von Kirche und Bibelinterpretation oftmals vertretene Vormachtstellung der Männer ist die Erfahrung von religiöser Ausgrenzung für viele Frauen ein Ausgangspunkt, über ihren Glauben neu nachzudenken und eigene religiöse Ausdrucksweisen zu schaffen.

Andere wiederum entwickeln Glaubensvorstellung und religiöse Praxis ganz unabhängig von kirchlichen Strukturen. Regina Sommer hebt die Möglichkeit hervor, daß Frau-

en so die Chance ergreifen, Verantwortung für ihr eigenes Leben und den eigenen Glauben zu übernehmen. Sie lösten sich von negativen Anteilen ihrer religiösen Sozialisation und entwickeln ihre eigene Identität weiter.

Viele Frauen haben anscheinend das Verlangen, religiös zu bleiben. Wie gestalten sie demnach ihre religiöse Beziehung und Ausdrucksweise, nachdem sie sich von unterdrückenden Strukturen losgesagt haben? Der sinngebende Aspekt, der dem ganzen Leben einen Rahmen bietet, scheint in diesem Zusammenhang ein wichtiges Bedürfnis zu sein. Bei allen vier Frauen, die Regina Sommer befragt, korrespondieren erkenntnis- und gefühlsorientierte Elemente.

Große Bedeutung auf der Suche nach der eigenen Religiosität wird dabei Erlebnissen von hoher Emotionalität, die eigentlich mystischen Charakter besitzen, zugestanden. Religiöse Rituale, die ein ganzheitliches und somit auch körperliches Einbringen erfordern, scheinen wichtig zu sein. Auffällig ist ein Bestreben nach einer engen Verbindung von Lebensalltag und Religion. Das bedeutet einerseits die Einbindung des alltäglichen Lebens durch Rituale und ähnliches, andererseits die sehr bewußte Suche nach Unterbrechung im Alltag und die Suche nach Ruhe und Transzendenz.

Regina Sommers Forschungsergebnisse ermöglichen einen neuen Zugang zur Lebens- und Glaubenswirklichkeit von Frauen. An den Erzählungen der einzelnen Frauen, die Leserinnen und Leser – trotz des wissenschaftlichen Stils des ganzen Buches – in den Bann ziehen, wird die Dynamik, Tiefe und Vielfältigkeit von religiöser Erlebnisfähigkeit deutlich, und es zeigt sich, wie Religion zutiefst gerade im Alltag von Menschen wirkt.

Trotz der noch recht klein angelegten Studie ist Sommers Arbeit ein wichtiger Fortschritt auf dem noch so wenig erforschten Gebiet der Lebensgeschichte und gelebten Religion von Frauen. An den Geschichten der einzel-

nen Frauen und an Regina Sommers hervorragender Analyse wird deutlich, wie Glaube und Religiosität sich wie »rote Fäden« sinnstiftend durch ein Leben ziehen und gedeutet werden können, so daß eine zusammenhängende Lebensgeschichte entsteht.

Torsten Habel

Günter Ewald: »Ich war tot«

Prof. Günter Ewald, Mitglied des BRSD und langjähriger Sprecher des Bundes, hat ein neues Buch im Patmos-Verlag veröffentlicht. Wir haben die Kurzrezension aus Publik-Forum 12/99 übernommen:

Auf der Grundlage vieler Beispiele untersucht der Naturwissenschaftler sogenannte Nahtod-Erlebnisse, konfrontiert diese mit der

Chaostheorie, zieht interessante Parallelen (Telepathie, Hellsehen) und Grenzen (Spiritismus, Theosophie) zur Parapsychologie und fragt abschließend nach der religiösen Dimension dieser Erfahrung. Denn auch Ursprünge des Christentums zeigen eine erstaunliche Nähe zu Nahtod-Erlebnissen (Jesu Verklärung, Bekehrung des Paulus).

Fünf bis zehn Prozent aller Menschen hatten ein überwiegend positives Nahtod-Erlebnis, das sie nach vergleichbaren Grundmustern beschreiben (außerkörperliches Erlebnis, tunnelartige Übergangszone, Wahrnehmung eines Liebe ausstrahlenden Lichts usw.). Geprägt werden diese Erlebnisse in erster Linie durch individuelle Erfahrungen – Alter, Geschlecht, Rasse oder Religion spielen hingegen kaum eine Rolle. Ewald erklärt diese überraschende Beobachtung vor allem mit der genetischen Prägung eines jeden Menschen, die auf ein »individuelles Weiterexistieren« nach der endgültigen Überschreitung der Todesschwelle hindeutet. - Das anregende Buch überzeugt durch persönliches Engagement, ohne daß die nötige Distanz zum Thema verlorengeht.

Günter Ewald: »Ich war tot« Pattloch-Verlag, 280 Seiten, 29,90 DM



Kurzmeldungen

Anklage gegen T. Pflüger

Gegen Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist nun Anklage erhoben worden wegen des mehrmaligen Aufrufs zur Desertion im Krieg gegen Serbien (vgl. CuS 1-2/99 Seiten 5-9).

Tagung zur NATO-Strategie

Die Evangelische Akademie Bad Boll, die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und Ohne Rüstung Leben veranstalten eine Tagung »Die neue NATO-Strategie auf dem Prüfstand« vom 11.-13. Februar in Bad Boll. Informationen und Anmeldungen (bis 31.1.) unter Tel. 017164/791-217 und Fax -1219.



50 Jahre Christ und Sozialist – Christin und Sozialistin (4. Beitrag)

Ich soll über 50 Jahre Geschichte von CuS schreiben. Aber wie faßt man ein halbes Jahrhundert zusammen? Wie kann ich denjenigen gerecht werden, die diese Zeitung jahrzehntelang getragen haben ohne in Verdammung oder Verschönerung zu verfallen?



Die Geschichte des BRSD in der Weimarer Zeit ist bekannter als die nach 1945. Außerdem ist die Quellenlage für die Zeit nach 1945 sehr dürftig. Der wichtigste Bestand, das Privatchiv Heinrich Schleichs, Präsident des BRSD von 1950 bis 1977, wurde wie von ihm verfügt, nach seinem Tod komplett vernichtet. Viele Fragen der Bundesgeschichte werden deswegen vermutlich nie zu klären sein. Auch meine Darstellung der Geschichte von CuS leidet darunter. Aber ich soll ja keine wissenschaftliche Gesamtdarstellung schreiben, sagt Christa.¹

Einstieg

Fangen wir ganz vorne an. Was sich 1948 als religiös-sozialistisches Organ neugründete, war praktisch der Versuch, an der Presse des Bundes der religiösen Sozialisten vor 1933 wiederanzuknüpfen. Für die Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, als deren integraler Bestandteil sich der BRSD definierte, war es selbstverständlich, daß eine sich als sozialistisch verstehende Gruppe »ihre« Zeitung braucht. Lenin hat die Funktion einer Zeitung für eine linke Gruppe so definiert: »Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen

werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken« (in: Was tun?. Kap. V.a. »Kann eine Zeitung ein kollektiver Organisator sein?«)

Hiervon ausgehend lassen sich Kriterien bestimmen, die ich im folgenden auch auf 50 Jahre CuS anwenden will.

- Wer ist Träger der Zeitung?
- Welche Inhalte werden in welchem zeitgeschichtlichen Kontext vertreten?
- Findet durch bzw. um diese Zeitung herum ein Organisationsprozeß statt?
- Welches optisches Erscheinungsbild hat die Zeitschrift?

1. Frühgeschichte und Voraussetzungen

In der Weimarer Republik war die BRSD-Presse ausdifferenziert. Wöchentlich erschien das »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes«, später unter dem Titel »Der religiöse Sozialist« mit einer Spitzenaufgabe von 17.000 Stück im Zeitungsformat im Umfang von 4 Seiten, was einen Bogen umfaßte. Ein Großteil wurde bei Veranstaltungen und vielerorts im Freiverkauf auf den Straßen und in den Häusern vertrieben. Seine Unterzeile »Durch christlichen Glauben zu sozialistischem Kampf! Durch sozialistischen Kampf zu christlichem Glauben!« gab die Stoßrichtung an.

Das SDAV entsprach der oben genannten Leninschen Zeitungsdefinition. Es war eine eminent politische Zeitung. Alles was in Arbeiterbewegung, Kirche und Gesellschaft »dran« war, spiegelte sich im SDAV. Es war das wichtigste Medium des BRSD, in ihm bildeten sich die Aktivitäten der Ortsgruppen und Landesverbände ab, und es war auch für das Zusammengehörigkeitsbewußtsein eminent wichtig. Wer das SDAV las, gehörte dazu. Darüberhinaus gab es auch dem einzelnen BRSDler in der Diaspora das für Diskussionen wichtigste Rüstzeug an die Hand, er konnte damit werben und die geworbenen Leserinnen und Leser zur Besprechung von SDAV-Artikeln zusammenrufen. Die meisten BRSD-Ortsgruppen entstanden aus Leser-Kreisen des SDAV. Diesem agitatorischen Charakter entsprechend erschienen im SDAV keine langen Abhandlungen. Hierfür hatte der BRSD seit 1929 ein theoretisches Organ mit dem Titel »Zeitschrift für Religion und Sozialismus« (ZRS) herausgegeben, das unter anderem die Funktion hatte, Inhalte des BRSD in die Pfarrerschaft zu tragen. 1930 betrug die Auflage 1200 – 1500 Stück. 1931 wurden 2000 Exemplare gedruckt. Allerdings gelang es mit der ZRS nicht, einen nennenswerten Einfluß auf die Pfarrerschaft auszuüben. Zielgruppen der ZRS waren die theologisch Gebildeten und die Meinungsträger in den Organisationen der Arbeiterbewegung, nicht zu vergessen die Funktionäre des BRSD selbst. In der ZRS ging

es um theologisch-politische Selbstvergewisserung, ökonomische Analysen, Analysen der faschistischen Entwicklung, sozialistische Grundsatzfragen, neue wichtige Literatur etc.

2. Ausgangsbedingungen: Nach 1945 war nichts mehr so wie vor dem Faschismus.

Nach 1945 ging es dem BRSD wie Dutzenden anderer Organisationen, die da weitermachen wollten, wo sie 1933 zwangsweise aufhören mußten. Die deutsche Teilung ließ einen einheitlichen Organisationsaufbau nicht zu, und viele Träger der Arbeit waren im Krieg oder im Widerstand umgekommen oder physisch und psychisch verbraucht, bzw. blieben in der Emigration. In der russischen Zone lagen die ehemals starken BRSD-Zentren Thüringen, Anhalt und Berlin. Versuche, den BRSD im Osten neu aufzubauen, waren 1947/48 weit gediehen, scheiterten aber letztendlich an der Kursänderung der SED, zu der das Gros der BRSD-Funktionäre im Osten zählte.

Während sich im Osten religiöse Sozialisten vor allem der SED anschlossen, bildete sich im Westen der BRSD in Bereichen neu, in denen er entweder kaum Traditionen hatte bzw. vor 1933 sehr schwach war. Das Zentrum bildete sich in Frankfurt mit Stützpunkten in der Pfalz, in Württemberg und in Bayern. In Baden, ehemals stärkste Region, entstand nichts.

Zudem hatten sich die Rahmenbedingungen geändert. Die durch Krieg, Verfolgung und Emigration geschwächte SPD hatte einen derartigen Mangel an qualifizierten Kräften, daß sie auf das Potential an erfahrenen religiösen Sozialisten gern zurückgriff.

Diese Männer wurden schnell Abgeordnete im Land- und Bundestag, Staatssekretäre, Oberbürgermeister, SPD-Parteivorstandsmitglieder, ja sogar Minister. Aber sie fehlten im BRSD und besonders seiner Zeitschrift. Wenn sie publizierten, dann gleich in der SPD-

Religiöse Sozialist

SONNTAGSBLATT DES ARBEITENDEN VOLKES

Was soll nun gelten?
Das Heil in Jesus Christus oder „Hilf Hitler“?



Presse und nur in wenigen Ausnahmefällen in CuS.

Im Ergebnis war das organisatorische Potential, das eine religiös-sozialistische Zeitschrift vertreiben konnte äußerst schmal, ich schätze den Nachkriegs-BRSD in seinen besten Zeiten auf vielleicht 4 – 500 Mitglieder. In weiten Regionen war er kaum präsent, im Osten und im Norden fehlte er fast völlig. Zudem war er in den ersten Jahren durch die Existenz der »Arbeitsgemeinschaften für Christentum und Sozialismus« (ACS), die sich eigenständig im Kontext der SPD gebildet hatten und ihre Blütezeit von 1947 bis 1952 hatten, stark geschwächt und in seinem Wachstum behindert. Besonders ungünstig gestaltete sich das geringe Potential an intellektueller Kapazität, um eine Zeitschrift wie CuS auch qualifiziert zu füllen.

3. 1948: Das »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes« erscheint wieder

Die erste Phase der CuS-Geschichte dauert von September 1948 bis März 1949. Im September wurde vom Verlagsort Stuttgart aus die 1. Ausgabe des neuen SDAV vertrieben. Es erschien im Format A3 gefalzt, d.h. im Umfang von 4 Druckseiten A4. Von der Gestaltung her professionell gesetzt und ansprechend aufgemacht. Verantwortlich zeichnete Pfarrer Eberhard Lempp, Nellingen und als Redakteur W. Gaedicke aus Stuttgart. Die Startauflage betrug laut Impressum 20.000 Stück! Ich habe in meinem Archiv zwei Ausgaben der Nr.1, die sich allerdings in drei Punkten unterscheiden. Bei der einen steht über der Titelzeile »Mitteilungsblatt des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands«. Bei der anderen finde ich »Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus (Bund der religiösen Sozialisten)« und »Probnummer«. Das Impressum unterscheidet sich nur in einem Punkt. Als Herausgeber werden genannt »Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Christen-

tum und Sozialismus (Bund religiöser Sozialisten) bzw. »Im Auftrage des Bundes religiöser Sozialisten«. »Die hohe Startauflage läßt sich erklären. Zum einen sollten sich die klassischen BRSD-Mitglieder aus der Zeit vor 1933 wiederfinden, deswegen der Name, deswegen »Mitteilungsblatt des BRSD« und deswegen Artikel prominenter Alt-BRSD'ler wie Lempp, wie Arthur Rackwitz aus Berlin und wie Emil Fuchs. Die »neuen« Bezieher sollten aus dem Kreis der ACS kommen. Auch sie sollten sich wiederfinden können und wahrscheinlich an sie richtete sich die Grußadresse von Wilhelm Keil, Präsident des Württ.-Bad. Landtages und Spitzen-SPD'ler. Seine Aussage »Die Zahl der christlichen Sozialisten ist viel größer als es scheinen will« mag auch die Auflagenhöhe stimuliert haben.

Vom Inhalt her war das neue SDAV etwas ganz anderes als das klassische SDAV. Lempp formulierte in seinem Leitartikel »... sind wir der Ansicht, daß wir in erster Linie eine religiöse Erneuerung brauchen und ihr wollen wir den Weg bereiten« und stellte das SDAV in die Reihe von Blumhardt, Kutter und Ragaz. Im Weimarer BRSD war die Richtung Ragaz minoritär gewesen, jetzt schien es nur noch sie zu geben. Während in Deutschland die Demontagekämpfe tobten, Hungerdemonstrationen stattfanden, die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien auf der Tagesordnung stand und sich die Arbeiterbewegung gegen die drohende Restauration kapitalistischer Herrschaft stemmte, bestimmte Heinrich Knetsch die Aufgaben des SDAV u.a. so:

»Du willst die Armen und Enterbten sammeln und sie in die Stille führen. Du willst Ihnen sagen, wie uns der Sonntag in edler innerer Freude zum Segen für Werktag werden kann. Als Sonntagsblatt der religiösen Sozialisten willst du die Gedanken des im Sonntagsgottesdienstes gehörten Bibelwortes weiterführen und vergewärtigen. Du willst uns sagen, daß der Gottesdienst mit der Feierstunde in der Kirche nicht aufgehört hat, sondern erst eigentlich fort-

fährt und sich vollendet im Dienst am Menschenbruder, an Volk und Menschheit.«

Lediglich der Artikel des Berliner Pfarrers Rackwitz, der zu dieser Zeit SED-Mitglied war, ließ noch etwas vom sozialistischen Geist des BRSD spüren. Ansonsten war es ein eher unpolitisches Erbauungsblatt. Gemacht von Leuten mit besten Absichten, aber ohne Verwurzelung in der sozialistischen Bewegung. Der Glaube ersetzte die Analyse. Genauso wurde auch vorgegangen.

Die Zeitschrift startete ohne jegliche finanzielle Grundlage als Mitteilungsblatt eines Bundes, der noch gar nicht richtig bestand. Die geringen Rücklagen wurden durch die Währungsreform vernichtet. Es kam, wie es kommen mußte. Die Bestellungen blieben weit hinter den Erwartungen zurück und die SPD verteilte nur schleppend oder gar nicht.

Nr.2 erschien im Oktober trotzdem wieder in einer Auflage von 20.000 Stück und der Leitartikel von Lempp auf der Titelseite hatte erneut Predigtcharakter. Die letzte Seite enthielt Berichte über die Entwicklung von BRSD und ACS in Hessen, Württemberg und NRW. Für Nr.3 vom November 1948 steuerte Emil Fuchs die Titel-Besinnung »Gott ist die Liebe« bei. Lempp verfaßte einen Artikel »Was lehrt uns die Währungsreform?« Die kritische Geschichtswissenschaft stimmt darin überein, daß die Währungsreform von 1948, die die Ersparnisse der Massen und die Schulden der Betriebe im Verhältnis von 20 Reichsmark zu 1 DM entwertete, die Konten und Aktienpakete der Kapitalgruppen dagegen unangetastet ließ, nur als gigantische Entschuldung des Kapitals und Ausplünderung der Bevölkerungsmehrheit zu interpretieren ist. (Hier hat u.a. die Angst vor dem Euro ihre Wurzel im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung!) Lempp schreibt statt dessen:

»Ebenso zeigt uns diese Währungsreform, wie töricht es ist, sich an Geld und Besitz zu klammern, als ob uns dies eine Sicherung für unsere Existenz geben könnte:«

Für eine Predigt war dies vielleicht noch akzeptabel, für eine ReSo-Zeitschrift mit Zielgruppe arbeitende Bevölkerung allerdings verfehlt. Mit dieser Ausrichtung war kein Blumentopf zu gewinnen. Im Impressum fehlt ab dieser Nummer die Druckauflage. Warum wohl?

Die nächste Ausgabe 4/5 erschien erst als Doppelnummer Januar/Februar 1949. Erstmals erscheint ein literarischer Teil, der auch Buchbesprechungen enthält. Druckort ist jetzt Eßlingen. Ursache für den Wechsel dürften unbezahlte Rechnungen gewesen sein. Die folgende Nummer 6 vom März 1949 trug aufgestempelt den Hinweis »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes ab 1. April 1949 Christ und Sozialist«.

Wie kam dies zustande?

Ein »Sonntagsblatt«, das bestenfalls monatlich herauskommt und dann noch in Doppelnummern ist bestenfalls ein Monats- aber kein Sonntagsblatt. Zudem hatte die Empirie erwiesen, daß selbst ein Monatsblatt nicht genügend Abonnentinnen gefunden hatte. Die finanzielle Lage war desaströs. In dieser Phase kam Heinrich Schleich aus Frankfurt ins Spiel.

Schleich kam zum religiösen Sozialismus praktisch zufällig und hatte hier vorher keine Tradition. Er war im Liberalismus organisiert und sozialisiert worden und war wahrlich kein »Linker«. Aber er war fleißig und konnte organisieren, ganz im Gegensatz zu den pazifistischen Pfarrern und ethisch-sozialistischen Kräften im Bund. Eine Entscheidung der ersten Konferenz religiös-sozialistischer Initiativen und Gruppen, die vom 1. Bis 3. Juni 1948 in Kassel stattfand, machte seinen Aufstieg leicht. Der Frankfurter Rudolf Jentzsch, vor 1933 hessischer BRSD-Landesvorsitzender, wurde mit der Leitung der Geschäftsstelle betraut. Bundessekretär blieb er dann fast 30 Jahre! Schleich überrollte mit seiner Dynamik nicht nur Jentzsch, der sich ihm bereitwillig unterordnete. Zu dieser Zeit gab es in mehreren Regionen, so z.B. in Kassel, Würt-

temberg, Berlin und Mecklenburg hektografierte BRSD-Mitteilungsblätter. Für Südhessen gab Schleich ein Mitteilungsblatt mit dem Titel »Christ und Sozialist« heraus. Der Titel stammte von Ludwig Metzger, Alt-Reso aus Darmstadt. Durch Jentzsch war Schleich sehr gut über die Entwicklung des SDAV informiert und so dürfte es kein Zufall gewesen sein, daß sich in der Folgezeit beim SDAV einiges änderte.

4. Die »CuS«-Phase unter dem Redakteur Eberhard Lempp

Das de facto bereits bankrotte SDAV erschien ab Nr.7 vom April 1949 unter dem neuen Namen CuS, diesmal im Umfang von zwei A3-Bögen., aber mit der Unterzeile »Mitteilungsblatt der religiösen Sozialisten«, so stands auch im Impressum. Verantwortlich war weiterhin Eberhard Lempp, der Redakteur war Walter Gaedicke, der Jahre später in CuS 7/1951 des finanziellen Betruges an BRSD-Genossen beschuldigt wurde. Der Druck erfolgte in Stuttgart-Vaihingen. Zur Auflagenhöhe gab es keine Angabe. Auf S.5 stand allerdings eine Mitteilung der Redaktion.

»Um unserm Blatte einen größeren Leserstamm zu sichern und es damit finanziell endlich auf feste Füße zu stellen, haben wir mit Kreisen des uns nahestehenden Versöhnungsbundes vereinbart, unser Blatt gemeinsam mit ihrem Blatte (»Die Versöhnung«) herauszugeben, in der Weise, daß der Hauptinhalt des künftigen Blattes in derselben Druckerei für beide Gruppen gemeinsam herausgegeben wird, daß aber für unsere Leser der Titel »Christ und Sozialist« nach wie vor bleibt und auf den letzten Seiten gesondert über unsere spezielle Arbeit Bericht gegeben wird. Das Blatt wird dadurch etwas größer, aber es erscheint dann nicht mehr alle Monate, sondern zwanglos alle 2 – 3 Monate, wozu wir ja in letzter Zeit sowieso gezwungen waren.«

Schleich stellte es später so dar, als habe er »Lempp unverbindlich die Erlaubnis erteilt«

den Frankfurter Namen zu verwenden. Sicher ist jedenfalls, daß er von Frankfurt aus die von Lempp aufgehäuften Schulden abtrug.

CuS unterschied sich kaum vom bisherigen SDAV. Drei Veränderungen fallen allerdings auf. Allgemeine Politik wird wahrgenommen, insofern sie sich auf Fragen des Pazifismus erstreckt. So wird etwa in Nr.8/1949 (ohne Datum und Monat) auf das Grundgesetz Bezug genommen und der Art.4 »Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden« positiv hervorgehoben. Außerdem werden verstärkt Fragen des christlich-jüdischen Dialoges und des Antisemitismus aufgenommen. Und erstmalig finden sich Inserate im Heft. So sucht etwa ein »Landwirt, 45 Jahre, charaktervoll, mit schönem Anwesen ein lieb. und tücht. Mädchen bis 36 Jahre zu baldiger Heirat«.

In diesem Heft wird auch erstmalig über finanzielle Probleme berichtet. »Wir haben noch Außenstände im Betrag von etwa 250,- DM. Daneben warten noch die Drucker und Papierlieferanten auf Bezahlung ihrer Arbeit«. Das Einzel Exemplar kostete 25 Pf. Somit waren 1000 bestellte Exemplare noch nicht bezahlt. Die Nummer 11/1949 »mit dem Schwerpunkt »Zum 30. Todestag von Christoph Blumhardt« war zu 2/3 gefüllt mit Beiträgen Lempps. Diese Ausgabe war so zeitlos, daß 4/5 des Umfangs heute bei minimalen Änderungen nachdruckbar wäre, ohne daß dies auffiele.

Mit Beginn des Jahrgangs 1950 erfolgte aufgrund des ökonomischen Drucks eine Veränderung im Erscheinungsbild von CuS. Von A3 wurde auf A4-Bögen reduziert und CuS erschien künftig im Broschürenformat einspaltig, statt bisher dreispaltig. Der Umschlag war etwas dicker als die normalen Druckseiten, aber weiß und auch mit Text bedruckt. Verantwortlich zeichnete weiterhin Lempp, Redakteur Johannes Göpner, der Druckort war jetzt Altensteig/Württemberg, danach Mannheim-Seckenheim. Zu den Autoren zählte jetzt

auch regelmäßig Heinrich Schleich. In diesem Jahrgang ist CuS deutlich politischer, weniger zeitlos und informativer geworden. Der Umfang betrug jetzt 24 Seiten A5 und es erschienen besondere Werbenummern mit geschmackvoll gestalteten Titelseiten. So z.B. die zweifarbige Nr.7/8 1950 zum zweiten evangelischen Kirchentag in Essen. Ebenso geht die finanzielle Sanierung von CuS weiter. Der Bezugspreis wird um 25% von 3,- DM jährlich auf 4,-DM jährlich angehoben.

5. »CuS« im »Schleich-Tempo«

Im Herbst 1950 war Lempp am Ende. Der Schuldenberg war für ihn nicht mehr zu regulieren. Am 8.10.1950 fand eine Krisensitzung in Frankfurt statt. Sie hatte ein Ergebnis: Schleich übernimmt CuS und alle aufgelaufenen Rechnungen und Belastungen. Nummer 9/10 des CuS-Jahrgangs 1950 ist eine Zäsur, die aber redaktionell nicht deutlich gemacht wird. Als Herausgeber und Schriftleiter treten Heinrich Schleich und Albert Zschaler auf, der bereits in Nr.8/1951

aus der Schriftleitung verschwand. Druckort ist ab jetzt Frankfurt und die Druckerei Carl Bornkessel. Sie druckte CuS bis 1977. Außerdem erscheinen jetzt in CuS gewerbliche Anzeigen aus Wiesbaden und Frankfurt und ganzseitige Anzeigen des »Konsum«, der damaligen Konsumgenossenschaft der Arbeiterbewegung sowie der ebenfalls zu den Konsumgenossenschaften gehörenden »Südwestdeutschen Textilversorgung«. Erstmals inserierte in Nr.1/1951 die »MoHa«-Milchversorgung Frankfurt/Main, die bis zum Ende der 60er Jahre Hauptinserent von CuS blieb. Es wurde in diesem Heft beklagt, daß viele Bezieher mit der Abo-Zahlung im Rückstand waren. Mit der finanziel-

len Klemme wurde eine erneute Preiserhöhung auf 4,60 DM jährlich begründet. In Nr.3/1951 wurde vermerkt, daß »mehr als die Hälfte der Bezieher mit der Zahlung in Verzug ist«.

Schleich war als Bundesleiter des BRD und Schriftleiter von CuS mit einer Ämter- und Machtfülle im BRSD ausgestattet, die neben ihm keinen Raum ließ. Näheres hierzu spare ich mir, denn Heinz Röhr hat sich hierzu in CuS 2/95 in seinem Aufsatz »Der Bund der religiösen Sozialisten nach 1945« ausführlich geäußert. Es gab nach 1951 den BRSD als arbeitende Organisation außerhalb Frankfurts und Kassels nicht mehr. Aber Schleich schaffte es trotzdem, ständig prominente Sozialdemokraten an den Bund heranzuführen bzw. sich als religiöse Sozialisten verstehende SPD-Mandatsträger auch zu Beiträgen in CuS zu motivieren. Eine flüchtige Auszählung meinerseits ergab für die 50er Jahre drei Minister, vier Mitglieder des SPD-Bundesparteivorstandes und sechs Bundestagsabgeordnete.

Unter Führung Schleichs kam es dazu, daß der BRSD der SPD gegenüber eine negative Avantgarderolle einnahm – er forderte früher als die Partei die Wiederbewaffnung der BRD, vertrat die Akzentuierung der Frontstellung »gegen den Osten« und lobte den Westen über den grünen Klee. Da Schleich in »seiner« Zeitschrift keine anderen Positionen zuließ, diese sogar verfälschte um sie dadurch besser als »kommunistisch bestimmt« diffamieren zu können, sank die Bereitschaft pazifistischer BRSD'ler, CuS zu vertreiben. So bestellten

etwa 1953 ganze Ortsgruppen in Württemberg CuS ab. Schleich zwang Eberhard Lempp, der CuS begründet hatte, zum Rücktritt als württembergischer Landesvorsitzender, da dieser sich als Pazifist exponiert hatte und aus der SPD ausgetreten war.



Zusammen mit Lempp schiedene andere ReSoS aus. CuS verarmte intellektuell immer mehr und sein Trägerkreis reduzierte sich kontinuierlich. CuS erschien häufiger verspätet, das letzte Heft eines Jahrgangs erschien erst im nächsten. Aber es erschien. Schleich bezahlte den Drucker, bezahlte das Porto. Womit, wo doch die Abo-Zahl kontinuierlich sank? Die Quellen und die Zeitzeugen antworten hier übereinstimmend: Weitgehend aus eigener Tasche.

Wundersamerweise war das Heft auch immer voll. Sogar die Zahl der Autoren nahm zu. Scheinbar wenigstens, denn CuS wurde zum Tummelplatz der Pseudonyme. So schrieb Schleich wahlweise und oft in der gleichen Nummer als: Heinrich Schleich, Schleich-Eurige, H. Dienstbach, hs, hse, H.D. und Eurige, während Rudolf Jentsch nicht nur als solcher, sondern auch als M. Mietchen und Rudolf Mietchen firmierte.

Aus dem Jahrgang 1953 stammt mein erstes CuS-Heft im braungelben Umschlag. Das erste Heft meiner Sammlung im sog. Schleich-Gelb stammt aus dem Jahrgang 1958.

Es gibt in dieser Periode kaum lesenswerte Artikel, von den Nachrufen zum Tode alter religiöser Sozialistinnen und Sozialisten und den Berichten über den religiösen Sozialismus im Ausland abgesehen. Ein einziges Heft fällt aus dem Rahmen, die Nr. 10-12 des Jahrgangs 1958, die dem 40. Jubiläum der deutschen religiösen Sozialisten und 10 Jahren CuS gewidmet ist mit Beiträgen von Georg Wunsch, Eberhard Lempp, Willem Banning vom internationalen Bund der religiösen Sozialisten und natürlich von Schleich. Daneben Grußworte über Grußworte, von Tillich, von Eduard Heimann, von den Ministern Metzger und Hennig, Staatssekretär Tröscher. Und von Willi

Christ und Sozialist

Blätter des
Bündnis der Religiösen Sozialisten
Deutschlands e.V.
2./J. März/April 1982

Eichler für den PV der SPD. Dieser Nummer ist auch zu entnehmen, daß CuS jetzt pro Jahr 5,-DM kostet.

In der Zeit nach 1963 publiziert Heinz Röhr regelmäßig in CuS. Von seinen Beiträgen sind besonders zu nennen: Die Stichworte des »Theologischen Wörterbuches«, die Berichte von den Treffen der Habertshöfer und Neuwerker und die Vielzahl von Aufsätzen zu Geschichte und Theorie des religiösen Sozialismus. Ich hatte bei der Lektüre dieser CuS-Jahrgän-

ge immer den Eindruck, daß CuS jeweils erst in der Druckerei aus zwei völlig verschiedenen Teilen zusammengesetzt wurde. Röhr schrieb im gen. CuS-Artikel von 1995 »vertrat ich neben Schleich eine betont linke Linie, auch in CuS – und Schleich ließ mich gewähren«. Warum hätte mich sehr interessiert. Hatte es möglicherweise damit zu tun, daß Röhr die Rolle des »zweiten Mannes« nach Schleich akzeptierte und daß von ihm nicht die Gefahr des Vätermordes ausging?

Außerdem wird Schleich gewußt haben, daß das blutarme CuS dringend eine intellektuelle Transfusion braucht. Auch herrschte Artikelmangel, was unter anderem dadurch deutlich wurde, daß es viele Hefte gab, in denen 1 bis 3 Seiten frei blieben und das bei einem Heftumfang von max. 32 Seiten. In jeder Nummer prangte auf der gesamten Rückseite die Anzeige »und deshalb Moha-Milch«, auf dem Titelbild war nur der Name CuS und die Ausgabe und auf S.2 des Umschlages befand sich das Inhaltsverzeichnis. Fester Bestandteil war die Rubrik »Von neuen Büchern, die uns interessieren« im Umfang von 4 bis 9 Druckseiten, gefüllt mit nur wenige Zeilen umfassende Kurzbesprechungen von H.S. Informativ vor allem für diejenigen, den interessiert, was Schleich alles so las.

Wieviel zahlende Abonnenten es nach 1951 gab, wird unbekannt bleiben. Sicher ist jedoch, daß CuS in vielen Truppenbüchereien der Bundeswehr vorhanden war, ob als bezahltes Sammelabo oder als Geschenk habe ich nicht ermitteln können. Das Verteidigungsministerium hätte in jedem Fall ein Abo nicht zu bereuen gehabt. Eine kleine Geschmacksprobe: »Welchen Schaden haben unsere übermodernen Philosophen, die gegen alles und für nichts sind, angerichtet, wenn sie unsere westliche Jugend zum Haß gegen jegliche Autorität aufputschten«. Diese Sequenz stammt nicht aus einem Organ der rechten CDU oder der NPD, sondern aus dem Artikel »Zwischen Angst und Hoffnung – Was lehrt uns die Tragödie der CSSR?« in CuS 3/1968, gezeichnet von H.S. Eurige. Wer wollte dafür 1968 ein Jahresabo von 6,-DM bezahlen? Diese Propaganda gab es seitens der Regierung kostenlos.

In den Folgejahren verödete CuS noch weiter. Nach meinen Unterlagen scheint es kaum noch Abonnenten gegeben haben. Heinz Röhr berichtet, daß die Auflage bis zu 1.000 Stück betrug, die Schleich bezahlte. Da mittlerweile auch die Moha-Milch abtrünnig geworden war, gab es überhaupt keine Einnahmen durch Inserate mehr. Schleich versandte kostenlose Ausgaben und verschenkte die überwiegende Anzahl in Kirchen, SPD usw.

Die Nummer 4/1974 kündigt große Veränderungen an. Rita Wienand schreibt »Unser Weg zum Religiösen Sozialismus- Der Kohlenkeller an der Universität Bochum« und kündigt für den 1.1.1975 den Eintritt von 11 Bochumerinnen und Bochum in den BRSD an. Für den damaligen BRSD, mit max. 50 zahlenden Mitgliedern, kaum jemand unter 60, eine halbe Revolution. In Heft 2/1975 schreibt

Christ und Sozialist

Die Liebe kämpft nicht nur gegen die Not, sondern für die Freiheit

Heinz Röhr
Themen zum politischen Prozess
Arnold Pfeiffer
Fragen, die Paul Schröder an uns stellt
Klaus Katterle
Kreppel & Erhard Griese

3/89

Prof. Günter Ewald über »Portugal – ein zweites Kuba«. Zur Erinnerung: In Portugal hatte die »Nelkenrevolution« das Regime Salazar gestürzt und die Linke schaute fasziniert auf die portugiesischen Entwicklungen, die statt zum Sozialismus zu Mario Soares führten. Ewald nimmt für das revolutionäre Portugal Partei. Unmittelbar danach kommt ein Artikel »Vom Nationalsozialismus zum Internationalsozialismus« mit der Gleichung Rot =

Braun. Es war dasselbe Blatt! In diesem Jahr fällt eine weitere Preiserhöhung auf 10,-DM. 1976 folgt eine weitere auf 15,-DM. CuS druckt in diesem Jahrgang u.a. Beiträge von Arnold Pfeiffer, Helmut Gollwitzer, Günter Ewald, die das Niveau deutlich anheben.

Aber noch immer ist CuS zwei Zeitschriften in einer und dem Einen, der in CuS auch Leserbriefe gegen einen Chile-Beitrag Ewalds unkommentiert abdruckt, in denen dieser diffamiert und der chilenischen Militärjunta zugejubelt wird, gehört die Zeitschrift auch noch.

6. »CuS« wird rot: Die Ära der leitenden Redakteure Siegfried Katterle, Klaus Kreppel und Erhard Griese 1977–1992

Die Nummer 1/1977 leitet eine neue CuS-Ära ein. Die Bochum-Bielefelder Gruppe gibt als ersten Versuch ein rotes CuS heraus. Das einzige was noch an Schleich erinnert, ist die Verlagsnennung. Ansonsten in der Redaktion außer Heinz Röhr nur neue Namen, darunter Reinhard Gaede. Dafür bei den 9 Autoren vier Professoren. Verantwortlich für die Nummer war Ewald statt Schleich. Im Inhalt kein Schleich, dafür ein Dutschke-Lied von

Wolf Biermann, damals noch Kommunist. Und vor allem neue »Vorläufige Leitsätze«. Ein Heft mit links-sozialdemokratischer Ausrichtung. Im damaligen zeitgeschichtlichen Kontext der Nach-Studentenbewegungsjahre war diese Ausrichtung im links-kirchlichen Milieu eher gemäßigt. Man erinnere sich: Im kommunistischen Arbeiterkampf diskutierte die »Pfarrerkommission« über Jesus und nicht nur Antje Vollmer war bei den Maoisten, auch wenn viele ihre Vergangenheit für ungeschehen erklären möchten. (Nicht nur heute gilt: Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche!)

Auch wenn das Heft nicht rot gewesen wäre, Schleich hätte rot gesehen. Trotzdem: Seine Zeit war vorbei, auch wenn er sich wehrte und verstockte. Es kommt, wie es kommen mußte. Wer nicht freiwillig und rechtzeitig abtritt, wird abgetreten. Darüber hat Reinhard Gaede in »Signalfarbe rot« in CuS 4/96 ausführlich berichtet.

Jedenfalls gab es dann einige Jahre zwei Zeitschriften mit dem Namen CuS. CuS-Gelb = Schleich und CuS-Rot = BRSD. Wer schon mal versucht hat per Fernleihe alte Jahrgänge von CuS zu bestellen, wird ratlose Bibliothekare vorfinden. Entweder gibt es beides, oder keines oder von dem einen den Jahrgang 1978, von dem andern den Jahrgang danach etc. Für die Bezieher ein Chaos.

CuS-Gelb wurde ein Geheimtip für die Freunde der Schläge unter die Gürtel-Linie. Schleich holzte nach allen Regeln der Kunst und ließ holzen. Ewald der Erzkommunist und seine ihm hörigen Jung-Akademiker. Immerhin machen diese Hefte deutlich, daß Schleich die Propaganda, die er jahrzehntelang gemacht hatte, selbst glaubte. Insofern war er



kein »moderner« Politiker. Von der Gestaltung her überwog die Collage aus diversesten Organen, verbunden mit Schere und Klebestift und wenn dann noch Platz war, wurde mittels einer Uralt-Schreibmaschine mit defekten Lettern gegen »Bochum« geschossen, was die Walze hergab. Für Schleich scheint CuS die Funktion einer Therapiegruppe gehabt zu haben. Dies war ihm noch viel Geld wert. Um den Konkurrenzkampf mit »Bochum« zu be-

stehen, senkte er den Bezugspreis auf 10,-DM ab. Als Schleich 1985 Jahre starb, verschied auch sein CuS.

Das rote CuS aber lebte weiter. Die Jahrgänge nach 1977 zu lesen macht Spaß. Eine Initiative, die eine Organisation werden will, sucht ihre Wurzeln, versucht sich in der Gegenwart zurechtzufinden und weiterzuentwickeln. Das Heft ist im simplen Schreibmaschinensatz layoutet und im billigen Kleinoffsetverfahren gedruckt. Es entsteht in Jürgen Finnerns Bielefelder Studentenfarramt, und sie sind zu dritt: Jürgen, sein Zivildienstleistender und die Druckmaschine. Aber der Inhalt ist gut. Und wen kümmert ein nicht vorhandenes Layout in Sturm- und Drangphasen.

Mir wichtig gewordene Personen tauchen auf. Aurel von Jüchen publiziert erstmals in Heft 2/77 wie auch Markus Mattmüller. Immer in der Redaktion: Reinhard Gaede. Und seit Anfang der 80er Jahre Udo Fleige. Der Schriftleiter heißt jetzt »leitender Redakteur«. Von Nr.1/1984 ist dies Klaus Kreppel, erprobt durch die Zeitschrift »Kritischer Katholizismus« und die »Junge Kirche«. Er bringt eine sichtbare Veränderung. Von Nr.1/1984 werden die wichtigsten Artikel auf der Titelseite angekündigt. Ende 1985 eröffnet Gunter Schwar-

ze die bis heute anhaltende Repräsentanz Berlins in der Redaktion. Die Hefte haben jetzt einen Umfang von 52 bis 74 Seiten.

1986 ist für mich ein wichtiges Jahr. Meine ersten Texte erscheinen in CuS.

Zusammen mit Christa entsteht ein Aufsatz »Genossenschaften – Eine Alternative im Kapitalismus?« und zusammen mit Gunter Schwartze führe ich ein Interview mit Aurel von Jüchen, (dessen Biographie ich zur Zeit, 1999, erstelle). Ein

Auszug erscheint in CuS 3/1986. Diese Nummer, von Druck und Verarbeitung fürchterlich anzusehen, ist eine Gemeinschaftsproduktion mit Cfs. Marie Veit und Kuno Füssel steuerten Texte bei. So eng haben wir danach nie mehr kooperiert. Aber das waren auch andere Cfsler damals. Es erscheinen die ersten Schwerpunktheftchen. So Heft 2/86 »Genossenschaften« und 4/86 »Barth und Tillich«.

Die Nr. 1/1988, die von Erhard Grieser maßgeblich gestaltet wurde, widmet sich dem Gottesdienst im umkämpften Stahlwerk Duisburg-Rheinhausen, für mich eine der schönsten CuS-Ausgaben. Erstmals ist die Umschlagrückseite genutzt. Hier wird in Kurzfassung bezogen. »Was wollen die religiösen Sozialisten«. Sofort sichtbar für jede/n auf Kirchen- und Katholikentagen am Stand des BRSD. CuS entsteht jetzt nicht mehr im Bielefelder Keller. Satz und Druck übernimmt jetzt das Projekt »Knotenpunkt« im Hunsrück. CuS sieht viel schöner aus, kostet aber weiterhin nur 15,-DM pro Jahr. Wir werden sehen.

Ab Nr. 3/1988 ist Erhard Grieser verantwortlicher Redakteur. Ohne ihn könnte CuS kein Jubiläum feiern. Erstmals in dieser Nummer wird die Jahrgangszählung eingeführt. »N.F. 12. Jg.«. Bedeutet CuS Neue Folge 12.



Jahrgang. Neue Folge deswegen, weil das erste rote Heft 1977 erschien und um den Unterschied zur Ära Schleich zu dokumentieren.. CuS wird unter dem Redakteur Grieser inhaltlich besser, bisher kaum behandelte Bereiche wie »Judentum und Sozialismus« und »black theology« kommen hinzu. Erhard Grieser ist ein blendender Redakteur, leider verkümmert in dieser Zeit die Redaktion mangels Kooperation fast völlig. Nur Erhard, Reinhard Gaede und Klaus

Kreppel blieben übrig, später verstärkt durch Gunter Schwarze und U. Peter. Die Auflage von ca. 800 stagniert weiter. Werbung wird kaum gemacht. 1989 wechselt CuS zum »Druckladen Bochum« und später, 1990, zu Hephata in Mönchengladbach. Der Bezugspreis ist auf 20,-DM erhöht worden, deckt aber die Kosten nur zum Teil. 1990 erscheinen die ersten Artikel aus den neuen Ländern. In diesem Jahr fällt auf, daß CuS ein großes Defizit vor sich herzieht. Drei Maßnahmen werden getroffen.

Das Layout wird von Thomas Bassler aus der Tübinger BRSD-Gruppe unentgeltlich übernommen. Thomas layoutet bis 1993. Ihm soll an dieser Stelle nochmals gedankt werden.

Eine Spendensammlung »10.000 Mark für CuS« verläuft erfolgreich. Nach zwei Jahren ist CuS schuldenfrei.

Für CuS wird intensiv geworben. Über 50% der derzeitigen Abos werden in der Zeit von 1990 bis 1994 geworben.

7. CuS von 1992 bis heute

1992 endet Erhard Grieses Amtszeit als leitender Redakteur. Niemand ist bereit, für diesen zeitintensiven Posten zu kandidieren.

Schließlich läßt sich Reinhard Gaede nochmals »in die Pflicht« nehmen. Die Alternative wäre das Ende von CuS gewesen. Die Redaktion ist groß wie lange nicht mehr. Leider war bei einigen der Redaktionsmitglieder die Halbwertszeit ihrer Mitarbeit kürzer als je zuvor. Bei manchen Personen erinnere ich mich nicht einmal an das Aussehen.

Woran ich mich gut erinnere, ist die Übernahme des lay-outs durch einen Profi, meinen Freund und Genossen Andreas Hesse aus Berlin und die Einrichtung der Berliner Endredaktion. Die erste Berliner Nummer 1/93, die Christa, Oliver Vogelsmeier und ich fertigstellen, beschäftigt sich mit dem Thema »Flüchtlinge schützen – ohne Kompromiß«. In dieser Nummer erscheint zum ersten Mal seit 30 Jahren ein Foto. Von Nummer zu Nummer wird das Layout besser, wobei der Inhalt Schritt hält. In CuS 1/94 wird Maria Jepsen nach ihrer Wahl zur Bischöfin interviewt. Diese Nummer ist ein Meilenstein in der Geschichte von CuS. CuS hat ein neues Logo, das nach rechts oben weist und vor allem »CuS« heißt ab jetzt »Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist«. Diese Ausgabe frauenspezifisch zu gestalten, paßt. Diese Nummer ist reich bebildert und bringt uns gute Kritiken ein. Von dieser Nummer an erscheinen in CuS Austauschanzeigen anderer Publikationen, in denen wiederum CuS kostenlos inseriert.

Höhepunkte dieser Zeit sind für mich die Hefte 3/94 zum Asylthema, 3/95 und 1/97 zum »Religionsunterricht« und zwei Hefte, die den Artikel, den Sie/Du lieber Leser/in gerade lesen, abrunden.

Heft Nr.1/96 »Zum 50. Todestag von Leonhard Ragaz«, inhaltlich und von der Gestaltung her wahrscheinlich eines der besten



CuS-Hefte überhaupt, nicht nur weil das Ehepaar Ragaz als Foto auf der Titelseite prangt. Ähnlich CuS 4/96 »70 Jahre BRSD«.

Wehmütig erinnere ich mich daran, daß Zeitschriften, mit denen wir eng kooperierten, auch mit dem Ziel einer Fusion der jeweiligen Organe, es lieber vorzogen allein zu bleiben, anstatt die geringen Kräfte zu bündeln. Cfs-Korrespondenz; Dritter Weg; Gegen den Tod: Sie starben eine nach der anderen.

1996 endeten für Reinhard Gaede 20 Jahre in der Redaktion. Die Funktion des leitenden Redakteurs wurde aus der Satzung gestrichen und rotiert seitdem in der Redaktion. Anfang 1998 war auch für mich Schluß. 10 Jahre Redaktionsarbeit sollten eigentlich auch genug sein.

Es tut mir gut, zu sehen, daß mit Darius Dunker und Dörte Münch, die jetzt in Aachen CuS koordinieren, eine neue Generation CuS trägt. Was mich auch freut: Nach einem Jahr Pause ist dieses Heft das erste, das wieder in Berlin layoutet wird. Jetzt müssen wir nur noch aktiv daran arbeiten, daß sich CuS weiter hält und noch mehr Interessentinnen und Interessenten findet.

CuS gibt es seit 1948. Länger als die Bundesrepublik. Aber auch die roten »CuS«-Hefte haben jetzt schon 22 Jahrgänge erlebt. Als wir Anfang 1997 das erste Heft des neuen Jahrgangs vorbereiteten, fragte mich Andi Hesse »Ihr schreibt Neue Folge. Wann begann denn die alte Folge und warum zählt ihr nicht vom Anfang an?« Ja warum eigentlich nicht? Heft 1/1997 erschien folgerichtig mit der Kopfleiste »50. Jahrgang«. Wie wird wohl CuS im 75. Jahrgang aussehen und vor allem: Wer macht dann die Arbeit?

Ausblick

»Die gegenwärtig noch in Gruppen und Sekten organisierten Sozialisten werden noch Jahre brauchen, um sich mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und sich in der seit 1989 veränderten Welt zurechtzufinden. Sie leben zum Teil noch in einer vergangenen Phase der Arbeiterbewegung, sind gleichsam deren Fossile. ... (Diese Gruppen) müssen die Geschichte ihrer Organisation aufschreiben, wie ihre Vorgänger das in den Ebbezeiten sozialrevolutionärer Bewegungen des 19. Jahrhunderts getan haben. Die politische Tätigkeit solcher überlebender Gruppen der alten Linken ist nicht vergeblich,

Zuvor erschienen

Zum Thema »50 Jahre CuS« sind kürzere Beiträge von Reinhard Gaede und Günter Ewald in Ausgabe 4/98 sowie von Erhard Griese in Heft 1-2/99 erschienen.

Reinhard Gaede

Noch einmal: Das religionskritische Erbe des religiösen Sozialismus

Ein Nachtrag zu Arnold Pfeiffer in CuS 2/98

Bei der Tagung »Kirche und Arbeiterbewegung. Zur Zukunft des religiösen Sozialismus« in der Kommende Dortmund vom 30.4.-3.5.1998 hielt unser Bundesgenosse Dr. Arnold Pfeiffer einen Vortrag. Das Thema hieß: »Das religionskritische Erbe des religiösen Sozialismus«. CuS hat ihn abgedruckt in Heft 2, 1998. Schon auf der Tagung entwickelte sich danach eine lebhaftere Diskussion. Nach der Tagung wird sie also jetzt literarisch weitergeführt. Zuvor soll jedoch noch einmal an

denn Traditionen werden nicht nur in Gestalt von dicken Büchern und gelehrten Traktaten überliefert. Sie müssen immer auch ein Stück »nachgelebt« werden – in Diskussionsklubs und Propagandazirkeln. Die immense Mühe, die es kostet, eine eigene Zeitschrift aufrechtzuerhalten, ist nicht vertan. Verliert die enttäuschte und geschlagene Linke ihren organisatorischen Zusammenhalt, dann wird ein Großteil der isolierten Oppositionellen der Faszination, die von den bestehenden Machtverhältnissen ausgeht, erliegen«.

(Helmut Dahmer² in ak - Analyse und Kritik, Nr.422 v. 21.1.1999)

Anmerkungen

- 1 Deswegen verzichte ich ab sofort auch auf die Fußnoten und die Angaben, woher ich all diese Erkenntnisse habe. Wer dies unbedingt wissen möchte, sende mir einen mit 3,-DM frankierten Rückumschlag an meine Adresse Fechnerstr.18, 10717 Berlin.
- 2 Professor für Sozialpsychologie in Darmstadt, Mitherausgeber der auf 20 Bände angelegten Trotzki-Gesamtausgabe und seit Anfang der 50er Jahre »links und frei« aktiv.

die Hauptthesen des Referats erinnert und über Beiträge der anschließenden Diskussion informiert werden.

Arnold Pfeiffer begann mit einer Definition des religiösen Sozialismus nach Leonhard Ragaz (1868-1945). Religiöser Sozialismus ist »ein neues Verständnis der Christuswahrheit ein Gehorsamsakt gegenüber dem Ruf dessen..., der in der Not und Verheißung dieser Zeitenwende an die Tür der Christenheit pocht.« Weil es um das »Unbedingte« geht,

erscheine die Bindung an eine Partei oder ein Parteiprogramm »beinahe als lächerlich«. Den Katholizismus verstand Ragaz als Universalismus« und den katholischen Grundgedanken, »daß alle Wirklichkeit dem Gesetz Christi untertan und dadurch erlöst werden müsse«, will Ragaz sich zu eigen machen. Die Verbindung zum Sozialismus ergibt sich aus dessen Bezeichnung als Genossenschaftlichkeit. Und vom Katholizismus erwartete er noch »einen Strom sozialer Erneuerung« (Nov. 1929). Gegenüber dieser Erwartung bedeutete die Enzyklika Quadragesimo anno (Pius XI, 1931) mit ihrer Zurückweisung des Sozialismus einen Rückschlag ebenso wie die Entwicklung der Sozialtheologie von Oswald von Nell-Breuning in Deutschland und die Befreiungstheologie in Lateinamerika einen Fortschritt brachte. L. Ragaz hatte sich nicht geirrt.

Im Folgenden entwickelte A. Pfeiffer eine Typologie von Erscheinungsformen des Religiösen Sozialismus, die sich als Kritik an Fehlentwicklungen verstand. Freilich – und davon war in der Diskussion die Rede – darf das historische Recht des Religiösen Sozialismus gegenüber Kapitalismus, Militarismus und Faschismus nicht vergessen werden. Insofern setzte der Vortrag bei den Hörerinnen und Hörern das Wissen um die Verdienste des religiösen Sozialismus im Kampf für Gerechtigkeit und Frieden schon voraus.

Die »prophetische Gestalt« des Religiösen Sozialismus wurde deutlich in dem Buch »Sie müssen« von Hermann Kutter (1869-1931). Im Jahr 1903 faßt es die Jesus-Botschaft als eine Botschaft von der realen Veränderung auf Erden auf: Der Mammon muß Gott weichen. Mit ihrem Kampf gegen den Kapitalismus in seinen Erscheinungen wie Haß, Mordwaffen, Habsucht, Geiz und mit ihrer Forderung nach Ausmerzungen der Ursachen durch Änderung der Eigentumsverhältnisse

tun die damaligen (!) Sozialdemokraten, was die Kirche tun sollte. »Gott wartet in ihnen – und gerade im Namen Gottes bekämpft sie die Kirche.« Aber wo alte Werkzeuge versagen, sucht Gott neue (vgl. Jes. 65, 1f), und Jesus sagt: »Die Ersten werden die Letzten sein.« Wenn die Kirche zum Reich Gottes als Macht der Gerechtigkeit hinüberschaut kann sie Erbin dieses religiös-sozialen Impulses werden.

Als doktrinaire Gestalt des religiös-sozialen Impulses beurteilte A. Pfeiffer Erwin Eckert (1893-1973), der 1926-1931 Vorsitzender des Bundes und Schriftleiter des Sonntagsblatts des arbeitenden Volkes war, 1931 aber KPD-Mitglied wurde und sein Pfarramt verlor. Bei ihm habe das Interesse des Klassenkampfes das Evangelium instrumentalisiert. Eckert selbst hat jedoch den Marxismus als »Methode« verstehen wollen, nicht als Weltanschauung. Auch bei Eckert lassen sich prophetische Impulse nachweisen, wurde in der Diskussion zu seinen Gunsten gesagt. Und unbestritten sind seine Verdienste: Er war einer der kämpferischsten Antifaschisten.

In seiner Suche nach dem »doktrinären« Typ des religiösen Sozialismus glaubte A. Pfeiffer bei Leonhard Ragaz fündig zu werden. Ausgerechnet bei ihm, der in seiner »Botschaft vom Reiche Gottes« nicht das Dogma, sondern nur die »Botschaft« gelten lassen will, meint A. Pfeiffer doktrinaire Sätze gefunden zu haben: »Ich hasse im Pfaffen-tum den Hochmut das Macht- und Geltungsstreben, die Heuchelei im Sinne dessen, was Jesus unter Heuchelei versteht.« Hier sei – so A. Pfeiffer – der Kampf gegen das Pfaffen-tum zur religiösen Quintessenz des religiösen Sozialismus gemacht.

Einschränkend wird man L. Ragaz aber doch zugute halten dürfen, daß er ausdrücklich hier über seine »Gefühle« sprechen – es scheinen auch verständliche Enttäuschungen



Doktrinärer Typ?
Leonhard Ragaz

über seine Kirche mitzuschwingen – und sich nur dem Urteil Jesu über religiöse Heuchler anschließen will. Das ökologische, pazifistische Engagement, den Dialog mit dem Judentum im Leben von L. Ragaz würdigte A. Pfeiffer ausdrücklich.

Die Gefahr des Rigorismus zeigte A. Pfeiffer bei Eberhard Arnold (1893-1935), der die »reine Gemeinde« der verräterischen Großkirche gegenüber sehe. In dem Jesuswort Mk 12,17 werde »Kaiser« mit »Satan« gleichgesetzt. Tragische Wirkungen hätten »Säuberungen« in der Bruderhofgemeinschaft gehabt. Freilich das gelungene Beispiel für Rigorismus dürfte der Typ der »roten Betschwester« sein, die ihren besten Freund töten wurde, wenn das der Partei ihre Anhänglichkeit bewiese (Ignazio Silone: Eine Handvoll Brombeeren). A. Pfeiffer warnte vor einem Fanatismus, der über Leichen geht. Rigorismus ist »starr gewordener Enthusiasmus«.

Erstrebenswert ist dagegen der lebensfreundliche Sozialismus, als dessen Vertreter Leonardo Boff (*1938) und Dorothee Sölle (*1929) dargestellt wurden. Schöpfungspiritalität und religiöser Universalismus sind seine Dimensionen. Auch zu eigenen Wider-

sprüchen sollte man sich bekennen im Sinne der reformatorischen Botschaft: simul iustus simul peccator (zugleich ein Gerechter, zugleich ein Sünder).

Widerspruch rief in der Diskussion das Zitat eines buddhistischen Mönchs hervor. Ebenso auch, daß Arnold Pfeiffer es mit der Position des Religiösen Sozialismus in seiner »biophilen Gestalt« gleichsetzen wollte: »Zeig dein wahres Gesicht, es wird ein weinendes und ein jubelndes, ein grausames und ein liebendes sein. Bekenne dich zu deinen Widersprüchen! ...Ich bin beides: Der Adler und das Huhn, das Kind aus Uganda und der Waffenhändler, ich bin Jesus, aber auch: der Großinquisitor.« Gewiß kennen alle Menschen Freude und Leid zugleich. Gewiß sind die Menschen auch »allzumal Sünder«, wie Paulus sagt, und es gibt Zuwendung zu den Schuldigen, deren Person Gott liebt, deren Taten Gott verurteilt. Aber es gibt doch auch die »Heiligung«, wie die Bibel sagt, ein Wachsen im Glauben und in der Liebe. Paul Tillich – daran habe ich erinnert – definiert »Heiligung« so: Neues Sein als wachsendes Bewußt-Werden, wachsendes Frei-Werden, wachsende Selbst-Transzendierung.

Leserbrief

Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin (CuS 1-2/99)

Liebe Redakteure/Redakteurinnen von CuS, es ist sicher wichtig, dass die Diskussion zur Biomedizin in breitem Umfang geführt wird; dies ist übrigens auch ausdrücklich in dem Menschenrechtsübereinkommen des Europarates vorgesehen.

Die Kritikpunkte am Inhalt des Übereinkommens teile ich auch weitgehend. Trotzdem muss ich immer wieder feststellen, dass die meisten Kritiker dieses Übereinkommens,

so auch Ulrich Bach, völlig unbedarft sind, was die rechtliche Einordnung und Bedeutung von internationalen Menschenrechtsübereinkommen angeht. Dies mag vielleicht auch damit zusammenhängen, dass unser nationalstaatszentriertes Rechtsverständnis bisher bewirkt hat, dass die Kenntnis und der Umgang mit internationalen Abkommen über eine enge Fachwelt hinaus bisher keine Verbreitung in der Bevölkerung gefunden hat.

Wer mit anderen Randgruppen in der Gesellschaft, etwa mit Flüchtlingen und Strafgefangenen arbeitet, wird mit internationalen Abkommen als täglichem Handwerkszeug zu arbeiten haben.

Ulrich Bach hat in seinen Thesen noch immer nicht verstanden, dass die Unterzeichnung des Menschenrechtsübereinkommens keine weitergehenden Schutzvorschriften des Grundgesetzes und der einfachen Gesetze in Deutschland außer Kraft setzen würde; These 3 am Ende ist juristischer Unsinn.

Vor nunmehr über 1 Jahr habe ich bei einer Veranstaltung zu diesen Fragen einmal versucht, das nicht einfache Gemengelage internationaler Menschenrechtsübereinkommen und des nationalen Rechts zu erläutern und damit um Verständnis für das Abkommen zu werben. Meine damaligen Thesen lege ich bei; ihnen ist auch jetzt noch nichts hinzuzufügen. (Anm. der Red.: Dieses Papier kann bei der Redaktion angefordert werden.)

Für mich ist diese Debatte ein Ausdruck dafür, wie verschiedene Verbände für ihre jeweiligen Anliegen völlig nebeneinander her arbeiten:

Nach meinem Überblick gibt es so gut wie keine Kontakte zwischen den traditionellen Menschenrechtsgruppen und Organisationen

in Deutschland, die eine große Kenntnis und Erfahrung im Umgang mit internationalen Menschenrechtsabkommen haben, und den Behindertenverbänden, die sich mit der Frage der Biomedizin intensiv beschäftigen und ohne nähere Kenntnis des internationalen Menschenrechtsschutzes nun in breiter Front gegen dieses Übereinkommen Stellung beziehen.

Mit freundlichen Grüßen
Ullrich Hahn

Anm. der Redaktion: Der Verfasser ist Rechtsanwalt in Villingen.

Geburtstage

Wir gratulieren nachträglich ganz herzlich:

- Siegfried Böhringer zum 75.,
- Dorothee Sölle zum 70.,
- Udo Fleige zum 50. Geburtstag.

Siegfried Böhringer, unten links im Bild, schrieb zuletzt in CuS 3 und 4/98, Dorothee Sölle in CuS 2/97 und Udo Fleige in dieser Ausgabe auf Seite 22ff.



Auf der Jahrestagung des BRSD in Dortmund 1999

Autorinnen und Autoren

Marc Engels ist Assistent im Lehr- und Forschungsgebiet Wirtschafts- und Sozialgeschichte der RWTH Aachen.

Erhard Eppler ist Sozialdemokrat, Bundesminister a.D. und u.a. ehemaliger Kirchentagspräsident.

Eleuterio Fernández Huidobro war Mitbegründer der MLN-Tupamaros (Movimiento de Liberación Nacional, Nationale Befreiungsbewegung) in Uruguay, viele Jahre befand er sich deshalb in Isolationshaft. Heute lebt er als Schriftsteller und Journalist in Montevideo und arbeitet weiterhin in der MLN mit, die seit 1989 legal als politische Partei anerkannt ist.

Udo Fleige ist Lehrer für Biologie und Evangelische Religionslehre in Tübingen und Redakteur von CuS.

Reinhard Gaede ist Gemeindepfarrer in Herford (Westfalen).

Dörte Münch ist Redakteurin von CuS und beginnt in Kürze ihr Referendariat als Deutsch- und Religionslehrerin in Oberhausen.

Walter Moßmann arbeitet als Künstler zu Themen wie Französische Revolution, Nationalismus und Antisemitismus. Lange in der Freiburger Lateinamerikasolidarität aktiv, lebt er seit einigen Jahren zeitweise in Lemberg (Ukraine).

Miriam Ortega ist Bildungsreferentin und Gewerkschafterin. Sie lebt und arbeitet in Santiago de Chile.

Ulrich Peter ist Berufsschultheologe und aktiver Gewerkschafter in Berlin.

Arnold Pfeiffer ist evangelischer Gemeindepfarrer in Idar-Oberstein.

Edelbert Richter ist evangelischer Theologe und Mitglied des Bundestages für die SPD.

Jürgen Schübelin ist Sozialwissenschaftler. Er lebt in Hamburg und arbeitet dort beim Evangelischen Missionswerk sowie bei der Zeitschrift „Der Überblick“.

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte** (können aber keine Haftung dafür übernehmen). Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Technik: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf Diskette. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- ohne besondere Gestaltung in einem der PC-üblichen Textformate (RTF, TXT oder DOC) auf einer PC-formatierten 3½-Zoll-Diskette oder per E-Mail an CuS@dunker.de

- Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinenfassung auf weißem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeiterleichterung bedeuten!

- Kurzbeiträge, z.B. LeserInnenbriefe, nehmen wir gerne auch anders an.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt! Z.Zt. verwendet CuS uneinheitlich alte und neue Rechtschreibung.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheidet die Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Mitgliederversammlung des BSRD:
19. bis 21. Mai 2000 in Bad Hersfeld**

**Abonnement
und Retour:**
BRSD e.V.
c/o Martina Ludwig
Hohensteiner Str. 12
09117 Chemnitz

Helmut Gollwitzer

Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.

(Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1980)